



Bernd Hüttner/Christoph Jünke (Hrsg.)

ROTER OKTOBER 1917

**BEITRÄGE ZUR GESCHICHTE
DER RUSSISCHEN REVOLUTION**

INHALT

Vorwort	3
Christoph Jünke Zur Einführung in die Geschichte der Russischen Revolution	4
Alexandre Froidevaux Libertäre und SozialrevolutionärInnen in der Russischen Revolution (1917–1921) Vom Scheitern der «dritten Revolution»	13
Philippe Kellermann Zur Wahrnehmung der Oktoberrevolution und des Bolschewismus im internationalen Anarchismus 1917 bis 1923	22
Gisela Notz Die vielen Leben der Alexandra Kollontai	30
Bini Adamczak Hauptsache Nebenwiderspruch Geschlechtliche Emanzipation und Russische Revolution	39
Marcel Bois In den Abgrund Eine kurze Geschichte des Stalinismus in der Sowjetunion	52
Christoph Jünke Die «Große Säuberung» als Schädelstätte des Sozialismus	62
Ausgewählte Literatur	65
Die AutorInnen	67

VORWORT

Im Herbst 2017 jährt sich die russische «Oktoberrevolution», eines der Schlüsselereignisse des 20. Jahrhunderts, zum 100. Mal. Diese Revolution hat einen gesellschaftspolitischen Prozess ausgelöst, der die Ideen des Sozialismus und Kommunismus erstmals zur Grundlage staatlichen Handelns beim Aufbau der viel zitierten «neuen Gesellschaft» machte. Dies sorgte damals zu Recht für Aufsehen und weltweite Resonanz. Die Strahlkraft dieser Epoche des Sozialismus/Kommunismus ist zwar seit Längerem erloschen, doch die kommunistischen und sozialistischen Theorien und Vorstellungen werden wieder überall diskutiert – auch und gerade in den Metropolen der in Turbulenzen geratenen Weltwirtschaft. Für die internationale wie die deutsche Linke hatte die Auseinandersetzung mit der Oktoberrevolution und ihren Folgen bis in die jüngere Vergangenheit hinein identitätsstiftende Bedeutung – ob positiv oder negativ. Viele grundsätzliche und strittige Fragen wurden vor der Folie der historischen Ereignisse in Russland debattiert, etwa die Organisationsfrage, das Verhältnis von Plan und Markt oder das von Staat und Demokratie. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat sich diesem historischen Wendepunkt und den jahrzehntelangen Folgen aus ureigenstem Interesse schon früher und ausgiebig gewidmet. Auch in diesem Jahr beschäftigt sie sich damit in unterschiedlichsten Formen und Formaten sowohl national wie international.

Mit dieser Broschüre wollen wir einen Überblick über das komplexe Thema bieten; wir, das sind in diesem Fall überwiegend Mitglieder des Gesprächskreises Geschichte der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Die vorliegende Broschüre spannt den Bogen von der Vorgeschichte der russischen Revolutionen bis zum Stalinismus der 1930er Jahre.

Christoph Jünke gibt einen einführenden Überblick über die Ereignisgeschichte und die politischen Konflikte und Debatten. Alexandre Froidevaux und Philippe Kellermann untersuchen auf je eigene Weise nichtbolschewistische Akteure des russischen Revolutionsprozesses, die Sozialrevolutionäre auf der einen und die anarchistische Bewegung auf der anderen Seite. Gisela Notz erinnert dann an die Bolschewistin und Feministin Alexandra Kollontai und Bini Adamczak untersucht die Geschlechterpolitik des Bolschewismus. Marcel Bois und Christoph Jünke runden das – natürlich alles andere als lückenlose – Bild ab, indem sie einen Blick auf die anschließende Entwicklung hin zum Stalinismus bis zu den Moskauer Schauprozessen werfen, die einen gewissen Abschluss des «roten Oktober» bilden. Hinweise auf empfehlenswerte Literatur für weitergehend interessierte Leserinnen und Leser beschließen unseren Band. Wir wünschen eine anregende Lektüre!

Bernd Hüttner/Christoph Jünke
Bochum/Bremen, im Juni 2017

Christoph Jünke

ZUR EINFÜHRUNG IN DIE GESCHICHTE DER RUSSISCHEN REVOLUTION

Bewundert und zum Modell erklärt von den einen, kritisierten und bekämpften andere die Russische Revolution von 1917 und ihre Folgen als vermeintliche Wurzel allen Übels im 20. Jahrhundert. Doch was war diese Revolution eigentlich? Wie ist sie vonstattengegangen? Und mit welchen Konzeptionen wurde sie von ihren Protagonisten durchgeführt und von ihren Gegnern bekämpft?

Vom Zarismus zur Februarrevolution

Wie die meisten anderen Revolutionen der Geschichte ist auch die Russische Revolution von 1917 ein Produkt des Krieges, in diesem Falle des 1914 begonnenen Ersten Weltkrieges. Doch schon ein Jahrzehnt zuvor, in den Jahren 1904/05, hatte das russische Kaiserreich einen verlustreichen Krieg geführt. Das damals machtpolitisch erst aufsteigende japanische Kaiserreich hatte den asiatischen Rivalen Russland angegriffen. Überraschenderweise besiegt und eine erste Revolution in Russland ausgelöst, in der sich die lang angestauten und tief greifenden gesellschaftlichen Widersprüche der russischen Gesellschaft machtvoll entluden.

Als europäische Großmacht war das damalige Russland im sogenannten imperialen Zeitalter¹ zwar noch immer ein politisch-militärischer Machtfaktor ersten Ranges, gesellschaftlich jedoch ein im Vergleich zum europäischen Westen zurückgebliebenes Agrarland, das von einer noch halbfeudalen und im Wesentlichen autokratischen Monarchie regiert wurde. Dieser sich im russischen Zaren selbst bespiegelnde Absolutismus war eine den Boden und die ihn bewirtschaftenden Bauern ausbeutende Adelsherrschaft und

stützte sich dabei auf eine umfangreiche Militär- und Verwaltungskaste sowie auf die alte russisch-orthodoxe Kirche. Um den Anschluss an das europäische Niveau zu halten, setzte diese schon früh auf eine über den Krieg führenden Rüstungssektor herum sich organisierende Industrialisierung. Und um an die für die Kriegführung nötige neueste europäische Technik zu kommen, lud man großzügig westeuropäische Unternehmen ein und begab sich zu diesem Zwecke in eine starke Abhängigkeit von Teilen des europäischen Industrie- und Finanzkapitals. Auf diesem Wege bekam man jedoch auch die modernsten Formen industrieller Arbeitsorganisation – was der damals vor sich gehenden russischen Industrialisierung einen insgesamt stürmischen und zutiefst widersprüchlichen Charakter verlieh.

Fast alle ökonomischen Gesellschaftsformationen der Geschichte waren, so Richard Lorenz, im Russland des beginnenden 20. Jahrhunderts «gleichzeitig vertreten. So überkreuzten sich Elemente des entwickelten Monopolkapitalismus sowohl mit älteren kapitalistischen Entwicklungsformen als auch mit feudalen Strukturen und sogar mit Überresten der patriarchalischen Gentilgesellschaft.»² Und Leo Trotzki, gleichermaßen Aktivist wie Historiker der Revolution, verdeutlicht: «Ohne durch das europäische Handwerkswesen und die Manufaktur hindurchgegangen zu sein, ging Russland direkt zu mechanisierten Betrieben über. Die Zwischenstufen zu überspringen, ist das Schicksal der zurückgebliebenen Länder. Während die bäuerliche Landwirtschaft häufig auf dem Niveau des 17. Jahrhunderts verblieb, stand Russlands Industrie, wenn nicht dem Umfange, so dem Typus nach, auf dem Niveau der fortge-

schriftlichen Länder und eilte diesen in mancher Beziehung voraus. Es genügt zu sagen, dass die Riesenunternehmungen mit über je tausend Arbeitern in den Vereinigten Staaten [von Amerika] weniger als 18 Prozent der Gesamtzahl der Industriearbeiter beschäftigten, in Russland dagegen über 41 Prozent. Diese Tatsache lässt sich schlecht vereinbaren mit der banalen Vorstellung von der ökonomischen Rückständigkeit Russlands. Sie widerlegt indes nicht die Rückständigkeit, sondern ergänzt diese dialektisch.»³

Als aufkommender Industriestaat besaß Russland zu Beginn des 20. Jahrhunderts also ein zwar nur vergleichsweise geringes und historisch junges Industrieproletariat (das – ohne ihre Familien – auf etwa vier Millionen Personen geschätzt wird), doch war dieses in wenigen Städten und Industriekonglomeraten so stark konzentriert, dass sich die noch immer bäuerlich geprägte, aber bereits in modernste Formen der Fabrikorganisation eingebundene Arbeiterschaft schnell radikalieren und politisieren konnte. Ihr gegenüber stand eine nur kleine Schicht russischer Wirtschaftsbürger und ein umfangreicheres Verwaltungs- und Bildungsbürgertum, das einen ständischen Ursprung hatte und dessen rebellische Söhne und Töchter fast schon traditionell bestrebt waren, «ins Volk zu gehen», um sich zu Vorkämpfern einer nationalen und sozialen Befreiung gegen den rückständigen Zarismus und seine internationalen Helfershelfer zu machen.

Der gesamtgesellschaftliche Humus einer solch *plebejischen* Revolte war reichhaltig.⁴ Das imperiale Russland war als zahlreiche europäische und asiatische Völker umfassende und vereinnahmende Großmacht von nationalen und ethnischen Widersprüchen zerrissen. Während in den früh- und hochkapitalistischen Verhältnissen der russischen Industrie klassische Formen der Überausbeutung und Entmündigung dominierten, herrschten an der primitiven, noch stark mittelalterlich gepräg-

ten landwirtschaftlichen Basis des Reiches Armut, Hunger und Unwissenheit in einem solchen Ausmaße, dass die noch in alten Formen von Leibeigenschaft gefangenen Bauern (immerhin etwa 100 Millionen Menschen) ebenso aufbegehrten wie das junge Industrieproletariat. So kombinierten sich politische und soziale Rechtlosigkeit mit Formen nationaler Unterdrückung. Die Folge war eine leicht entzündliche Mischung sozialer und politischer Widerständigkeit, die sich bereits in der Revolution von 1905 machtvoll artikuliert hatte.

Die militärische Niederlage des Zarismus gegen Japan hatte in der russischen Bevölkerung die Hoffnung auf tief greifende Reformen geweckt, auf Demokratisierung und eine gesamtrussische Agrarreform, auf mehr nationale und kulturelle Selbstbestimmung, auf den Achtsturentag und andere soziale und demokratische Rechte. Vertreten wurden solche Forderungen aber nicht vom russischen Wirtschafts- und Großbürgertum (das ohne den Zaren meinte nicht auszukommen zu können), sondern von radikalen Bewegungen des Kleinbürgertums und des Proletariats. In der politischen Tradition der alten Narodniki-Volkstümler setzte die Bewegung der russischen Sozialrevolutionäre vor allem auf eine plebejische Bauernrevolution mit dem Ziel der umfassenden Sozialisierung von Land und Boden und der Erringung einer radikal-demokratischen, bürgerlich-liberalen Republik – notfalls, auch dies hatte Tradition, mithilfe individuellen Terrors. Die russischen Sozialdemokraten dagegen teilten zwar die Forderung nach einer bürgerlich-liberalen Republik, lehnten den individuellen Terror aber grundsätzlich ab. Sie betrachteten die politischen Fähigkeiten des Bauerntums zudem skeptisch und sahen sich selbst vor allem als Vorkämpfer und östlicher Außenposten einer gesamteuropäischen Revolution gegen den Kapitalismus. Und in Russland selbst verstanden sie sich als kritische Bündnispartner eines radikal-demokratischen, aufgeklärten Bürgertums.

Die bevorstehende russische Revolution sollte also, so die vorherrschende Meinung russischer Oppositioneller, eine «bürgerliche Revolution» werden. Doch was ist eigentlich eine spezifisch bürgerliche Revolution? Eine bürgerliche Revolution lässt sich programmatisch verstehen als die Durchsetzung von spezifisch bürgerlichen Eigentums- und Organisationsformen zur Entfaltung der privatkapitalistischen Produktivkräfte. Zugleich lässt sie sich charakterisieren durch ihre politisch-soziale Trägerschaft, in diesem Falle durch das liberale

von jeder Teilnahme am Staat [...], unbekannt mit den Regeln des parlamentarischen Repräsentativsystems, übte er [der russische Arbeiter; CJ] durch die Sowjets ein Stück praktischer Demokratie. Die allgemeine Wahl der Deputierten in der Fabrik, die Möglichkeit ihrer ständigen Kontrolle und jederzeitigen Abberufung gaben den Arbeitern das Gefühl einer tatsächlichen und wirksamen Teilnahme an der Tätigkeit des von ihnen gewählten Organs.»⁵ Das russische Bürgertum schreckte vor dieser Radikalisierung einer städtischen Arbeiterklasse zurück, und

so kam es 1906 zur Niederschlagung der Revolution durch die zaristische Armee und zu einer daran anschließenden Restaurationsperiode, in

Das liberale Bürgertum wollte nicht die ihm zugeschriebene progressive Rolle spielen, sondern verbündete sich mit dem monarchistischen Adel, um die plebejischen Revolten in engen Grenzen zu halten.

Bürgertum als Träger einer solchen Revolution. Beide Aspekte gehören in der Theorie zusammen. In der historisch-praktischen Bewegung jedoch fallen sie nicht unbedingt zusammen, wie sich unter anderem in der russischen Revolution von 1905 zeigte – in der das liberale Bürgertum die ihm zugeschriebene progressive Rolle nicht spielen wollte, sich nicht zum Vorreiter der Bauern- und Arbeiterrevolten aufschwang, sondern sich mit dem monarchistischen Adel verbündete, um die plebejischen Revolten in engen Grenzen zu halten.

Auf der anderen Seite erwiesen sich gerade die proletarischen Kräfte dieser Revolte als überaus stark und selbstständig. Vor allem in der industriell geprägten Hauptstadt St. Petersburg (die 1914 in Petrograd umbenannt wurde) offenbarten sie ihre radikale Selbstständigkeit, indem sie – in Abwesenheit eines bürgerlichen Parlamentes oder anderer Formen bürgerlich-demokratischer Selbstregierung – eigene Organisationsformen direkter Demokratie, die sogenannten Arbeiterräte, bildeten, um ihre Interessen und Forderungen zu vertreten: «Ausgeschlossen

der auch die wenigen errungenen Reformen weitgehend zurückgenommen wurden. In der erneut in die Illegalität getriebenen politischen Opposition jedoch beflügelten diese Erfahrungen die politischen Strategiediskussionen.

Während die menschewistischen Sozialdemokraten auch nach der Erfahrung der Revolution von 1905 bei ihrem Konzept einer von links zu unterstützenden bürgerlichen Republik blieben, setzten die bolschewistischen Sozialdemokraten um Lenin fortan stärker auf eine revolutionär-demokratische Diktatur von Proletariat und Bauernschaft, um den bürgerlichen Charakter der Revolution auch gegen das Bürgertum selbst durchzusetzen. Eine dritte einflussreiche Strömung der sich marxistisch verstehenden Sozialdemokratie begründete Leo Trotzki, der Vorsitzende des Petersburger Arbeiterrates von 1905/06, der in der niedergeschlagenen Revolution die Bestätigung dafür sah, dass man die Ziele einer an sich bürgerlichen Revolution nur mithilfe einer über dieselbe hinausdrängenden, ebenso sozialistischen wie internationalen Arbeiterrevolution erreichen könne.

Von der Februarrevolution zur Oktoberrevolution

War es kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges erneut zu massiven Streikbewegungen gekommen, führte derselbe auch in Russland zu einem vorübergehenden «Burgfrieden» zwischen den Klassen. Ökonomische und militärische Rückschläge sowie politische Rechtslosigkeit sorgten allerdings schon bald dafür, dass das Elend und der Unmut wieder wuchsen. Die unmittelbare Kriegserfahrung mobilisierte und politisierte breite Bevölkerungsschichten.

Als es Ende Februar 1917, noch mitten im Krieg, zu Brotrevolten der hungernden Bevölkerung kam, gingen diese in einen von einem Generalstreik begleiteten neuen Volksaufstand über. Innerhalb von nur wenigen Tagen sah sich der russische Zar – das Sinnbild einer 300-jährigen, vermeintlich allmächtigen Herrschaftsform – zum Rücktritt gezwungen.

Das Alte war tot, ohne dass es bereits ein Neues gab. Im politischen Vakuum der Revolte jedoch bildeten sich, wie schon 1905, Sowjets (Räte) der Arbeiter- und Soldatendeputierten, die sich als Organe einer direkten Demokratie, einer Gegenmacht des Volkes, verstanden. Gleichzeitig konstituierte sich eine ausschließlich von bürgerlichen Liberalen bestellte und ohne jedes Parlament agierende «Provisorische Regierung». Während die Räte und die Volksmassen «Frieden – Land – Brot» forderten, lehnte die Provisorische Regierung grundlegende Reformen vorerst ab, um nicht die weitere Kriegführung zu behindern. Bis der an der Seite der Entente geführte Krieg gegen Deutschland nicht gewonnen sei, wollte man die geforderte Agrarreform, die Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung (Konstituante) und andere große Reformen verschieben. Dadurch wuchs rasch der Unmut der Massen, und die Räteorgane, zusammen mit den nun frei

agierenden politischen Parteien und Gewerkschaftsorganisationen, gewannen immer größeren organisatorischen Einfluss.

Es entstand eine eigenartige Pattsituation, in der sich die vor allem von Menschewiki und Sozialrevolutionären getragenen Sowjets ebenso weigerten, die politische Macht zu übernehmen, wie die von den bürgerlichen Liberalen gestellte Provisorische Regierung. In dieser neuartigen Form einer «Doppelherrschaft» versinnbildlicht sich das instabile Gleichgewicht der russischen Kriegsgesellschaft, die aus der Februarrevolution hervorgegangen war und in deren Folge es zwar zu einer Liberalisierung, nicht aber zu einer Demokratisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse gekommen war. Die Meuterei in der kriegsmüden Armee hielt daher an, die städtische Arbeiterschaft radikalisierte sich weiter und nach wenigen Wochen begann eine sich über immer zahlreichere Provinzen ausdehnende Rebellion der russischen Bauernschaft. Auch in oppositionellen Kreisen, bei Sozialrevolutionären und Sozialdemokraten, wurden die Auseinandersetzungen härter. Hatte man anfänglich noch einmütig von der Notwendigkeit einer bürgerlichen Revolution unter der Kontrolle des sich sozialistisch verstehenden Petrograder Arbeiter- und Soldatenrates gesprochen und sich um eine neue linke Einheit bemüht, änderte sich dies schnell, als der politische Führer der bolschewistischen Sozialdemokraten, Wladimir Iljitsch Lenin, Anfang April 1917 aus dem Schweizer Exil zurückkehrte. Lenin stellte sich vorbehaltlos auf die Seite der radikalen Kräfte und prangerte die Fortsetzung des Krieges und das Verschieben demokratischer Strukturreformen an. In

Die neuartige Form einer «Doppelherrschaft» versinnbildlicht das instabile Gleichgewicht der russischen Kriegsgesellschaft, die aus der Februarrevolution hervorgegangen war.

seinen «April-Thesen» forderte er «Alle Macht den Sowjets» und proklamierte, zur Überraschung selbst eigener Anhänger, die Inangriffnahme einer rein proletarisch-sozialistischen Revolution. Nicht mehr um eine von liberalen Bürgern getragene, spezifisch bürgerliche Eigentums- und Organisationsformen durchsetzende «bürgerliche Revolution» sollte es nun gehen, sondern um eine von der russischen Arbeiterklasse getragene und von der rebellierenden Bauernschaft unterstützte proletarische Revolution. Lenin rief zu einer sozialen und politischen Revolution auf, die den Kapitalismus überwinden und sozialistische, das heißt kollektiv-gemeinwirtschaftliche Eigentums- und Organisationsformen durchsetzen sollte, um die darniederliegenden gesamtgesellschaftlichen Produktivkräfte neu zu organisieren und entsprechend zu entfalten.

Verständlich wird diese politisch-programmatische Wende Lenins durch die ökonomischen und politischen Studien zur Weltwirtschaft, die er noch kurz zuvor im Schweizer Exil betrieben hatte.⁶ Mit seinem gerade fertiggestellten Werk «Der Imperialismus als jüngstes Stadium des Kapitalismus»⁷ hatte er deutlich zu machen versucht, dass man Russland weniger denn je national isoliert betrachten könne und eine mögliche russische Revolution stärker denn je im Kontext einer gesamteuropäischen Revolte gegen den imperialistischen Kapitalismus verstehen müsse. Der Imperialismus werde, durch den Weltkrieg verursacht, an seinem schwächsten Kettenglied brechen. Dadurch würde die an sich bürgerliche russische Revolution zum Katalysator einer sozialistischen Revolution in ganz Europa werden. Mit seiner These von der weltgeschichtlichen «Aktualität der Revolution»⁸ hatte sich Lenin nicht nur der von Trotzki zehn Jahre zuvor formulierten Theorie einer perma-

Lenin hatte deutlich zu machen versucht, dass man Russland weniger denn je national isoliert betrachten könne.

nen Revolution politisch-strategisch angeht. Er machte damit auch den Weg frei für eine neue politische Einheit von Bolschewiki, linken Menschewiki und den um Trotzki sich gruppierenden linken Internationalisten – die politischen Fronten wurden im Frühjahr 1917 neu bestimmt.

Während also ein Teil der linken Organisationen immer radikaler wurde, hielten Menschewiki und (rechte) Sozialrevolutionäre weiterhin an ihrem Kurs fest und traten mit einigen

Ministern sogar in die Provisorische Regierung ein, um die bürgerlich-liberale Demokratie von links her zu festigen und vorwärtszutreiben. Doch um jeden Preis festhalten wollten

sie dabei an ihrer Gesellschaftsreformen hinauszüglernden Politik einer linken Vaterlandsverteidigung. «Bestrebt, um jeden Preis die Koalition mit den bürgerlichen Parteien zu retten; voller Angst, die ‹Zensuselemente› oder, einfacher gesagt, die Bourgeoisie von der Revolution abzuschrecken, führen Sozialrevolutionäre und Menschewiki fort, sich der Durchführung solcher demokratischer und sozialer Reformen zu enthalten, an denen nichts Sozialistisches war und die sogar vom Standpunkt dieser ‹gemäßigten› sozialistischen Parteien aus durchaus nicht verfrüht waren.»⁹

Eine von der Provisorischen Regierung zum linken Aufstandsversuch stilisierte große Demonstrationswelle im Juli 1917 wurde erfolgreich niedergeschlagen, die für die Unruhen verantwortlich gemachte (und als angeblich gekaufte Handlanger des deutschen Generalstabes zum Staatsfeind erklärte) bolschewistische Partei verboten und viele Mitglieder wurden verhaftet. Doch als die rechten Adels- und Militärkreise diese Gelegenheit nutzen wollten, um einen Staatsstreich zu inszenieren, wehrten sich vor allem die von den Bolschewiki massiv unterstützten Arbeiter- und

Soldatenräte schnell, effizient und erfolgreich. Als zur gleichen Zeit auch die letzte Kriegsoffensive der russischen Armee kläglich scheiterte, verließen die überwiegend bäuerlichen Soldaten in Scharen ohne Erlaubnis die Truppe, um auf die heimischen Höfe zurückzukehren und endlich mit den Gutsbesitzern abzurechnen. Während immer mehr Bauern sich zu Bauernbewegungen zusammenschlossen und zur eigenhändigen Enteignung, teils auch Tötung von Gutsbesitzern übergingen, begannen auch die radikalisierten Betriebsräte der Industrieregionen immer häufiger, in den Produktionsprozess einzugreifen und einzelne Unternehmer in ihren Funktionen teilweise zu entmachten. Die Rätebewegung verbreitete sich über ganz Russland, die Bolschewiki wurden zur hegemonialen Massenpartei – und alles erwartete mit Spannung den für Ende Oktober angesetzten Zweiten Gesamtrussischen Sowjetkongress der Arbeiter- und Soldaten-deputierten.

Lenin und andere führende Bolschewiki wollten jedoch nicht mehr so lange warten und bereiteten mithilfe der von ihnen politisch dominierten Sowjetstrukturen den organisierten Aufstand vor. Kurz vor der Eröffnung des Sowjetkongresses nutzte das vom Petrograder Sowjet zuvor gebildete und von Leo Trotzki geleitete Revolutionäre Militärkomitee eine neue Offensive Kerenskis, des starken Mannes der Provisorischen Regierung, um alle Schalthebel der politischen Macht zu besetzen und die Provisorische Regierung für abgesetzt zu erklären.

Der gleichzeitig einberufene Zweite Gesamtrussische Sowjetkongress, auf dem die Bolschewiki und die Linken Sozialrevolutionäre über eine Mehrheit verfügten, billigte diese Machtergreifung («in der Essenz eine plebiszitär gestützte Militäraktion», wie Manfred Hildermeier treffend schrieb¹⁰) und proklamierte die Errichtung einer Räterepublik. Der Kongress beschloss die weitgehende Demokratisierung der Armee und verabschiedete ein

Dekret über den Frieden, mit dem die russischen Kriegshandlungen eingestellt wurden und allen kriegführenden Ländern ein sofortiger demokratischer Frieden ohne Annexionen und Kontributionen angeboten werden sollte. Man bekannte sich zur umfassenden Arbeiterkontrolle in der Wirtschaft und verkündete das Recht auf nationale Selbstbestimmung. Das Dekret über den Grund und Boden schließlich enteignete alle Gutsbesitzer sowie die Kirche und übertrug den Grund und Boden den lokalen Bodenkomitees und Bauernsowjets. Und neben dem die formale Macht übernehmenden Zentralexekutivkomitee der Gesamtrussischen Räte (in dem alle linken Strömungen vertreten waren) wurde ein Rat der Volkskommissare gebildet, in dem zuerst nur Bolschewiki saßen, da sich die linken Parteien nicht auf eine gemeinsame Koalitionsregierung verständigen konnten. Nachdem sich Menschewiki und rechte Sozialrevolutionäre auch in den nächsten Wochen weigerten, mit den Bolschewiki zusammenzuarbeiten (und sich partiell sogar an Versuchen beteiligten, das neue Regime wieder zu stürzen), traten die Linken Sozialrevolutionäre Ende 1917 in die Regierung mit ein.

Von der Machtergreifung zur Machtsicherung

Die politischen Machthebel der russischen Gesellschaft zu ergreifen war das eine, die Proklamation eines historisch neuartigen, von der Arbeiterklasse getragenen Rätessystems mit Leben zu füllen, ein anderes. Der Akt der Oktoberrevolution war zuerst kaum mehr als ein symbolischer Akt. Und von Beginn an sah sich die neue Macht nicht nur einer scharfen politischen und ökonomischen Opposition gegenüber, sondern musste sich auch bewaffneten Putschversuchen vonseiten der Anhänger der Provisorischen Regierung, von Adligen und Militärs, aber auch von Teilen der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre erwehren. Während man mit der Waffe in der Hand

Die politischen Machthebel der russischen Gesellschaft zu ergreifen war das eine, die Proklamation eines historisch neuartigen, von der Arbeiterklasse getragenen Rätessystems mit Leben zu füllen, ein anderes. Der Akt der Oktoberrevolution war zuerst kaum mehr als ein symbolischer Akt.

Widerstand gegen die politischen Gegner leistete, beschloss der Rat der Volkskommissare ein Dekret nach dem anderen, um die neue gesellschaftliche Macht nicht nur zu verankern, sondern auch mit Leben zu füllen.

Nach der politischen Entmachtung des Bürgertums und der adligen Gutsbesitzerklasse wurden das russische Bankwesen (Dezember 1917) und das Verkehrs- und Transportwesen (Januar 1918) verstaatlicht. Mit dem Dekret über die Arbeiterkontrolle (November 1917) und der Einführung des imperativen Mandats (Dezember 1917) wurde die Arbeiterselbstverwaltung ausgeweitet und mit der Errichtung eines Obersten Volkswirtschaftsrates (Dezember 1917) wurden die Grundlagen für eine geplante Wirtschaft gelegt. Weitgehende soziale Rechte wurden eingeführt wie der Achtstundentag, die 48-Stunden-Woche und eine Kranken- und Arbeitslosenversicherung, Kinderarbeit wurde verboten, Frauendiskriminierung beseitigt, das Eherecht liberalisiert, das Schulsystem reformiert und die Trennung von Staat und Kirche durchgesetzt. All dies ging Stück für Stück vor sich, zog sich über Wochen, Monate und sogar Jahre hin und ist vor dem Hintergrund eines ab Mitte 1918 von allen Seiten ausgesprochen blutig und brutal geführten Bürgerkrieges zu betrachten.

Im Januar 1918 verließen Bolschewiki und Linke Sozialrevolutionäre die erstmals zusammentretende Konstituierende Versammlung wieder, als sich diese weigerte, die «Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes» mit ihrer Festlegung auf ein umfassendes Rätessystem zu akzeptieren. Als Organ einer neuen Form von Doppel-

herrschaft (während Bolschewiki und Linke Sozialrevolutionäre auf dem ebenfalls im Januar 1918 zusammentretenden Dritten Gesamtrussischen Sowjetkongress – dem formell höchsten Organ des neuen Systems – die eindeutige Mehrheit besaßen, waren sie in der Konstituante die Minderheit) und als Ausdruck bürgerlich-repräsentativer Macht wurde die Konstituante anschließend, ohne großen Widerstand, aufgelöst. Zur wirklichen Belastungsprobe der neuen Macht wurde dagegen einmal mehr die Kriegsfrage.

Hatte die neue Sowjetmacht anfänglich auf einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen gehofft – noch immer tobte in Europa der Erste Weltkrieg –, zogen sich die Friedensverhandlungen mit dem deutschen Kaiserreich hin. Sie endeten erst, nachdem die Deutschen eine neue Militäroffensive gegen Petrograd eröffnet hatten und dabei schnell ins kriegsmüde Land eingedrungen waren, im März 1918 mit der Unterwerfung der neuen Sowjetregierung unter den Friedensvertrag von Brest-Litowsk. Mit dem Brester Diktatfrieden wurde Russland schlagartig zu einem Rumpfstaat, verlor die Ukraine, die Kornkammer Russlands, den Nordkaukasus und die baltischen Staaten. Verloren gingen damit nicht nur Land und Menschen, sondern auch zwei Drittel der sowjetrussischen Kohle- und Eisenförderung, 50 Prozent der Industrieanlagen und der Arbeiterschaft sowie, beispielsweise, 90 Prozent der Zuckerindustrie. Das ohnehin schon nachhaltig zerrüttete, von Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger geschundene Land hatte nun auch noch mit Rohstoff- und Brennstoffmangel und mit einem ruinierten Transport- und Verkehrswesen zu kämpfen. Der Güteraus-

tausch zwischen Stadt und Land kam zum Erliegen und die politischen Auseinandersetzungen nahmen ungeahnte Ausmaße an.

In einigen Provinzen ging die zaristische Opposition militärisch gegen das neue Regime vor, bildete sogenannte Weiße Armeen und verbündete sich dabei mit noch im Land stehenden ausländischen Truppenteilen. Auch große Teile der Menschewiki und Sozialrevolutionäre agierten weniger als politische Opposition denn als widerständige Rebellen. Aus Protest gegen das vermeintliche Einknicken der bolschewistischen Führung vor dem deutschen Imperialismus traten nun auch die Linken Sozialrevolutionäre aus der Koalitionsregierung wieder aus. Selbst die sich um Nikolai Bucharin und Karl Radek formierenden sogenannten Linken Kommunisten innerhalb der bolschewistischen Partei – die alles andere war als jene monolithische Organisation, die die spätere marxistisch-leninistische Legitimationsideologie aus ihr gemacht hat – riefen zum revolutionären Krieg gegen die Deutschen und zum Widerstand gegen die sich um Lenin und Trotzki gruppierende Parteiführung auf.

Opponierten die Konservativen und Rechten gegen die Annahme des Brester Diktatfriedens, weil sie darin ein Verbrechen gegen die «heilige Vaterlandsverteidigung» sahen, waren die linken Opponenten dagegen, weil sie die Russische Revolution vor allem als integralen Teil der Weltrevolution verstanden und weil sie deswegen in der Offensive eines revolutionären Krieges gegen das noch kaiserliche Deutschland Möglichkeiten zur Initialzündung dieser Revolution – nicht zuletzt in Deutschland selbst – erkennen wollten. «Die Notwendigkeit der kommunistischen Umwälzung», schrieben Nikolai Bucharin und Jewgeni Preobraschenski 1919 in ihrer populären Erläuterung des bolschewistischen Parteiprogramms, «wird vor allem dadurch hervorgerufen, dass Russland allzu sehr in das System der Weltwirtschaft hineingezwängt

ist. Und wenn gefragt wird, wie denn Russland zur kommunistischen Gesellschaftsordnung übergehen könne, da es doch ein zurückgebliebenes Land sei, so muss diese Frage vor allem mit dem Hinweis auf die internationale Bedeutung der Revolution beantwortet werden. Die Revolution des Proletariats kann jetzt nur eine Weltrevolution sein. Und in dieser Richtung entwickelt sie sich auch. [...] [Russlands] Rückständigkeit, die verhältnismäßig schwache Entwicklung seiner Industrie u. dgl. – alle diese Mängel werden aufgesogen werden, wenn Russland sich zusammen mit den fortgeschrittensten Ländern zu einer internationalen oder wenigstens europäischen Räterepublik vereinigen wird. [...] Unter der Voraussetzung, dass ganz Europa unter die Herrschaft des Proletariats gelangt, würde eine entwickelte Industrie für alle ausreichen.»¹¹

Und in der Tat sah es zunächst ganz danach aus: In den Jahren 1917 bis 1920 kam es zu massiven Revolten und Revolutionsversuchen in Deutschland, Österreich, Ungarn, Italien und Skandinavien sowie zu massiven Streikbewegungen in Frankreich, Spanien, Großbritannien, den USA und vielen anderen Ländern (nicht zuletzt aufgrund des Beispiels Sowjetrusslands und nicht ohne Hilfe der 1919 in Moskau gegründeten Kommunistischen Internationale). Ausdruck dieses internationalen Charakters der Russischen Revolution wurde schließlich auch der ab Sommer 1918 offen und mit äußerster Härte geführte Bürgerkrieg, in dem zahlreiche Interventionstruppen sowohl der Mittelmächte als auch der alliierten Entente-Staaten die monarchistischen «Weißen Armeen» gegen die «Roten» unterstützten.

Die Bolschewiki setzten nun endgültig auf strengste Zentralisierung und maximale Geschlossenheit, auf hierarchische Kommandomethoden und die Abkehr vom imperativen Mandat. Man rief den «roten Terror» gegen alle Feinde der Sowjetmacht aus, baute er-

folgreich eine millionenstarke Rote Armee auf und eine bald gefürchtete Geheimpolizei, die Tscheka, mit der man sich erfolgreich der aus- und inländischen Konterrevolution erwehrte. Unter den Bedingungen dieser Bürgerkriegs-ökonomie errichtete man eine proletarische Versorgungsdiktatur, die mit jeder Form kapitalistischer Marktwirtschaft Schluss machte. Aus der Not machte man eine Tugend, aus dem «Kriegskommunismus»¹² eine Vor-

Polizei, Bürokraten und stehendes Heer» zu errichten.»¹⁴

Mit der im März 1921 eingeführten Neuen Ökonomischen Politik (NÖP) liberalisierten die Bolschewiki schließlich die Ökonomie. Man kehrte zur freien Bauernwirtschaft zurück, zum Kleingewerbe und zum Kleinhandel, behielt aber die Staatskontrolle über den Großteil der Industrie und das ausgedehnte Genossenschaftswesen. Auch in der Kulturpolitik ging

man neue, liberale Wege, die in den 1920er Jahren zu einer bemerkenswerten kulturellen Blüte führten. Doch politisch etablierte sich eine autoritäre Führung, als deren

Wächter sich eine neuartige Staats- und Parteibürokratie bildete. Hierbei kam es zu einem allmählichen Ausleseprozess, bei dem diese neue Bürokratie ihren Führer schließlich in jenem Stalin fand, der dank seiner außergewöhnlichen Fähigkeiten, seines despotischen Charakters und seiner Skrupellosigkeit für die Ausübung des Machtmonopols am besten geeignet war.

Nach dem dreijährigen Bürgerkrieg fehlte der Avantgarde des Proletariats die sie einstmals stützende Klasse.

wegnahme sozialistischer Emanzipation – bis man 1920/21 mit dem erfolgreichen Ende des Bürgerkrieges erkennen musste, dass Sowjetrusland «ein Ungeheuer von Verwüstung und Armut»¹³ geworden war. Die europäischen Aufstandsversuche waren alle, zum Teil überaus blutig, niedergeschlagen worden – Sowjetrusland blieb vorerst isoliert und war auf sich zurückgeworfen.

Die russische Bauernschaft hatte die Bolschewiki im Bürgerkrieg zwar unterstützt, da diese sie vor der Rückkehr der alten Grundbesitzer und des Adels erfolgreich schützten. Einer sozialistischen Organisation der Landwirtschaft dagegen standen sie überwiegend indifferent bis ablehnend gegenüber. Die russische Arbeiterschaft dagegen war im dreijährigen Bürgerkrieg weitgehend dezimiert worden. Ihre klassenbewussten Teile waren, wenn nicht tot, so zum großen Teil in die politischen und ökonomischen Verwaltungsorgane gewechselt. Der Avantgarde des Proletariats fehlte so die sie einstmals stützende Klasse. In der rücksichtslosen Grausamkeit des Bürgerkriegs waren Staat und Gesellschaft gründlich verwandelt worden: «Die Ironie der Geschichte», schreibt Isaac Deutscher, «nahm bitter an den Männern Rache, die darangegangen waren, einen Staat ohne

1 Vgl. Hobsbawm, Eric: Das imperiale Zeitalter 1875–1914, Frankfurt a. M. 1989. 2 Lorenz, Richard: Sozialgeschichte der Sowjetunion I: 1917–1945, Frankfurt a. M. 1976, S. 42. 3 Trotzki, Leo: Verteidigung der Russischen Revolution (Kopenhagener Rede 1932), in: ders.: Schriften, Bd. 1.1: Sowjetgesellschaft und Stalinistische Diktatur 1929–1936, Hamburg 1988, S. 362–402, hier S. 374. 4 Plebejische Revolten zeichnen sich vor allem durch ihren hohen Anteil an Bauern und Handwerkern aus, sind also stark vorkapitalistisch geprägt. 5 Anweiler, Oskar: Die Rätebewegung in Russland 1905–1921, Leiden 1958, S. 64. 6 Auch philosophisch hatte Lenin begonnen, den Marxismus sozusagen neu zu lesen, indem er erstmals umfassend die Hegel'sche Dialektik studierte; vgl. hierzu Anderson, Kevin: Lenin, Hegel, and Western Marxism, Urbana/Chicago 1995, sowie Brie, Michael: Lenin neu entdecken, Hamburg 2017. 7 Dies der Titel der ursprünglichen Fassung von Lenins Schrift, die erst später aus ideologischen Gründen in «Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus» umbenannt wurde. 8 Vgl. Lukács, Georg: Lenin. Studie über den Zusammenhang seiner Gedanken, Wien 1924. 9 Medwedjew, Roy: Oktober 1917, Hamburg 1979, S. 95. 10 Hildermeier, Manfred: Die Russische Revolution 1905–1921, Frankfurt a. M. 1989, S. 248. 11 Bucharin, Nikolaj/Preobraschenskij, Jewgenij: Das ABC des Kommunismus. Populäre Erläuterung des Programms der Kommunistischen Partei Russlands (Bolschewiki) (1919), Zürich 1985, S. 284 f. 12 Das klassische Werk über den Kriegskommunismus bietet Kritzman, Leo N.: Die heroische Periode der großen russischen Revolution (1924), Frankfurt a. M. 1971. 13 Deutscher, Isaac: Die unvollendete Revolution 1917–1967 (1967), Hamburg 1981, S. 186. 14 Ebd., S. 187.

Alexandre Froidevaux

LIBERTÄRE UND SOZIALREVOLUTIONÄRINNEN IN DER RUSSISCHEN REVOLUTION (1917–1921)

VOM SCHEITERN DER «DRITTEN REVOLUTION»

AnarchistInnen und Linke SozialrevolutionärInnen übten 1917/18 großen Einfluss auf das russische Proletariat aus. Doch am Ende konnten sie sich mit ihren rätedemokratischen Ideen nicht durchsetzen.

Wie wäre die Geschichte des 20. Jahrhunderts wohl verlaufen, wenn es in der Russischen Revolution statt zu einer Verstaatlichung der Betriebe zu einer direkten Arbeiterkontrolle durch Fabrikkomitees gekommen wäre? Wenn sich eine echte Rätedemokratie anstelle einer Einparteiendiktatur etabliert hätte? AnhängerInnen solcher Optionen gab es unter den russischen ArbeiterInnen und BäuerInnen viele.

AnarchistInnen

Der Anarchismus brachte in Russland mit Michail Bakunin (1814–1876) und Pjotr Kropotkin (1842–1921) zwei seiner herausragenden theoretischen Köpfe hervor. Beide mussten allerdings aufgrund der politischen Verfolgung im zaristischen Russland die meiste Zeit ihres Lebens im Exil verbringen.

Die AnarchistInnen – oder Libertäre, wie sie sich auch nannten – kämpften für eine Welt, in der es keine «Herren» und keine «Sklaven» mehr gäbe. Sie wollten die Monarchie, ja, den Staat an sich, ebenso abschaffen wie die kapitalistische Klassengesellschaft. Kirche und Religion bekämpften sie, weil sie in ihnen Stützen der absolutistischen Zarenherrschaft sahen. Die neue, zu erringende Gesellschaftsform nannten sie «Anarchie» (Herrschaftsfreiheit) oder «libertärer Kommunismus».

Von MarxistInnen wie den Menschewiki und Bolschewiki trennte die AnarchistInnen vor al-

lem die Frage, wie der Kommunismus zu erreichen sei. Die Bolschewiki setzten auf eine straff organisierte Kaderpartei und sahen in der «Diktatur des Proletariats» eine notwendige Zwischenstufe. Die AnarchistInnen dagegen warnten vor jeder Art von Diktatur. Eine Übergangsperiode zum Kommunismus hielten sie nicht für notwendig.

Parteien und den bürgerlichen Parlamentarismus lehnten die AnarchistInnen ab. Als Mittel im Klassenkampf setzten sie auf die «direkte Aktion»: Streiks und Massendemonstrationen, Boykott und Sabotage, Besetzungen und Enteignungen.

Basisdemokratie, wie wir heute sagen würden, war für die AnarchistInnen ein zentrales Prinzip herrschaftsfreier Organisation. Hinzu kam die Idee eines föderalen Dezentralismus: Statt großer Staatsgebilde sollten kleine autonome Einheiten – Fabriken oder (Land-) Kommunen – das gesellschaftliche Leben organisieren. Wie andere Richtungen der Arbeiterbewegung sahen auch die AnarchistInnen in einer breiten Bildungsbewegung einen wichtigen Schlüssel zur Emanzipation. Zu einer Zeit, als sehr viele RussInnen weder lesen noch schreiben konnten.

Im 19. Jahrhundert war der russische Anarchismus vornehmlich die Sache von Intellektuellen gewesen. Die libertären Narodniki («Volkstümler») versuchten in den 1870er Jahren, die BäuerInnen zu agitieren. Zu dieser Zeit waren die allermeisten RussInnen BäuerInnen.

Angesichts der schreienden sozialen Ungerechtigkeiten und der politischen Unterdrückung im Zarenreich sahen manche Narodniki

Attentate als ein geeignetes Mittel revolutionärer Tat an. So starb Zar Alexander II. 1881 an den Folgen eines Bombenanschlags. Die Konsequenz war allerdings nicht das Ende der absolutistischen Monarchie, sondern die Zerschlagung der Narodniki-Bewegung. Die allermeisten AnarchistInnen lehnten terroristische Methoden strikt ab. Manche RevolutionärInnen setzten dennoch immer wieder auf Attentate, auch über die anarchistische Bewegung hinaus.

Nach der Wende zum 20. Jahrhundert organisierte sich der russische Anarchismus zunehmend. Dabei bildete sich eine syndikalistische, eine kommunistische und eine individualistische Strömung heraus.

Die AnarchosyndikalistInnen setzten ganz auf klassenkämpferische Gewerkschaftsorganisationen (Syndikate). Revolutionäre Aktion war für sie der Kampf um die Produktionsmittel: Die ArbeiterInnen sollten die Fabriken in Besitz nehmen und über Fabrikräte kontrollieren. Einflussreiche AnarchosyndikalistInnen waren Satow und Volin. Sie gaben gemeinsam mit weiteren GenossInnen die Zeitung *Golos Truda* heraus. Ihre Bewegung war zahlenmäßig nicht besonders stark, hatte jedoch 1917/18 erheblichen Einfluss auf die revolutionären ArbeiterInnen in den Metropolen Petrograd und Moskau. Bei den BäuerInnen, der breiten Masse der Bevölkerung, fanden sie mit ihren Ideen dagegen wenig Gehör.¹

Den Begriff «Anarchokommunismus» prägte Pjotr Kropotkin. Kernidee seines Denkens war, dass jeder Mensch «nach seinen Fähigkeiten und nach seinen Bedürfnissen» leben können solle. Eine Entlohnung nach Leistung lehnten die AnarchokommunistInnen ab. Im Zentrum der libertären Gesellschaft stand bei ihnen nicht die Fabrik, sondern die autonome Gemeinde (Kommune). Daher konnten AnarchokommunistInnen an die bäuerliche Lebenswelt anknüpfen. Kropotkin wollte – ganz im Sinne emanzipatorischer Bildung – vor allem anarchokommunistische Ideen und ethische

Werte verbreiten. Im Zentrum stand die «gegenseitige Hilfe» zwischen den Menschen, also Solidarität statt (kapitalistische) Konkurrenz. Die AnarchokommunistInnen gaben mit *Anarchija* und *Burevestnik* zwei wichtige Zeitungen heraus.

Vor allem Intellektuelle, KünstlerInnen und Bohemiens hingen der individualistisch-anarchistischen Strömung an, die von den Ideen Max Stirners und Friedrich Nietzsches inspiriert war. Sie betonten die Freiheit des Individuums und stellten sich gegen kollektive Zwänge – auch gegen solche, die von klassenkämpferischen Organisationen ausgingen. Manche von ihnen verübten aufsehenerregende Attentate. AnarchosyndikalistInnen und AnarchokommunistInnen kritisierten den individualistischen Flügel scharf.

Eine vierte Strömung schließlich berief sich auf Leo Tolstoi (1826–1910). Tolstoi war nicht nur ein erfolgreicher Schriftsteller, sondern verfocht auch einen vom Christentum inspirierten gewaltfreien Anarchismus. Die Gewaltfrage war einer der großen Streitpunkte innerhalb der anarchistischen Bewegung, die allgemein ziemlich uneinig war.

Zugleich bildeten die beschriebenen Strömungen keine einheitlichen Blöcke. Weder in organisatorischer Hinsicht noch in Bezug auf das Programm waren klare Grenzen auszumachen.²

SozialrevolutionärInnen

Zahlenmäßig machten die anarchistischen Strömungen nur einen kleinen Teil der revolutionären Bewegung aus. Dagegen war die Partei der Sozialrevolutionäre (PSR) mit einer Million Mitglieder im Jahr 1917 die größte russische Partei.³ Sie hatte sich im Winter 1901/02 gegründet. Die SozialrevolutionärInnen waren politische Nachfolger der Narodniki und erbten von diesen zwei Dinge: ihre Hinwendung zur Klasse der BäuerInnen sowie die Bejahung terroristischer Methoden, also von Attentaten.

Ideologisch standen die SozialrevolutionärInnen zwischen Marxismus und Anarchismus. Anders als Karl Marx waren sie der Überzeugung, dass auch die BäuerInnen – und nicht allein die ArbeiterInnen – das Subjekt der Revolution sein könnten. Sie stützten ihre Auffassung auf die starke ländliche Tradition dörflicher Selbstverwaltung («Mir») und die gemeinschaftliche Bewirtschaftung von Allmende-Ländereien. Nach ihren Vorstellungen sollte der landwirtschaftliche Boden sozialisiert werden. Der Gegensatz zwischen Stadt und Land würde sich auflösen, wenn die Fabriken für die Bedürfnisse der Dörfer produzierten.

Wie die AnarchistInnen sahen auch die SozialrevolutionärInnen in den Räten die Organe einer zukünftigen dezentralen Produktion. Als

Die SozialrevolutionärInnen hatten ihre soziale Basis auf dem Land, wo die allermeisten RussInnen lebten.

Organisationsform wählten sie jedoch anders als jene eine Partei. Einigkeit war jedoch keine Stärke der PSR. Bereits 1906 spaltete sich von ihr ein libertärer Flügel ab, die MaximalistInnen. Für sie, wie für die AnarchosyndikalistInnen, waren die Gewerkschaften die wichtigste Organisationsform der Arbeiterklasse. Die MaximalistInnen lehnten Parteien ab und kritisierten deren autoritären Zentralismus. Sie sahen in den Räten die grundlegenden Entscheidungsgremien einer dezentral organisierten revolutionären Gesellschaft. Die Parole «Alle Macht den Räten» soll von den MaximalistInnen geprägt worden sein.

Nach der Oktoberrevolution spaltete sich die PSR in einen rechten und einen linken Flügel. Die Linken SozialrevolutionärInnen teilten die marxistische Vorstellung nicht, wonach die Geschichte der Menschheit aufgrund der ökonomischen Entwicklung mehr oder minder

zwangsläufig auf eine sozialistische Weltgesellschaft zulaufe. Sie propagierten dagegen – ähnlich wie Kropotkin – eine ethische Reifung der Menschen, die den Kommunismus ermöglichen würde. Anders als die AnarchistInnen gingen sie jedoch von der Notwendigkeit einer revolutionären Übergangsperiode aus. Die Linken SozialrevolutionärInnen waren davon überzeugt, dass zunächst die AnhängerInnen der alten Ordnung besiegt werden müssten.

Februarrevolution

Es war eine von Verzweiflung angetriebene Hungerrevolte, die Anfang 1917 zum Sturz des Zaren Nikolaus II. führte. Es ist wichtig, sich zu vergegenwärtigen, dass keine Partei, keine revolutionäre Organisation diesen Aufstand organisiert hatte. Vielmehr hatte eine spontane Massenbewegung die jahrhundertlange Herrschaft der Romanow-Dynastie gestürzt.

Umso mehr kam es aber in der folgenden Zeit zu heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der russischen Linken: Wer würde sich mit seinen revolutionären Vorstellungen durchsetzen? Es ging vor allem um die Rolle der Sowjets (Räte), um die Haltung zur Provisorischen Regierung und um die Frage, ob eine Übergangsperiode zum Kommunismus nötig sei und wie diese zu gestalten sei.

Die drängenden politischen und sozioökonomischen Probleme der Stunde waren die akute Versorgungskrise und der Weltkrieg, der Landhunger der BäuerInnen und die Forderungen der ArbeiterInnen nach Verbesserung ihrer sozialen Lage. Zum Zeitpunkt der Revolution befanden sich viele Bolschewiki und AnarchistInnen – darunter Lenin und Kropotkin – im Exil in Westeuropa oder in den USA. Sie mussten erst neue organisatorische Strukturen schaffen.

Die SozialrevolutionärInnen verfügten dagegen bereits über eine Massenbasis. So waren sie im Frühjahr 1917 gemeinsam mit den sozialdemokratischen Menschewiki der bestimm-

mende Teil der Arbeiterbewegung. Die beiden Strömungen stellten die große Mehrheit der Delegierten des Petrograder Sowjets und der Räte anderer Städte.

Die Menschewiki und moderaten SozialrevolutionärInnen teilten die Auffassung von Karl Marx, dass die Entfaltung des Kapitalismus eine notwendige Bedingung für den Kommunismus sei. In Russland war die kapitalistische Entwicklung allerdings noch nicht sehr weit fortgeschritten. Folglich müsse zuerst die Bourgeoisie ihre bürgerlich-demokratische

Bestätigung konnten sie sich dadurch sehen, dass es Parteiführer Wiktor Tschernow als Minister der Koalitionsregierung nicht gelang, eine Agrarreform auf den Weg zu bringen. Und dabei lag doch genau darin die zentrale politische Forderung der Sozialrevolutionären Partei! Infolgedessen ergriffen die BäuerInnen die Initiative und enteigneten Teile des Großgrundbesitzes.

Außerdem führte der neue sozialrevolutionäre Kriegsminister Alexander Kerenski den Krieg – erfolglos – weiter. Dagegen agitierten die Linken SozialrevolutionärInnen um Marija Spiridonowa vehement. Sie traten für einen sofortigen Waffenstillstand und für die Aufnahme von Verhandlungen über einen Friedensschluss ohne Annexionen ein. Im Sinne eines proletarischen Internationalismus arbeiteten sie auch mit den sozialistischen Parteien anderer Länder zusammen.

«In aller Eile schickte die Regierung berittene Militärabteilungen gegen die Demonstranten. Doch die Arbeiter ließen sich nicht beeindrucken.» (Volin)

Revolution vollziehen. Aus diesem Grund beteiligten sich beide Parteien zunächst nicht an der Provisorischen Regierung.

Unterdessen wuchs angesichts des verheerenden Kriegs der Unmut unter den ProletarierInnen und BäuerInnen. Es hatte zwar auch schon vor der Februarrevolution Kriegsdienstverweigerungen gegeben, aber im Frühjahr und Sommer 1917 desertierten Soldaten in großer Zahl. Sie wollten sich nicht für die imperialistischen Kriegsziele opfern, die nach dem Sturz des Zarenreiches erst recht sinnlos erschienen. Zudem waren unter den BäuerInnen die pazifistischen Ideen Tolstois weit verbreitet.⁴

Massendemonstrationen am 21. und 22. April 1917 sowie der Widerstand des Petrograder Sowjets gegen die imperialistische Kriegspolitik des Außenministers Pavel Miljukow zwangen diesen zum Rücktritt. In der Folge traten die SozialrevolutionärInnen an der Seite der Menschewiki in die Provisorische Regierung ein. Dieser Schritt führte unter den SozialrevolutionärInnen zu erheblichen Spannungen, denn die Linken unter ihnen lehnten jede Zusammenarbeit mit bürgerlichen Kräften ab.

Zwischen Februar und Oktober verschob sich die revolutionäre politische Landschaft in Russland deutlich nach links. Insbesondere die ArbeiterInnen erhofften sich immer weniger von der Provisorischen Regierung. Sie setzten stattdessen auf politische Selbstbestimmung durch Sowjets und Betriebsräte.

Die Linken SozialrevolutionärInnen erhielten nun größeren Zulauf. Waren sie im Frühjahr 1917 noch eine zersplitterte Gruppierung, stellten sie beim Parteirat im August immerhin 40 Prozent der Delegierten. Da jedoch ihr revolutionärer Kurs mit dem der moderaten SozialrevolutionärInnen unvereinbar war, spaltete sich die Partei kurz nach dem Oktoberumsturz in einen linken und einen rechten Flügel.

Im Zuge des politischen Linksrucks des Proletariats näherten sich Linke SozialrevolutionärInnen und AnarchistInnen, Bolschewiki und MaximalistInnen im Sommer 1917 an. Ihre Losungen waren dieselben: «Alle Macht

den Räten!», «Arbeiterkontrolle!», «Land und Freiheit!». Sie teilten die Gegnerschaft zur Provisorischen Regierung und waren für die Beendigung des Weltkrieges. Nach der Niederschlagung des Kornilow-Putsches Ende August, einer gegenrevolutionären Militärrevolte gegen die Regierung Kerenski unter Führung des Generals Lawr Kornilow, wurden sogar Rufe nach einer sozialistischen Allparteienregierung laut.

Die AnarchistInnen hatten sich bis zum Sommer 1917 erfolgreich reorganisiert. In Petrograd soll es 30.000 bis 40.000 libertäre AktivistInnen gegeben haben.⁵ Dank intensiver Agitation verbreiteten sich insbesondere anarchosyndikalistische Ideen unter den russischen ProletarierInnen: Arbeiterkontrolle durch Betriebsräte, Organisation jenseits von Parteien. Auch bewaffnete Einheiten wie das 1. MG-Regiment oder die Kronstädter Matrosen vertraten libertäre Überzeugungen.

Auf den Linksruck der proletarischen Basis reagierte Lenin mit einem «ultralinken» Kurs: Die Bolschewiki übernahmen syndikalistische Forderungen und das Agrarprogramm der SozialrevolutionärInnen. Es kam zu einer Art Kampfbund zwischen den AnarchistInnen und den Bolschewiki. Gemeinsam wollten sie die Provisorische Regierung stürzen und organisierten Anfang Juli eine Massendemonstration in Petrograd. Doch die Regierung konnte den Aufstand unterdrücken. Trotz des gemeinsamen Agierens machte Lenin im Anarchismus jedoch einen gefährlichen politischen und ideologischen Konkurrenten aus. Er und seine Getreuen bekämpften zwischen Februar und Oktober die anarchistischen Ideen mit intensiver Propaganda.

Weil das russische Proletariat nach der festen Überzeugung der AnarchistInnen 1917 mehrheitlich libertär-syndikalistisch dachte, stellten sie sich im Nachhinein immer wieder die Frage: Weshalb hatten sich die Bolschewiki dennoch mit ihrem staatssozialistischen Kurs durchsetzen können? Eine mögliche Ant-

wort lautet, dass die AnarchistInnen in dem eher taktisch begründeten «ultralinken» Kurs der Partei Lenins fälschlicherweise eine Abkehr vom Ziel der Diktatur des Proletariats erkannt hatten. Allgemein fehlte es ihnen darüber hinaus an organisatorischer Stärke und klassenkämpferischer Erfahrung. Anders als in Spanien 1936 hatten die AnarchistInnen in Russland keine starke Gewerkschaftsbewegung aufbauen können.

Die Frage der Räte und die Theorie von der «dritten Revolution»

Die Parole «Alle Macht den Räten» war im Sommer und Herbst 1917 außer bei den Menschewiki und SozialrevolutionärInnen im Munde aller RevolutionärInnen. Im ganzen Land bildeten sich Sowjets: Räte von ArbeiterInnen und Soldaten und, mit Verzögerung, von BäuerInnen. Die Fabrikkomitees und Bauernräte schickten sich an, die Wirtschaft des Landes in die Hand zu nehmen.

Mit dem Allrussischen oder Obersten Sowjet entstand zudem eine revolutionäre Delegiertenversammlung auf gesamtstaatlicher Ebene. Doch welche Rolle den Räten tatsächlich zukommen sollte, darüber gab es unterschiedliche Auffassungen.

Die Linken SozialrevolutionärInnen übernahmen 1917 die Zielvorstellung der MaximalistInnen, nicht nur den Boden zu vergesellschaften, sondern auch die Fabriken. Uneins blieben sie jedoch in der Frage, wie die Arbeiterkontrolle über die Maschinen zu verwirklichen sei. Während manche unter ihnen diese Aufgabe den Betriebsräten zuweisen wollten, sprachen sich andere für eine Nationalisierung aus – also für die Kontrolle durch staatliche Organe. In beiden Fällen wäre der Sozialrevolutionären Partei eine führende Rolle zugekommen.

Dies kritisierten die MaximalistInnen scharf. Sie warnten gemeinsam mit den AnarchistInnen vor den Gefahren, die von zentralistisch

geführten Parteien ausgingen. Für die Libertären waren die Sowjets und Betriebsräte die organisatorischen Keimzellen der kommenden kommunistischen Ordnung. Und sie hatten konkrete Vorschläge, um autoritäre Entwicklungen zu verhindern: Die Delegierten sollten derjenigen Versammlung gegenüber, die sie gewählt hatte, Rechenschaft ablegen müssen. Die ArbeiterInnen sollten also ihre VertreterInnen im Sowjet jederzeit abberufen können. Diese sollten ein imperatives Mandat ausüben: Sie durften im Sowjet nur beschließen, wozu die Versammlung sie beauftragt hatte.

Angesichts der Blüte der Räte im Revolutionsjahr 1917 erkannten die AnarchistInnen die Chance, den libertären Kommunismus zu erringen. Im Frühjahr des Jahres verbreitete sich in anarchistischen Kreisen die Theorie der «dritten Revolution». Demnach würde die Revolution in drei Etappen verlaufen: In der ersten Phase würde die Bourgeoisie die Macht ergreifen und bürgerlich-demokratische Rechte durchsetzen. In einem nächsten Schritt übernehmen dann die SozialistInnen die Macht. Sie würden die Fabriken verstaatlichen, den landwirtschaftlich nutzbaren Boden umverteilen und eine soziale Absicherung der ArbeiterInnen schaffen. In der «dritten Revolution», der anarchistischen, nähmen schließlich die ProduzentInnen selbst ihr Schicksal in die Hand: über Selbstverwaltungsorgane wie die Betriebs- und Produktionskomitees.

Diesem Modell zufolge entsprach die Februarrevolution der ersten, die Oktoberrevolution der zweiten Etappe. Doch die dritte blieb aus – was entscheidend mit dem Verhältnis der Bolschewiki zu den Räten zusammenhing.⁶ Im Zentrum von Lenins Revolutionskonzept standen nicht die Räte, sondern stand die Kommunistische Partei als Avantgarde der Arbeiterklasse. In den Räten sah Lenin nur eine Übergangsform zum «proletarischen Staat».

Die Haltung der Bolschewiki gegenüber den Räten änderte sich je nach taktischer Lage-

einschätzung. Als Menschewiki und SozialrevolutionärInnen in den Sowjets die Mehrheit innehatten, maßen die Bolschewiki in ihrer Propaganda den Räten wenig Bedeutung bei. Als sie im September 1917 ihre Position in vielen Sowjets stark ausgebaut hatten, riefen sie: «Alle Macht den Räten!»⁷

Oktoberrevolution

Was als Oktoberrevolution in die Geschichte einging, war keineswegs nur eine bolschewistische Unternehmung. Auch die Linken SozialrevolutionärInnen, die AnarchistInnen und viele Sowjets und Betriebsräte beteiligten sich am Sturz der Provisorischen Regierung.⁸ Die libertären Kronstädter Matrosen «stürmten» gemeinsam mit bolschewistischen Einheiten das Winterpalais, wo sich die Regierung versammelt hatte.

Die AnarchosyndikalistInnen konnten im Herbst/Winter 1917/18 in den Betrieben immer mehr AnhängerInnen gewinnen. Doch nun trat der Gegensatz zwischen den Revolutionskonzepten offen zutage. Der Bildung des Rates der Volkskommissare unmittelbar nach dem Oktoberumsturz standen die meisten AnarchistInnen kritisch bis ablehnend gegenüber.

Im Januar 1918 folgten zwei wichtige Entscheidungen. Erstens lösten die Bolschewiki das Parlament auf, nachdem sie bei den Wahlen im November keine Mehrheit errungen hatten. Aufgrund ihrer «apolitischen» Haltung unternahmen die AnarchistInnen nichts gegen die Entmachtung des «bürgerlichen» Parlaments – und überließen den Bolschewiki endgültig die Macht. Denn in den Sowjets stellten die Bolschewiki seit dem Herbst 1917 die Mehrheit der Delegierten. Zweitens kämpften die AnarchosyndikalistInnen Ende Januar auf dem Allrussischen Gewerkschaftskongress für die Autonomie der Betriebsräte – ohne Erfolg. Die bolschewistische Regierung verstaatlichte die Betriebe im Laufe des Jahres 1918. Damit verloren die

AnarchosyndikalistInnen ihren politischen Einfluss.

Die SozialrevolutionärInnen gewannen bei den Novemberwahlen mit 40 Prozent mit großem Abstand die meisten Stimmen. Aber sie waren keine Einheit mehr. Die Linken SozialrevolutionärInnen hatten zuvor die Bildung des Rates der Volkskommissare unterstützt. Die rechten SozialrevolutionärInnen versuchten zwar, Widerstand gegen die Auflösung des Parlamentes zu organisieren. Doch obwohl sie so viele Wählerstimmen gewonnen hatten, erhielten sie zu wenig Unterstützung.

Im Frühjahr 1918 verzeichneten die SozialrevolutionärInnen und Menschewiki bei Neuwahlen zu den Sowjets Erfolge. Die Bolsche-

die Soldaten aufgefordert, sich mit den gegnerischen Soldaten zu verbrüdern und die Front bewaffnet zu verlassen. Nun betrieben sie den Aufbau von Partisanenverbänden, um die Reichswehr zu bekämpfen. Und sie riefen zum Sturz der bolschewistischen Regierung auf, die sie als «konterrevolutionär» brandmarkten.

Manche der Partisaneneinheiten, «schwarze Garden» genannt, bereicherten sich in Moskau bei Enteignungen. Dies nahmen die Bolschewiki zum Anlass, gegen die anarchistische Bewegung loszuschlagen. Im April 1918 verhaftete die Tscheka Hunderte AnarchistInnen und tötete Dutzende von ihnen. Trotzdem arbeiteten manche AnarchistInnen weiter mit

Unter den AnarchistInnen gab es pazifistische AnhängerInnen Tolstois. Andere setzten im Klassenkampf auf das «Volk in Waffen». Soldatenräte sollten die Befehlsgewalt ausüben, die Kommandeure gewählt werden.

wiki reagierten mit Repression. Manchen Sowjet lösten sie kurzerhand auf. Die Geheimpolizei Tscheka verhaftete politische GegnerInnen als vermeintliche «Saboteure».

Trotzdem, und obwohl bereits eine Zensur am Werk war, gab es in den ersten Monaten des Jahres 1918 im neuen sozialistischen Staat noch einen gewissen Meinungspluralismus unter den revolutionären Kräften. Dies änderte sich mit dem Frieden von Brest-Litowsk und dem innerrussischen Bürgerkrieg. Um den unpopulären Weltkrieg endlich zu beenden, akzeptierte Lenin im Frühjahr 1918 in Brest-Litowsk einen Friedensschluss, dessen harte Bedingungen die Führung der deutschen Reichswehr diktierte.

Viele AnarchistInnen lehnten dies als Kapitulation vor dem deutschen Militarismus ab. Abgesehen von den TolstoianerInnen waren sie keineswegs PazifistInnen. In der Bewaffnung des «Volkes» sahen sie eine demokratische Maßnahme. Die AnarchistInnen hatten

den Bolschewiki zusammen. Denn im nun folgenden Bürgerkrieg standen sie vor einem schweren Dilemma: Eine Zusammenarbeit mit der Roten Armee stützte zwar unweigerlich den sozialistischen Staat und die Macht der Bolschewiki, ein Sieg der «weißen» Kräfte würde jedoch jede anarchistische Entwicklung im Keim ersticken.

Die sogenannten AnarchobolschewistInnen beruhigten sich mit der Versicherung, dass Repression und Terror gegen die antirevolutionären Feinde notwendig seien, aber eine vorübergehende Erscheinung bleiben würden. Das erwies sich als Illusion. Die AnarchobolschewistInnen verkannten, dass mit der Festigung der bolschewistischen Macht jede Grundlage für eine «dritte», libertäre Revolution verschwand.

Auch die internationalistischen Linken SozialrevolutionärInnen wandten sich angesichts des Diktatfriedens von Brest-Litowsk gegen die Bolschewiki. Ihrer Meinung nach stützte

der Friede die kapitalistischen Eliten und behinderte die Weltrevolution. Folglich warfen sie den Bolschewiki Verrat an der Revolution vor. Ab Beginn des Jahres 1918 konnten die Linken SozialrevolutionärInnen ihre Popularität und ihre Mitgliederzahl deutlich steigern. Sie wurden somit zu einem ernst zu nehmenden Gegner der Partei Lenins. Nach dem Friedensschluss verließen sie den Rat der Volkskommissare.

Derweil hielt die dramatische Unterversorgung der Städte an. Ab Mai 1918 ließen die Bolschewiki zwangsweise Lebensmittel auf dem Land requirieren. Die BäuerInnen wehrten sich, worauf die staatlichen Organe mit harten Repressionsmaßnahmen reagierten. Nun entschlossen sich die Linken SozialrevolutionärInnen zum bewaffneten Kampf. In einer spektakulären Aktion tötete ein Kommando im Juli 1918 den deutschen Botschafter Wilhelm Mirbach, um den außenpolitischen Kurs Sowjetrusslands zu torpedieren. Die Tscheka reagierte mit erbarmungsloser

«Wir sind überzeugt, dass Freiheit ohne Sozialismus Privilegienwirtschaft und Ungerechtigkeit, und Sozialismus ohne Freiheit Sklaverei und Brutalität bedeutet.» (Michail Bakunin)

Gewalt. Im Sommer 1918 schaltete sie die Linken SozialrevolutionärInnen und die AnarchistInnen als politische Gegner endgültig aus. Viele landeten im Gefängnis, darunter die führende Sozialrevolutionärin Marija Spiridonowa. Ende August 1918 feuerte die Sozialrevolutionärin Dora Kaplan mehrere Kugeln auf Lenin ab, doch Lenin überlebte.

Die rechten SozialrevolutionärInnen versammelten sich derweil mit den übrigen Fraktionen des aufgelösten Parlaments in Samara an der Wolga. Im Juni hatten die Bolschewiki sie und die Menschewiki aus den Sowjets gedrängt. Doch Anfang Oktober eroberte die

Rote Armee Samara und zerschlug diesen Widerstandsversuch.

Die Machno-Bewegung in der Ukraine und der Aufstand der Kronstädter Matrosen

Im Juli 1918 verabschiedete der Oberste Sowjet eine Sowjetverfassung für das neue Russland. Doch diese Bezeichnung war irreführend, denn nicht die Räte trafen die politischen Entscheidungen, sondern die Regierung. Die Sowjetrepublik war keine Räte Demokratie. Auch von einer «Diktatur des Proletariats und der armen Bauernschaft», wie sie die Versammlung proklamierte, konnte keine Rede sein. Vielmehr hatte sich Mitte 1918 die Diktatur der bolschewistischen Partei etabliert. Mit der Tscheka und der Roten Armee verfügte sie über schlagkräftige Organe, um ihre Macht durchzusetzen.

In der Ukraine und in Kronstadt (bei Petrograd) kam es im revolutionären Russland noch einmal zu größeren gegenläufigen Entwicklungen. Gemäß dem Vertrag von Brest-Litowsk hatten österreichisch-deutsche Truppen die Ukraine besetzt. Doch mit der Revolution in Deutschland und dem Ende des Weltkrieges im November 1918 zogen sich die Besatzungstruppen zurück.

In den Wirren des russischen Bürgerkrieges kämpfte fortan eine libertäre Bauernarmee unter Nestor Machno gegen die antirevolutionären «weißen» Verbände. Die Machnowitschi hatten Verbindungen mit ukrainischen AnarchistInnen. Diese wiederum schlossen sich mit russischen AnarchistInnen, die vor dem roten Terror geflohen waren, zur Gruppe «Nabat» zusammen. Die Machnowitschi gründeten libertäre Schulen, Krankenhäuser und bäuerliche Kommunen. Sie führten eine radikale Agrarreform durch und etablierten Sow-

jets. In der akuten Kriegssituation konnten sie ihr konstruktives Programm freilich nur in Ansätzen verwirklichen.

Machno und seine Leute sahen in den «Weißen» die Hauptgefahr und paktierten immer wieder mit Trotzki's Roter Armee. Als die «Weißen» ausgeschaltet waren, wandte sich Trotzki jedoch gegen die Machno-Bewegung. Er ließ Nestor Machno und sein Führungsstab festsetzen. Viele Machnowitschi wurden verhaftet, nach Sibirien deportiert oder umgebracht.⁹ In Russland schwelte die Unzufriedenheit unter den ArbeiterInnen angesichts der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung weiter. Im Frühjahr 1921 kam es zu einer Welle von Streiks. Im Februar 1921 erhoben sich die Kronstädter Matrosen gegen die bolschewistische Herrschaft. Sie forderten eine wahre Räte-demokratie. Lenin ließ den Aufstand brutal niederschlagen. Eine «dritte Revolution» fand nicht statt.

Im selben Monat starb Pjotr Kropotkin. Tausende AnarchistInnen kamen zu seinem Be-

gräbnis in Moskau. Viele von ihnen kamen dafür einen Tag aus dem Gefängnis frei. Es war die letzte anarchistische Demonstration in Sowjetrußland.

1 Bedeutende anarchosyndikalistische Bewegungen gab es auch in Frankreich, Schweden, Deutschland, Argentinien und Spanien. Zu Spanien und der libertären Revolution der Jahre 1936 bis 1939 vgl. Froidevaux, Alexandre (Hrsg.): 80 Jahre danach. Der Spanische Bürgerkrieg 1936–1939. Die spanische Gesellschaft und deutsche Interventionen, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Materialien 14, Berlin 2016. **2** Vgl. Rublew, Dmitri Iwanowitsch: Die politische Position der Anarchisten in der russischen Revolution 1917–1918, in: Kellermann, Philippe (Hrsg.): Anarchismus und Russische Revolution, Berlin (im Erscheinen). **3** Vgl. Häfner, Lutz: «Nur im Kampf wirst Du Dein Recht erlangen!» Sozialrevolutionäre Maximalisten und Linke Sozialrevolutionäre in der russischen Revolution 1917/18. Ideologische Grundlagen, Organisation und Handeln, in: ebd. **4** Vgl. Tolstojaner/innen: Massenhafte Kriegsdienstverweigerung, in: Graswurzelrevolution 120/1987, S. 21. **5** Vgl. Naef: Revolution, S. 33. **6** Nach dem Oktoberumsturz sprach auch Lenin von einer «dritten Revolution», meinte damit aber etwas ganz anderes: Die erste Revolution war demnach die von 1905, die Februarrevolution die zweite und die im Oktober die dritte; vgl. Hildermeier, Manfred: Die Sowjetunion 1917–1991, 3. Aufl., Berlin/Boston 2016, S. 13. **7** Vgl. Mergner, Gottfried (Hrsg.): Die russische Arbeiteropposition. Die Gewerkschaften in der Revolution, Hamburg 1972, S. 18 f. **8** Vgl. Naef: Revolution, S. 34. **9** Die Machno-Bewegung ist eine eingehendere Betrachtung wert, was hier aus Platzgründen nicht möglich ist. Zum Verhältnis der Machnowitschi zum «Nabat» sowie zu weiteren Aspekten vgl. Schublin, Alexander: Die Machno-Bewegung und der Anarchismus, in: Kellermann (Hrsg.): Anarchismus und Russische Revolution.

Philippe Kellermann

ZUR WAHRNEHMUNG DER OKTOBER- REVOLUTION UND DES BOLSCHEWISMUS IM INTERNATIONALEN ANARCHISMUS 1917 BIS 1923

Wenn man an die Russische Revolution denkt, dann in erster Linie an die Oktoberrevolution, den Sieg der Bolschewiki, und vielleicht hat man noch im Kopf, was sich in den darauffolgenden Jahren entwickelte: das System des Stalinismus mit seinen unzähligen Toten und dem Gulag.

Dies vor Augen, scheint eine Antwort auf die Frage nach dem Verhältnis der anarchistischen Bewegung zum Ereigniskomplex «Russische Revolution» relativ einfach: grundsätzliche Gegnerschaft. Denn was sollten ein Denken und eine Bewegung, die sich schon jahrzehntelang «gegen die Herrschaft, die Autorität in jeder Form»¹ wandte, an einer Bewegung, zumal einer marxistischen, überdies noch in Gestalt einer hierarchisch strukturierten Kaderpartei, positiv finden?

Hatten nicht vielmehr gerade AnarchistInnen stets erklärt, dass «Sozialismus ohne Freiheit» zu «Sklaverei und Brutalität» führen würde,² «Stalin [...] die Theorie und die Methoden, welche die Russische Revolution zerschlagen und neue Ketten für das russische Volk geschmiedet haben, nicht neu erfunden»³ habe und der Bolschewismus eigentlich nur eine «Variante des faschistischen Systems»⁴ sei? Oder wie der bekannte Anarchist Pjotr Kropotkin noch kurz vor seinem Tod 1921 sagte: «Haben wir nicht stets auf diese Segnungen des Marxismus in Aktion hingewiesen? Warum nun erstaunt sein?»⁵

Entscheidend aber ist, dass Kropotkins Gegenüber erstaunt war und dass es sich hierbei um eine Anarchistin handelte, nämlich Emma Goldman, die zum Jahreswechsel 1919/20 aus den USA nach Russland ausgewiesen worden

war und nun mehr und mehr ihre alten Hoffnungen auf die Entwicklung in Russland begraben musste. In den Jahren 1918/19 war allen voran sie es gewesen, die in den USA massiv ihre Stimme zur Verteidigung der Bolschewiki erhoben hatte. In ihrer Broschüre «The Truth about the Bolschewiki» (Die Wahrheit über die Bolschewiki), die sie kurz vor Antritt ihrer Haftstrafe (Anfang 1918) wegen antimilitaristischer Agitation geschrieben hatte, verteidigte sie diese sogar gegen die Kritik ihres alten anarchistischen Lehrmeisters Kropotkin; und sie hatte eine von ihr bewunderte Sozialrevolutionärin – Jekaterina Breschko-Breschkowskaja – dafür attackiert, dass sie öffentlich gegen die Bolschewiki Stimmung mache, womit sie der Konterrevolution diene.

Erste Verwirrung: Ist der Bolschewismus ein Anarchismus?

Der wohl zentrale Aspekt, warum es seit 1917 überhaupt zu einer positiven Bezugnahme auf die Bolschewiki kommen konnte, wird von dem deutschen Anarchisten Ernst Friedrich erwähnt, als dieser 1923 an die «Waffenbrüderschaft beider im Kampf für die Freiheit» erinnerte.⁶ Denn man darf nicht vergessen: Im Nachgang der Februarrevolution war es in Russland zu einer Art «inoffiziellen Allianz» zwischen Anarchisten und Bolschewiki gekommen.⁷ Beide einte der Wunsch nach Radikalisierung des revolutionären Aufbruchs, der nach dem Februar stagnierte, während große Teile der Bevölkerung immer unzufriedener wurden – und sich und ihre Forderungen radikalisierten.

Mit den Lenin'schen «April-Thesen» und der Übernahme von Parolen wie «Alle Macht den Räten», «Das Land den Bauern» und «Sofortiger Frieden ohne Annexionen» deutete einiges darauf hin, dass sich die Bolschewiki mehr und mehr in eine Richtung bewegten, die viel eher an genuin anarchistische Vorstellungen erinnerte als an den orthodoxen Marxismus. Diesen Eindruck hatten selbst manche AnarchistInnen in Russland – daher erklärte Emma Goldman die Russische Revolution zu einem «Wunder», unter anderem weil die «marxistischen Sozialdemokraten Lenin und Trotzki» anarchistische revolutionäre Taktiken anwenden würden.⁸ Dieser Sichtweise entsprach in gewisser Weise die Kritik der Menschewiki, die Lenin zum Anarchisten erklärten: «Für die russischen Marxisten von heute», so der führende orthodoxe Marxist Plechanow im Mai 1917, «ist es auch an der Zeit, zu begreifen, dass sie einen anderen Weg als die modernen Bakunisten Leninschen Typs haben. [...] Ich wiederhole: Es handelt sich nicht darum, ob bei uns der Bolschewismus oder Menschewismus den Sieg davonträgt. Es handelt sich darum, welche Ideen in unserem sozialistischen Milieu den Sieg davontragen, die Ideen von Marx oder die Ideen von Bakunin.»⁹ Für die einen vertrat Lenin «Fieberphantasien»,¹⁰ für die anderen zeigte sich, dass die Bolschewiki sich in ihre Richtung bewegt hätten und nun am «Scheideweg» ständen: «Marxismus oder Anarchismus?»¹¹ Da die «russische Revolution [...] Europa aus dem furchtbaren Bann einer grauenvollen Hypnose»¹² – gemeint ist der Weltkrieg – befreit habe und dann als revolutionärer Weg zu einer herrschaftsfreien Gesellschaft erschien, war sie zunächst allgemein begrüßt worden

als «die große Passion, die uns alle mitriss. Im Osten ging, so glaubten wir, die Sonne der Freiheit auf.»¹³

Der im US-amerikanischen Exil lebende italienische Anarchist Luigi Galleani hat die Außenwirkung der Bolschewiki anschaulich beschrieben: «Die Sprache, die die Bolschewiki benutzten, war neu, unerwartet war ihre Kühnheit, ihre Siege waren triumphal. Ihr exotischer Name – Bolschewiki – klang mysteriös und schien schwanger vor stürmischen Erinnerungen, er zog alle Sympathien auf sich. Keiner wusste genau, was er bedeutete, aber niemand wollte ihn nach dem siegreichen Aufstand, der die glühenden avantgardistischen Kräfte – von den Anarchisten bis zu den Sozialisten – zusammengeschmiedet zu haben schien, nur auf eine Gruppe anwenden. Alle waren Bolschewiki!»¹⁴

Wenn sich nun schon in Russland selbst die Dinge derart ungewöhnlich darstellten, waren sie umso verwirrender und komplizierter zu überschauen für die anarchistische Bewegung in den Ländern der restlichen Welt, die zumeist etwa durch Pressezensur – wir befinden uns ja anfangs noch mitten im Ersten Weltkrieg – weitestgehend von der jeweiligen Außenwelt abgeschnitten war. Nicht zuletzt deshalb kam es oftmals zu im Rückblick irritierenden Interpretationen.

So schreibt Gustav Landauer Anfang 1919: «Wenn es aber wahr ist, wofür manche Nachricht und unsre nach Beseligung und Wunder zitternd verlangende Hoffnung spricht, dass russische Bolschewiki [...] über sich selbst, ihren theoretischen Doktrinarismus und die Ödigkeit ihrer Praxis emporgestiegen sind, dass in ihnen Föderation und Freiheit über Zentralismus und militärisch-proletarische Be-

«Die Sprache [der] Bolschewiki [...] war neu, unerwartet war ihre Kühnheit, ihre Siege waren triumphal. Ihr exotischer Name - Bolschewiki - klang mysteriös [...]. Keiner wusste genau, was er bedeutete.» (Luigi Galleani)

fehlsorganisation Herr geworden sind, dass sie schöpferisch geworden sind und der Industrieproletarier und Professor des Todes in ihnen vom Geist des russischen Muschik, vom Geist Tolstojs, vom ewig einen Geist besiegt worden ist, dann spricht das wahrlich nicht für den in ihnen überwundenen Marxismus, sondern für den himmlischen Geist der Revolution, der, unterm klammernden Griff und der schnellenden Schleuder der Notwendigkeit, in den Menschen, zumal den russischen Menschen, das Verschüttete freilegt und das heilig Verborgene zum Quellen und Rauschen bringt.»¹⁵

Zahlreiche Meldungen unterstreichen das allgemeine Durcheinander in einer Zeit, in der sich alte Kategorien zu verflüssigen schienen. Beispielhaft eine Notiz aus dem Jahr 1919, in der berichtet wird: «Amerikanischen Blättern zufolge ist in Pittsburgh eine bolschewistische Verschwörung entdeckt worden. Die Bolschewisten wollten sich des Arsenal's bemächtigen und die Waffen gegen die Stadt richten. 21 Anarchisten wurden verhaftet.»¹⁶

Erste Kritik und Zurückhaltung angesichts der weltweiten Konterrevolution

Nichtsdestotrotz kam es schon früh zu öffentlichen kritischen Stellungnahmen gegen die Bolschewiki, beispielsweise im Januar 1918 in wichtigen anarchistischen Zeitungen wie *Il Risveglio* (Genf), die *Fraye Arbeter Shtime* (USA) oder *L'Avvenire anarchico* (Pisa). Beispielhaft für solche Positionen sei ein Artikel aus *Il Risveglio* vom Februar 1918 angeführt, in dem Francesco Porcelli festhält: «Ein zentraler Baustein der anarchistischen Lehre ist die absolute Ablehnung jeglicher Form von Regierung. Unser Misstrauen gegenüber der Regierung von Lenin und Trotzki entspringt der geistigen Haltung, die wir Anarchisten instinktiv gegenüber institutionalisierter und konstituierter Autorität einnehmen. Dieses, unseren theoretischen Prämissen entspringende Miss-

trauen könnte in einer außergewöhnlichen Lage abgeschwächt werden, es wird aber ganz im Gegenteil vom politischen Handeln der Russen bestärkt.»¹⁷

Nichtsdestotrotz dürften die Stimmen überwogen haben, die die Russische Revolution begrüßten und glaubten, sie sei auf einem gu-

«Unser Misstrauen gegenüber der Regierung von Lenin und Trotzki entspringt der geistigen Haltung, die wir Anarchisten instinktiv gegenüber institutionalisierter und konstituierter Autorität einnehmen.» (Il Risveglio)

ten Weg, wie die folgende Stimme in der spanischen *Tierra y Libertad*: «Der Wind trägt den Lärm eines ungeheuren Zusammenbruchs zu uns herüber: Das alte Russland fällt, und es reißt in seinem Sturz eine Welt der Infamie, der Verbrechen, der widerwärtigen Tyrannei und der niedrigen Knechtsgesinnung mit sich nieder. [...] Natürlich hat die Russische Revolution nicht die Anarchie als soziale Ordnung verwirklicht. Denn um in Anarchie zu leben, bräuchte es ein höheres Maß an Bildung und moralischem Bewusstsein, als das russische Volk es heute haben kann. [...] Aber die Essenz der anarchistischen Vorstellungen von Ökonomie und Gesellschaft ist heute in Russland umgesetzt [...]. Unsere Aufgabe ist es nicht allein, den russischen Befreiern zu zeigen, dass die Arbeiter der ganzen Welt geistig auf ihrer Seite stehen, sondern auch, mit unseren Taten jene nachzuahmen, die die Prinzipien der Gerechtigkeit und Gleichheit des libertären Kommunismus umgesetzt haben.»¹⁸ Der Kenntnis der wirklichen Lage in Russland standen nun nicht allein verschiedene äußere Hindernisse entgegen. Darüber hinaus befand sich ein Großteil der anarchistischen Bewe-

gung mitten in den «internationalen revolutionären Wirren der Jahre 1916–1923»¹⁹, so dass man auch anderes zu tun hatte, als sich ausgiebig und in Ruhe mit Russland zu beschäftigen. Die Auseinandersetzung mit der «Russlandfrage» wurde zusätzlich überlagert von der nun beginnenden alliierten Intervention gegen Russland (Juni 1918 bis Oktober 1919) und der Formierung der «Weißen» Armeen unter Denikin, Koltschak und Wrangel, gegen die sich die übergroße Mehrheit der russischen Bevölkerung insgesamt zur Wehr setzte, bis sie Ende 1920 vollständig geschlagen worden waren.

Angesichts dieser Situation hielten sich viele AnarchistInnen mit ihrer Kritik zurück. So schreibt Errico Malatesta – eine der gewichtigsten Stimmen jener Zeit – in einem Brief, den sein Adressat Luigi Fabbri umgehend veröffentlichte, im Juli 1919: «Die Bolschewiki sind einfach Marxisten, sie sind ehrlicher Weise und konsequenterweise Marxisten geblieben. [...] Wir respektieren ihre Ehrlichkeit, bewundern ihre Energie, aber wir sind mit ihnen auf der theoretischen Ebene nie einverstanden gewesen, und wir werden uns nicht mit ihnen solidarisieren, jetzt, da sie von der Theorie zur Praxis übergegangen sind. [...] Lenin, Trotzki und Genossen sind sicherlich echte Revolutionäre, so wie sie die Revolution verstehen, und werden sie nicht verraten. Sie schaffen aber mit ihrer Regierung den Rahmen, den die Nachkommenden benutzen werden, um von der Revolution zu profitieren und sie zu töten. Sie werden die ersten Opfer ihrer eigenen Methoden und mit ihnen, fürchte ich, wird auch die Revolution fallen. [...] Über die Details haben wir zu widersprüchliche und zu diffuse Informationen, um sie beurteilen zu können. Es kann sein, dass viele Dinge, die uns böse erscheinen, allein Konsequenzen aus der Situation sind und dass in der besonderen Lage Russlands nichts anderes möglich gewesen ist, als was geschehen ist. Es ist besser, abzuwarten. Überhaupt ist es für die Entwicklung

des Ganzen irrelevant, was wir über die Ereignisse in Russland sagen – außerdem könnte es falsch interpretiert werden und uns als Nachahmer der Reaktion erscheinen lassen.»²⁰

Kritische Solidarität und allgemeine Unübersichtlichkeit

In Deutschland erklärte Rudolf Rocker im Dezember 1919 auf dem 12. Kongress der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften grundsätzlich: «Was die Partei der Bolschewiki anbelangt, so ist unsere Stellung ihr gegenüber dieselbe wie allen anderen sozialistischen Parteien gegenüber. Wir stehen einmütig auf der Seite Sowjetrusslands in seiner heldenmütigen Verteidigung gegen die Mächte der Alliierten und der Gegenrevolutionäre, nicht weil wir Bolschewisten sind, sondern weil wir Revolutionäre sind. Im Übrigen aber gehen wir unsern eignen Weg unbeirrt weiter, da wir fest überzeugt sind, dass er der richtige ist.»²¹

Der internationale Anarchismus handelte hier nicht anders als viele AnarchistInnen in Russland selbst, die sich angesichts der Bedrohung durch die Konterrevolution aufmachten, vor allem diese zu bekämpfen.²² Dementsprechend finden sich in anarchistischen Zeitungen zu jener Zeit immer wieder Aufrufe zu Solidaritätsdemonstrationen mit Russland und zum Boykott von Hilfslieferungen für die konterrevolutionären Kräfte.

Wenn nun Rocker im obigen Zitat davon gesprochen hat, dass man vom eigenen Weg als dem richtigen überzeugt sei, so traf dies keineswegs für den internationalen Anarchismus in seiner Gesamtheit zu. Der Bolschewismus und seine Durchschlagskraft führten nämlich auch zu hitzigen Diskussionen unter AnarchistInnen über die Tragfähigkeit der eigenen Revolutionsvorstellungen. Die Zeitschrift *Der freie Arbeiter* gab Ende 1919 diesbezüglich folgenden Überblick über die bestehenden Meinungsverschiedenheiten: «Die internationalen politischen und wirtschaftlichen

Verhältnisse gestalten sich immer verwickelter und treiben unaufhaltsam dem Chaos zu. [...] In *England* hat der Bolschewismus einen besonders starken Verfechter in Guy Aldred, dem Mitarbeiter unseres Bruderorgans *«The Spur to Communism»* (Der Ansporn zum Kommunismus). Gegenüber einer Behauptung Pierre Ramus', dass die Diktatur des Proletariats unnötig sei, entgegnet er, dass er sie für unvermeidlich halte, dass auch Bakunin und Peter Kropotkin die Idee der revolutionären Diktatur verfechten. Pierre Ramus sei ärgerlich

anarchistischen Kreisen eine wesentlich andere Auffassung über den Bolschewismus als in der englischen Zeitung *«The Spur»*. Die Redaktion von *«Les Temps Nouveaux»* geht in dem Programm, das sie in der ersten Nummer veröffentlicht, von dem Gesichtspunkt aus, dass der Bolschewismus nichts anderes sei als Staatssozialismus, und noch dazu ein sehr zentralisierter und herrschsüchtiger, der nur mittels Gewalt sich hält. Es passe nicht in ihr Programm, dem Volk von oben her das Glück gleichsam aufzunütigen. Sie könnte an einen *«guten Tyrannen»* nicht glauben usw. Man ersieht, wie verschiedenartig die Auffassungen über den Bolschewismus sind. Bei den Kapitalisten der verschiedenen Staaten und ihren rechtssozialistischen Handlangern und Zuhältern ist allerdings die Auffassung eine einheitliche.

«Wir stehen [...] auf der Seite Sowjet-russlands [...] gegen die Mächte der Alliierten und der Gegenrevolutionäre, nicht weil wir Bolschewisten sind, sondern weil wir Revolutionäre sind.» (12. Kongress der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften)

auf die Räterepublik, weil sie den Kapitalismus nicht schnell genug zerstört. Aber Rom wurde auch nicht an einem Tage gebaut. Er (Ramus) erkenne keinen Unterschied zwischen der Räteorganisation der Gesellschaft und dem parlamentarischen Staate. Hier unterscheide er sich offen von ihm. Aldred glaubt, dass jene Anarchisten, die sich der Diktatur des Proletariats als einer vorübergehenden Maßregel widersetzen, gefährlich nahe daran sind, die Sache der Reaktion zu unterstützen, obwohl ihre Beweggründe die edelsten sein mögen. Ja, unser englischer Kamerad versteigt sich in seiner Polemik gegen Ramus zu dem Satze: Wenn der abstrakte Anarchismus der sozialen Revolution und dem Triumph des Proletariats entgegensteht, dann müsse er von jedem Soldat der roten Flagge verworfen werden. Wir geben die Bemerkungen des Kameraden Aldred wieder, ohne sie zu den unsrigen zu machen. Besonders wussten wir nicht, wieso der Anarchismus der sozialen Revolution im Wege stehen sollte. [...] In *Frankreich* hat man in

chere. Von der leisesten Bewegung an, die mit dem Sozialismus ernstmachen möchte, bis zum Anarchismus bezeichnen sie alles als bolschewistisch.»²³

Es gab jedenfalls nicht wenige AnarchistInnen, bei denen, wie Fritz Brupbacher treffend schrieb, «das meiste, was unter dem Titel Anarchismus gegangen, einfach revolutionärer Wille war, und als im Bolschewismus eine Lehre auftauchte, die das revolutionäre Element enthielt, das in der Sozialdemokratie nicht enthalten war, so wurden die scheinbaren Anarchisten und revolutionären Syndikalisten einfach und mit Leib und Seele Bolschewisten».²⁴ Diese Leute – man darf nicht vergessen, dass der Marxismus im Grunde bis zur Oktoberrevolution über keine revolutionäre Tradition verfügte – waren dann oftmals vor allem in Ländern, in denen der Anarchismus in der Arbeiterschaft stärker vertreten war, die Gründer der in diesen Jahren entstehenden Kommunistischen Parteien.²⁵ Wobei – auch dies gehört zu der allgemeinen Unübersichtlichkeit – die

se Parteien nicht unbedingt bolschewistisch in dem Sinne waren wie die Partei Lenins. Als diesbezüglich eine gewisse Klärung eintrat – Kernaspekte wären hier die theoretischen Vorgaben zur «taktischen» Beteiligung am Parlamentarismus und die berühmten 21 Punkte zur Aufnahme in die Kommunistische Internationale (1920) –, wandten sich auch viele (ehemalige) AnarchistInnen wieder vom Bolschewismus ab. In gewisser Weise beispielhaft hierfür ist Erich Mühsam, der während seiner Haftzeit in die KPD eingetreten war, wozu er erklärte: «Ich vollziehe hiermit meinen Eintritt in die Kommunistische Partei Deutschlands. Die Einigung des revolutionären Proletariats ist notwendig und unaufschiebbar. Die Organisation, in der diese Einigung allein möglich ist, ist in der K.P.D. gegeben. Ich hoffe, dass meine anarchistischen Genossen, soweit sie im Kommunismus die Grundlage der gerechten Gesellschaft erblicken, meinem Beispiel folgen werden. Die Überwindung des Staates in jeder Gestalt ist das Ziel Lenins so gut wie das unsrige. Ein Opfer der Überzeugung wird also von niemandem verlangt. Die Genossen der K.P.D. aber bitte ich, mich und meine Kameraden im Geiste treuer Kampfsolidarität aufzunehmen. Wir werden unsern Mann stellen, und der Zustrom an Kampf und Verfolgung gewöhnter Rebellen wird die Tatkraft der Partei befeuern und sie vor Verknöcherung und Verbonzung dauernd bewahren. Es lebe die Weltrevolution! Es lebe die 3. Internationale!»²⁶

Kaum zwei Monate später aber war Mühsams Gastspiel schon wieder beendet, da die KPD-Zentrale den Ausschluss der antiparlamentarischen und revolutionär-syndikalistischen AktivistInnen durchsetzte.

Positionsfindung und Krise des Anarchismus

Mühsam steht aber noch für etwas anderes, mit dem sich die anarchistische Bewegung seit jener Zeit herumschlagen muss. Denn was immer man von den Bolschewiki halten

mochte, hatten sie sich doch immerhin durchgesetzt. Und gerade dies – vielmehr die damit gegebene Niederlage des Anarchismus – führte auch zu Fragen, die teilweise in eine «Krise des Anarchismus» mündeten. Mühsam selbst hatte zu jener Zeit noch mit explizit positivem Bezug auf die Bolschewiki gemeint: «Lenins theoretische und praktische Anweisungen für die Durchführung der Revolution bis zur Verwirklichung der kommunistischen Ziele des Proletariats schufen neuen Boden, gaben dem revolutionären Kampf um die Befreiung vom Kapitalismus neue Formen. Seine Lehren [...] schlugen die Brücke, auf der sich die Anhänger des von Kautsky und Bernstein befreiten Marx und Bakunins begegnen können, der Einigung des wahrhaft revolutionären Proletariats stehen keine unüberwindlichen Schranken mehr im Wege. Wir kommunistischen Anarchisten mussten allerdings einen wichtigen Differenzpunkt zwischen den beiden hauptsächlich sozialistischen Schulen, Bakunins Widerstand gegen eine Diktatur des Proletariats zugunsten Marxens, preisgeben. Ich persönlich habe bereits zu Beginn der Revolution eingesehen, dass die proletarische Diktatur ein unumgängliches Mittel zur Eroberung der Macht darstellt, und meine propagandistische Tätigkeit dementsprechend ausgeübt. Der weitere Konflikt, die Frage nach zentralistischer oder föderalistischer Organisation wird durch die geniale Leninsche Lösung, durch den Rätegedanken, zu einem Streit um Worte.»²⁷

Allgemeiner – als theoretisches und praktisches Problem – blieb diese Frage aktuell und über den deutlich antibolschewistischen anarchistischen Kongress 1921 wird beispielsweise berichtet: «Durch den Gedankenaustausch bekam man den Eindruck, dass mehrere Anwesende leicht über die Frage der Übergangszeit zwischen Kapitalismus und Anarchismus hinweggehen. Es ist bequem, theoretisch jede Diktatur und jeden revolutionären Militarismus abzulehnen; es ist aber grundfalsch,

zu meinen, dass dadurch allein die revolutionäre Entwicklung ohne allzu viele Schwierigkeiten sich durch die freie und spontane Selbstorganisation des Proletariats verwirklichen wird. Was man bei dergleichen Besprechungen vergisst, ist die Tatsache, dass revolutionäre Unruhen und gesellschaftliche Umwälzungen immerfort wieder ausbrechen, nicht nur lange bevor jeder Proletarier Anarchist geworden ist, sondern schon selbst bevor die

anarchistische Propaganda die proletarische Masse durchdrungen hat. [...] Es gab auf diesem Kongress einen Deutschen, der fast jedes Mal, wenn ein allzu leicht idealisierender Anarchist das Wort führte, den Zwischen-

ruf ausstieß: «Aber die Übergangszeit!» Er hatte recht. Er berührte hiermit eine der schwierigsten historischen und ethischen Fragen, welche es für den Anarchisten geben kann.»²⁸ Ungeachtet dieser Frage war gerade dieser Kongress, der Ende Dezember 1921 in Berlin stattfand, ein wichtiges Ereignis für die internationale anarchistische Bewegung in ihrer Beziehung zu den Bolschewiki. Wie seinerzeit schon festgestellt wurde: «Der internationale anarchistische Kongress zu Berlin 1921 konstatiert mit Genugtuung, dass die Anarchisten aller Länder Gegner jeder Diktatur sind. Die Ereignisse in Russland haben die Richtigkeit unserer Auffassung über die Diktatur noch bestätigt. Auf diese Erfahrung gestützt, erklären die Anarchisten, dass sie mehr als jemals Feinde jeder Diktatur sind; sei es eine Diktatur von rechts oder von links, die der Bourgeoisie oder die des Proletariats. Der Kongress gibt einstimmig der Meinung Ausdruck, dass in der Frage, die den ersten Platz in den revolutionären Ereignissen der Gegenwart einnimmt, die Anarchisten aller Länder keine gegenteiligen Ansichten haben.»²⁹

«Der internationale anarchistische Kongress zu Berlin 1921 konstatiert mit Genugtuung, dass die Anarchisten aller Länder Gegner jeder Diktatur sind.» (Der Syndikalist)

Ein weiterer wichtiger Aspekt, der zur grundsätzlichen Gegnerschaft und Opposition gegenüber dem Bolschewismus beitrug, war die Entwicklung der Kommunistischen Internationale und die Art und Weise ihrer Beziehungen zu den revolutionär-syndikalistischen und anarchistischen GewerkschaftsaktivistInnen. Denn als man anfangs noch keinerlei Verbündete hatte, waren die Bolschewiki gerade auf diese Kräfte angewiesen, weshalb sie auch

zunächst einen deutlich zuvorkommenden Ton anschlugen. Die gewissermaßen paradoxe Situation erzeugte dabei schon während des II. Kongresses (1920) Unmut und eskalierte im Rahmen des Grün-

dungskongresses der «Roten Gewerkschafts-internationale» (1921), als die syndikalistischen/anarchistischen Delegierten über die in der Sowjetunion inhaftierten AnarchistInnen informiert wurden.

Dann vollzog sich die schon zuvor von deutschen und schwedischen AnarchosyndikalistInnen anvisierte Gründung einer genuin revolutionär-syndikalistischen Internationale (Dezember 1922), die in expliziter Opposition zu den Bolschewiki und den Kommunistischen Parteien und deren Gewerkschaftsformationen stand.³⁰

Mit dem Jahreswechsel 1921/22 kam es zur Ausreise von Emma Goldman, Alexander Berkman und Alexander Schapiro. Außerdem wurde eine Gruppe inhaftierter Anarchisten (u. a. Volin, Maximow, Gorelik) mitsamt ihren Familien aus Russland ausgewiesen. Sie informierten in der Folgezeit die Öffentlichkeit über die grausamen Zustände unter den Bolschewiki.³¹

All dies, gepaart mit der Konsolidierung des Bolschewismus als weitgehend «normale» Staatspartei in einer kapitalistischen Umwelt,

mit der sie Beziehungen einzugehen begann (Rapallo 1922), führte dazu, dass die anarchistische Bewegung in den Bolschewiki schließlich nicht mehr viel anderes sah als den Todfeind der Russischen Revolution und einen Teil der internationalen Konterrevolution in ihrer schlimmsten Ausprägung,³² weshalb der aus Russland geflohene Mark Mratschny 1925 wohl für viele sprach, als er meinte: «Früher oder später – hoffentlich früher als später – wird die Welle des Volksaufbruchs die Bolschewisten wie eine stickige Dunstwolke wegfehen.»³³

1 Kropotkin, Peter: Die Ordnung (1881), in: ders.: Worte eines Rebellen, Reinbek 1972, S. 62–66, hier S. 64. **2** Bakunin, Michael: Die revolutionäre Frage (1868), Münster 2000, S. 62. **3** Goldman, Emma: Trotsky Protests Too Much, Glasgow 1938, S. 3. **4** Volin: Die unbekannte Revolution (ca. 1939), Berlin 2013, S. 300. **5** Zit. nach: Goldman, Emma: Die Ursachen des Niederganges der russischen Revolution (1922), Berlin 1968, S. 59. **6** Friedrich, Ernst: Ich schweige nicht länger ..., in: Die Verfolgung des Anarchismus in Sowjetrußland, Berlin 1923, S. 3 f., hier S. 3. **7** Goldberg, Harold Joel: The Anarchists View the Bolshevik Regime, Madison 1973, S. 47. **8** Goldman, Emma: The Truth about the Boylsheviki, New York o.J. [1918?], S. 4. **9** Plechanow, Georgi W.: Marxismus oder Bakunismus (1917), in: ders.: 1917 – zwischen Revolution und Demokratie, Berlin 2001, S. 63–66, hier S. 66. **10** Plechanow, Georgi W.: Über Lenins Thesen und warum Fieberphantasien bisweilen interessant sind (1917), in: ders.: 1917, S. 23–31, hier S. 30. **11** Golos Truda (Petrograd), 29.9.1917. **12** Der freie Arbeiter (Berlin) 31/1920. **13** Souchy, Augustin: Vorsicht Anarchist!, Reutlingen 1982, S. 33. **14** Cronaca sovversiva (Patterson), März 1919. **15** Landauer, Gustav: Aufruf zum

Sozialismus (1919), Berlin 1989, S. 5 f. **16** Der Syndikalist (Berlin), 12.4.1919. **17** Il Risveglio (Genf), 16.2.1918. **18** Tierra y Libertad (Barcelona), 21.11.1917. **19** Van der Walt, Lucien/Schmidt, Michael: Schwarze Flamme. Revolutionäre Klassenpolitik im Anarchismus und Syndikalismus, Hamburg 2013, S. 219. **20** Volontà (Ancona), 16.8.1919. **21** Protokoll über die Verhandlungen vom 12. Kongreß der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften, Berlin [1920], S. 59. **22** Ein perfides und ewig auf den Bolschewiki lastendes Verbrechen besteht darin, diese revolutionäre Solidarität ausgenutzt und ab April gleichzeitig massive Repressionswellen gegen die anarchistische Bewegung in Russland eingeleitet zu haben. **23** Der freie Arbeiter (Berlin) 17/1919. **24** Bruppacher, Fritz: 60 Jahre Ketzer, Zürich 1935, S. 221. **25** In Portugal beispielsweise: «Alle Mitglieder der Föderation der Maximalisten Portugals und seiner [sic!] Ausschüsse sind im Grunde genommen Anarchisten und revolutionäre Syndikalisten, obgleich sie sich «Bolschewisten», «Kommunisten», «Maximalisten» oder «Sowjetisten» nennen. Jeder, der sich in Portugal Bolschewist nennt, ist Anarchist oder revolutionärer Syndikalist» (zit. nach: Merten, Peter: Anarchismus und Arbeiterkampf in Portugal, Hamburg 1981, 157 f.). **26** Der freie Arbeiter (Berlin) 20/1919. **27** Ebd. **28** de Ligt, Bart: Anarchismus und Revolution, Berlin 1922, S. 29 f. **29** Der Syndikalist (Berlin) 1/1922. **30** Vgl. Tosstorff, Reiner: Profintern. Die Rote Gewerkschaftsinternationale 1920–1937, Paderborn 2004. **31** Hierzu gehörte auch die Hilfstätigkeit für die Inhaftierten in Russland. In diesem Zusammenhang entstanden Aufklärungsbroschüren über die Verfolgung: Die wichtigsten sind die ursprünglich auf Russisch verfasste, dann auf Französisch und Deutsch publizierte Schrift «Die Verfolgung des Anarchismus in Sowjetrußland (1924; frz. «Répression de l'Anarchisme en Russie Soviétique», 1923) sowie die Dokumentensammlung «Letters from russian prisons» (1925). **32** «Nach Beendigung des Weltkrieges, nach dem Ausbruch der Revolution lag die Reaktion in allen Ländern am Boden. Jedoch nur für kurze Zeit. Sie erholte sich bald von ihrem Schrecken und setzte dann mit um so größerer Gewalt ein. Heute ist sie siegreich in fast allen Ländern. Sie feiert Triumph über Triumph. Ihr Zentrum ist Italien, dann folgt Rußland. Von keinen anderen Ländern treffen Nachrichten ein, die erschütternder wirken. Das italienische und das russische Volk leiden am schwersten unter einem Schreckensregime, das in rücksichtsloser Weise das Zepter der Macht schwingt. [...] Die bolschewistisch-fascistische Reaktion macht Schule» (Nieder mit dem Fascismus!, in: Der Syndikalist (Berlin) 19/1923). **33** Die Internationale (Berlin) 3/1924, S. 26.

Gisela Notz

DIE VIELEN LEBEN DER ALEXANDRA KOLLONTAI

Am 7. November 2017 jährt sich die Russische Revolution zum 100. Mal. Nach dem in Russland verwendeten gregorianischen Kalender fand sie am 25. Oktober 1917 statt und ging daher als Oktoberrevolution in die Weltgeschichte ein.

Die Februarrevolution 1917

Bereits am Internationalen Frauentag am 23. Februar 1917 (nach «unserem» Kalender 8. März) waren in Petrograd (St. Petersburg) Textilarbeiterinnen aus mehreren Textilfabriken in den Streik getreten. Mit der Losung «Brot, Frieden und Freiheit» wandten sie sich gegen den Krieg und gegen die wirtschaftliche Not im autoritären Zarenregime, das Frauen keine Rechte gewährte. Binnen weniger Tage entwickelten sich die Streiks zu einem Massenstreik, an dem sich etwa 90.000 Menschen beteiligten. Die Aktionen mündeten kurz darauf in die russische Februarrevolution.¹ Der Internationale Frauentag wurde zum ersten Tag der Revolution. Keine einzige Organisation hatte zu diesem Streik aufgerufen.² Die soziale Lage der Bevölkerung, die durch die kriegsbedingten Verluste Russlands an Land und Menschen verschärft wurde, war die Ursache für den Protest, der dann drei Tage später zum Ende der Zarenherrschaft führte. Die Armee lief in großen Teilen zu den Streikenden über und entwaffnete ihre Offiziere. In den Fabriken wurden Arbeiterräte gebildet, an der Front und in den Kasernen Soldatenräte.³ Parallel dazu wurde eine provisorische bürgerliche Regierung eingesetzt, die eine neue Staatsform ausarbeiten sollte. Im Zuge der revolutionären Ereignisse gelang es, jahrzehntealte Forderungen der Arbeiterbewegung umzusetzen, dazu gehörten die

Presse- und die Versammlungsfreiheit, das Streikrecht und die Einführung des Achtstundentages.

Die folgenden Monate waren geprägt vom zunehmenden Konflikt zwischen den miteinander konkurrierenden sozialdemokratischen Menschewiki, die sich für einen gemäßigten bürgerlichen Staat und die Fortsetzung des Krieges einsetzten, und den Bolschewiki, die eine radikale Revolution mit sozialistischer Zielrichtung anstrebten und für sofortigen Frieden eintraten. Nach Lenins Rückkehr nach Russland im April 1917 begann ein Wettlauf um die Neukonstituierung des Landes. Die Provisorische Regierung zögerte bei der Landreform und bei der Bereitschaft, den Krieg fortzusetzen. Die Bolschewiki kamen mit der Parole «Land und Frieden» einer verfassungsgebenden Versammlung zuvor.⁴ Nichtmarxistische linke SozialrevolutionärInnen und anarchosyndikalistische Bewegungen kritisierten das bolschewistische Konzept und brachten eigene Konzepte für die neue Staatsform ein. Die bürgerliche Regierung verlor zunehmend an Autorität.

Die Oktoberrevolution 1917

Schließlich ergriffen die Bolschewiki in der Oktoberrevolution mit den Losungen «Alle Macht den Räten» und «Land – Brot – Frieden» die Macht. Sie versprachen, die bis dato nicht eingelösten Versprechen der von bürgerlichen und nichtbolschewistischen Linken getragenen Februarrevolution einzulösen. Der politische Umsturz war begleitet von einem tief greifenden gesellschaftlichen Umbruch, der Ökonomie, Kultur, Familien- und Geschlechterverhältnisse umfasste.

In den westlichen demokratischen Staaten wurde und wird auch 100 Jahre später die Russische Revolution unterschiedlich interpretiert. Die Oktoberrevolution wollte eine Re-

Es war das erste Mal in der Geschichte, dass in einem Staat der Kommunismus zur Grundlage der Gesellschaft erhoben wurde.

volution für den Frieden sein, die Macht- und Eigentumsverhältnisse drastisch verändern, Fabriken und Boden in die Hand des Volkes geben. Sie wollte, dass die einfachen Menschen in basisdemokratischen Räten (Sowjets) ihr Leben und die Macht in die eigene Hand nehmen. Obwohl sie vieles nicht umsetzen konnte und anderes in dirigistische, verstaatliche Bahnen gelenkt wurde, musste sich die Revolution von Anfang an gegen heftigen nationalen und internationalen Widerstand wehren. So wurden Revolution und politisches Handeln in Russland radikalisiert und brutalisiert. Oft genug griffen die RevolutionärInnen zu Mitteln, die dem eigenen humanistischen Anspruch zuwiderliefen. Trotzdem verkörperte der «Rote Oktober» für die Welt das – wenn auch unvollkommene – Beispiel einer Ordnung des Friedens, der Gerechtigkeit und sozialen Gleichheit.⁵ Zwar wurde die Russische Revolution später als Teil einer revolutionären Welle im Gefolge des Ersten Weltkrieges gesehen. «Die Revolution erwuchs unmittelbar aus dem Krieg, und der Krieg wurde allen Parteien und revolutionären Kräften zum Prüfstein», so der Bolschewik Leo Trotzki.⁶ Aber eigentlich waren die Ereignisse in Russland 1917 ein Fanal für die im Westen, dann auch im Osten einsetzenden Revolutionen, Aufstände, Umstürze gegen den Krieg, gegen die diskreditierten herrschenden Klassen und gegen nationale Unterdrückung.⁷ Die Ereignisse fanden in der zweiten Hälfte des Ersten Weltkrieges statt. Zu dieser Zeit hatten

die Menschen an Front und «Heimatfront» genug vom Töten, von Hunger und Angst.⁸ An beiden «Fronten» regte sich offener Widerstand, Frauen protestierten nicht mehr nur in den Schlangen, in denen sie für Brot und Lebensmittel anstanden, sondern auch auf öffentlichen Plätzen, MunitionsarbeiterInnen streikten, Soldaten der französischen Armee und ih-

re in Frankreich kämpfenden russischen Verbündeten meuterten und mussten mit Gewalt und Massenexekutionen zur Räson gebracht werden. Im Januar 1918 erschütterten große Streiks gegen den Krieg Berlin und Wien.⁹ Die großen Ideen, die russische Frauen beim Umsturz vor 100 Jahren entwickelt haben, sind so gut wie vergessen. Auch die Veranstaltungen und Veröffentlichungenlässlich des 100. Jahrestages räumen den beteiligten Frauen kaum Platz ein. Dabei stellten Februar- wie Oktoberrevolution Höhepunkte im Kampf für die Frauenrechte dar. Ohne die Frauen, die meist unbekannt blieben, wäre die Revolution nicht erfolgreich gewesen. Die Oktoberrevolution brachte eine entscheidende Verbesserung ihrer Lage. Frauen sollten den Männern gleichberechtigt sein. Vieles von dem, was damals verwirklicht wurde, wirkt heute wieder wie eine ferne Utopie. Eine herausragende Rolle spielte zweifellos Alexandra Kollontai.¹⁰

**Alexandra Kollontai
(1872-1952)**

Die Schriften der russischen Revolutionärin und späteren sowjetischen Botschafterin Alexandra Kollontai sind noch heute aktuell. Zeit lebens setzte sie sich für die Emanzipation der Frauen als zentrales Element der Revolution ein. Alexandra Kollontai war eine schillernde Person, deren Biografie und politisches Handeln Geschichtsforschende ganz unterschiedlich interpretieren.

Die vielen Leben

«Im Grunde habe ich nicht nur ein Leben, sondern viele Leben gelebt, so sehr unterscheiden sich die einzelnen Abschnitte voneinander. Es war kein leichtes Leben», schrieb Alexandra Kollontai in ihren Erinnerungen.¹¹ Kollontai war eine fleißige Tagebuchschreiberin. In ihrem Buch «Mein Leben in der Diplomatie», das ihre «Diplomatischen Tagebücher» vereint, wird ihr vielschichtiges, bewegtes Leben während der Zeit als erste Spitzendiplomatin der Welt in den Jahren 1922 bis 1945 deutlich, in das sie sich – ob weggelobt oder von Lenin gezwungen – nicht wirklich freiwillig begeben hat.¹²

Alexandra Kollontai wurde am 19. März 1872 in St. Petersburg in eine Gutsbesitzerfamilie hineingeboren. Sie war das, was man «eine Tochter aus gutem Hause» nennt. Nach ihren Aussagen hatte sie eine glückliche Kindheit: Sie war «die Jüngste, die Überverwöhnte und Überliebteste».¹³ Ihre Eltern versuchten, sie vor der «revolutionären» Beeinflussung durch die Schule zu schützen, und stellten eine Kinderfrau ein, die sie zu Hause erziehen und unterrichten sollte. Ihre Wahl fiel auf Marie Strachowa. Wahrscheinlich wussten die Eltern nicht, dass sie Mitglied der Ende des 19. Jahrhunderts noch im Untergrund agierenden Arbeiterbewegung in St. Petersburg war und Alexandra mit sozialistischer Lektüre versorgte. Alexandra hat ihr nicht nur ihre gute Ausbildung zu verdanken, sondern auch ihr politisches Bewusstsein, das dazu führte, dass sie sich als junge Frau ebenfalls revolutionären Kreisen anschloss.¹⁴

Alexandra Kollontai war kaum 16 Jahre alt, als sie das Abitur machte. Sehr früh entstand in ihr «ein Protest gegen alles, was mich umgab. Man tat zu viel, um mich glücklich zu machen. [...] Dabei wollte ich frei sein, wollte selbst wünschen, selbst mein kleines Leben gestalten.»¹⁵ Verzichten musste sie damals auf nichts. Dennoch kritisierte sie schon als kleines Kind die Ungerechtigkeit der Erwach-

senen, weil sie sah, dass die armen Bauernkinder, die ihre Spielkameraden waren, oft hungern und frieren mussten, «weil eben die einen», wie ein Junge sie belehrte, «in Gold und Silber gekleidet sind, und die anderen nur in Lumpen».¹⁶

Aus tiefer Leidenschaft heiratete sie 1893 gegen den Willen der Eltern den Ingenieur Wladimir Kollontai und gebar einen Sohn. Aber die traditionelle Ehe und das Dasein als Mutter und Hausfrau konnten sie nicht zufriedenstellen; sie wollte sich aus dem goldenen Käfig gesellschaftlicher Konventionen befreien. Deshalb verließ sie 1898 ihren Mann, überließ das Kind zunächst ihren eigenen Eltern und widmete sich ihrer politischen Tätigkeit. Sie wandte sich dem Marxismus zu, studierte an der Universität Zürich Nationalökonomie, trat in die illegale Sozialdemokratische Partei Russlands ein, organisierte sich in der Zweiten Internationale und begann, ihr Leben der Arbeiterklasse und dem Kampf für die Befreiung der Frauen zu widmen. Nachdem ihr Vater 1901 gestorben war, lebte sie mit ihrem Sohn Mischa und Soja, ihrer Kindheitsfreundin, zusammen, bis die gescheiterte Revolution von 1905 sie in die Flucht trieb. So musste sie sich zunächst von ihrem Vorhaben, innerhalb der Kommunistischen Partei autonome Frauenabteilungen zu gründen, verabschieden.

Feministin, Internationalistin und Friedensaktivistin

Bereits bei der Auswertung der Klassenkämpfe von 1905 erkannte sie, dass die Arbeiterbewegung ohne die aktive Beteiligung der Frauen und die Aufnahme der «Frauenfrage» in ihre Programme nicht erfolgreich sein könne.¹⁷ Dafür setzte sie sich zeitlebens ein. Mit anderen Genossinnen gründete sie 1907 den ersten Arbeiterinnenclub. Es sollte nicht einfach ein Frauenclub sein, sondern sie wollte eine sozialistische Frauenbewegung, die eng mit der Partei verbunden war, ins Leben rufen. Wie Clara Zetkin (1857–1933), mit der

sie viele Positionen teilte und eng zusammenarbeitete, grenzte sie sich scharf von der bürgerlichen feministischen Bewegung ab. Sie vertrat die These, allein in einer sozialistischen Gesellschaft könne eine Gleichberechtigung von Frau und Mann verwirklicht werden. Außerdem sei Zentralisierung und Koordinierung auf internationaler Ebene sowie einheitliches Handeln notwendig. Bei ihren männlichen Genossen stieß sie eher auf Skepsis und Indifferenz.

Im August 1907 reiste sie nach Stuttgart, um dort die Sozialistische Fraueninternationale mitzugründen und die Forderung der deutschen Genossinnen nach dem allgemeinen Wahlrecht zu unterstützen.¹⁸ Beim ersten Allrussischen Frauenkongress 1908, der nur unter Auflagen der zaristischen Behörden durchgeführt werden konnte, konnte sie ihr vorgesehenes Referat nicht selbst halten, weil sie vor einer drohenden Verhaftung durch die Polizei fliehen musste.¹⁹ Wiederholt war sie in ihren Schriften auf Konfrontation mit der zaristischen Regierung gegangen und deshalb angeklagt und verhaftet worden. Ihre Flucht führte sie zunächst nach Paris, dann in die USA, von da aus nach Deutschland, Schweden und Norwegen. In Deutschland kam sie mit den führenden Köpfen der internationalen Arbeiterbewegung in Berührung. In Berlin trat sie der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bei, die damals die größte und einflussreichste Partei der Zweiten Internationale war. Außerdem gab es in Deutschland längst eine gut organisierte proletarische Frauenbewegung. 1910 war Kollontai bei der II. Internationalen Konferenz Sozialistischer Frauen in Kopenhagen dabei, als beschlossen wurde, künftig einen Internationalen Frauentag zu begehen, der der Agitation für das Frauenstimmrecht dienen und im Zusammenhang mit der «ganzen Frauenfrage» in Produktion und Reproduktion stehen sollte.²⁰ Aufgrund des bereits drohenden Ersten Weltkrieges wurde dort auch eine «Resolution, die Erhal-

tung des Friedens betreffend», verabschiedet, ein Thema, das die Internationalistin und Antikriegsaktivistin Kollontai besonders beschäftigte. Vor Beginn des Krieges nahm sie als russische Delegierte am außerordentlichen Sozialistenkongress in Basel teil, den das Internationale Sozialistische Büro im November 1912 einberufen hatte. Die organisierten Näherinnen und Textilarbeiterinnen hatten ihr das Mandat übertragen. Da Rosa Luxemburg (1871–1919) nicht dabei sein konnte, sprach Alexandra Kollontai neben Clara Zetkin und der englisch-australischen Sozialistin Dora Montefiore (1851–1933) und sorgte mit ihrer glühenden Rede dafür, dass der Kongress ein Manifest gegen den Krieg verabschiedete.

Nach der Auslösung des Ersten Weltkrieges gehörte Kollontai zu den Gegnerinnen des Völkermordens. Wegen der Zustimmung der SPD zu den Kriegskrediten verließ sie die Partei. Sie übersiedelte nach Skandinavien und fungierte als wichtiges Verbindungsglied zwischen dem im Schweizer Exil in Zürich ansässigen Lenin und den RevolutionärInnen in Russland. Vermutlich war es vor allem ihrem Einfluss zu verdanken, dass Lenin ein «halbwegs offenes Ohr» für die Situation der Frauen gehabt haben soll.

Revolutionärin, Bolschewikin und Mitglied des Petrograder Arbeiter- und Soldatenrates

Nach der Februarrevolution 1917 kehrte Alexandra Kollontai nach Russland zurück, trat der Partei der Bolschewiki bei, wurde Delegierte des Petrograder Arbeiter- und Soldatenrates und wurde ins Zentralkomitee der Bolschewiki gewählt.²¹ Im November 1917 beteiligte sie sich am bewaffneten Aufstand. Unter Lenins Revolutionsregierung wurde sie die weltweit erste Ministerin: Volkskommissarin für soziale Fürsorge im ersten sowjetischen Kabinett. Wie ungewöhnlich das war, geht aus einem Brief des US-amerikanischen Botschafters in Russland, David Rowland Francis

(1850–1927), vom 8. November 1917 hervor. Er kablette nach Washington: «Es wird berichtet, dass der Petrograder Rat der Arbeiter und Soldaten ein Kabinett ernannt hat mit Lenin als Premier, Trotzki als Außenminister und Madame oder Mademoiselle Kollontai als Erziehungsminister. Widerlich!»²²

Schon bei den Auseinandersetzungen um den Friedensvertrag von Brest-Litowsk, der am 3. März 1918 zwischen Sowjetrußland

towsk» bezeichnet.²⁵ Anastassija Bizenko (1875–1938), die als einzige Frau in die den Friedensvertrag aushandelnde Delegation berufen worden war, vertrat die Partei der Linken Sozialrevolutionäre, die den Friedensvertrag ebenfalls ablehnte. Bizenko trat anschließend der Kommunistischen Partei bei.²⁶ Während sie 1938 im Zuge der Stalin'schen Säuberungen erschossen wurde, kam Alexandra Kollontai mit dem Leben davon.

«Der Petrograder Rat der Arbeiter und Soldaten hat ein Kabinett ernannt mit Lenin als Premier, Trotzki als Außenminister und Madame oder Mademoiselle Kollontai als Erziehungsminister. Widerlich!» (US-Botschafter Francis)

und den Mittelmächten²³ unter Deutschlands Führung geschlossen wurde, mit dem Sowjetrußland als Kriegsteilnehmer ausschied, stand Kollontai auf der Seite von Lenins GegnerInnen. Sowjetrußland sollte mit diesem Vertrag nach Osten gedrängt werden. Es verzichtete auf seine Hoheitsrechte in Polen, Litauen, Kurland, Estland und Livland. Fast das gesamte Gebiet Weißrußlands blieb von deutschen Truppen besetzt, die Ukraine und Finnland wurden als selbstständige Staaten anerkannt. Sowjetrußland verlor mit dem Vertrag 26 Prozent seines damaligen europäischen Territoriums, 27 Prozent des anbaufähigen Landes, 26 Prozent des Eisenbahnnetzes, 33 Prozent der Textil- und 73 Prozent der Eisenindustrie sowie 73 Prozent der Kohlegruben.²⁴

Die Regierung der Bolschewiki hatte den Vertrag angesichts der deutschen militärischen Drohung unter Protest unterzeichnet, weil sie fürchtete, ansonsten den Erfolg der Oktoberrevolution zu gefährden. Das missfiel Alexandra Kollontai. Im März 1918 legte sie, enttäuscht von den Ergebnissen der Oktoberrevolution und aus Protest gegen den Vertrag ihr Amt nieder. Später wurde der Vertrag in der Sowjetunion als «Raubfrieden von Brest-Li-

Es gab noch einen weiteren Grund, warum Kollontai 1918 ihr Amt niederlegte. Als sie 1917 während des Juliaufstands auf einem Kreuzer der Roten Flotte in Kronstadt lebte, lernte sie den Marineoffizier und Vorsitzenden des Zentralkomitees der Ostseeflotte Pawel Dybenko (1889–1938) kennen, mit dem sie Kronstadt verließ, um ihn auf der Krim zu heiraten. Ihr Rücktritt war auch ein Protest gegen das Todesurteil gegen ihren Geliebten. Dieses wurde nach erfolgreichem Protest aufgehoben; er konnte als Kommandeur der Roten Armee in den Bürgerkrieg zurückkehren. Doch Alexandra Kollontai blieb bei ihrem Rücktritt und schloss sich der Arbeiteropposition an, die gegen den Parteizentralismus kämpfte und sich für die Beteiligung der Arbeiterklasse an wirtschaftlichen Entscheidungen einsetzte. Ihr Kampf galt dem Zentralismus und der inzwischen etablierten Parteidiktatur.²⁷ Nun reiste sie durch das Land, um die Frauen, die zwar nach dem Gesetz gleichberechtigt, aber in der Realität noch lange nicht befreit waren, für den Arbeiterkampf zu gewinnen. Sie rief die Frauen auf, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen, und verwies darauf, dass «nicht zuletzt die Männer der Aufklärung bedürfen, wenn Frauen aktiviert werden sollen».²⁸

Schriftstellerin und erste weibliche Spitzendiplomatin der Welt

Im Frühjahr 1919 wurde sie an die Bürgerkriegsfront in der Ukraine geschickt und schließlich zur Leiterin des Internationalen Frauensekretariats ernannt. Es folgte eine arbeitsintensive Zeit (1918 bis 1920) mit viel Agitation und Propaganda, zahlreichen Vorträgen²⁹ und einigen Buchveröffentlichungen, zum Beispiel «Die neue Moral der Arbeiterklasse», «Die Familie und der kommunistische Staat» und «Die Arbeiterin im ersten Jahr der Revolution». 1921 spitzte sich die Versorgungslage in den Städten und die Ausbeutung der Bauern durch Beschlagnahmen zu. Kronstädter Matrosen zogen nach Petrograd und agitierten für freie Sowjets. Da Lenin den Kronstädter Aufstand verurteilte, distanzieren sich auch die FührerInnen der Arbeiteropposition, die den Aufstand zunächst unterstützt hatten, unter ihnen Alexandra Kollontai. Der Aufstand wurde blutig niedergeschlagen.

1922 lobte Lenin die einstige Emigrationsgenossin in die norwegische Gesandtschaft Russlands weg. Manche ChronistInnen meinen, sie hätte Lenin um diesen Posten gebeten, andere vermuten, sie wurde abgeschoben. Jedenfalls wurde sie 1923 die erste weibliche Spitzendiplomatin der Welt. Obwohl sie in der heraufziehenden Ära Stalins vorsichtiger agierte, galt sie als kommunistische Revolutionärin, die überdies der freien Liebe emanzipierter Frauen das Wort geredet hatte. 1926 formulierte sie in einem autobiografischen Essay ihre Vorstellung von sexueller Emanzipation und berichtete offenerherzig über manche Abweichungen von der Linie der Bolschewiki. Sie war Botschafterin der Stalin'schen Sowjetunion und leitete bis 1940 die Auslandsvertretungen in Norwegen, Mexiko und Schweden. Während Kollontai Stalin-Anhängerin wurde oder sich ihm zumindest nicht widersetzte, wurde Pawel Dybenko, obwohl mittlerweile Admiral, 1938 als

Trotzkist erschossen. Diesmal leistete sie offenbar keinen Widerstand. Sie setzte sich für die Beendigung des Winterkrieges 1939/40 zwischen der Sowjetunion und Finnland ein. Sie erlebte, wie Stalin massenweise ihre FreundInnen töten ließ – und schwieg. 1945 musste sie aus gesundheitlichen Gründen nach Moskau zurückkehren. Als einzige Altkommunistin der Gruppe «Arbeiteropposition» wie auch des ersten Kabinetts unter Lenin entging sie allen «Säuberungen» unter Stalin. Bis zu ihrem Tod am 9. März 1952 in Moskau war sie als Beraterin des sowjetischen Außenministeriums tätig.

Kollontais Konzept der «wirklich befreiten Frau»

Kollontai tritt nicht nur für die sozialistische Weltrevolution, sondern auch für die Emanzipation der Frauen. Deshalb trat sie für freie Liebe ein und entlarvte die bürgerliche Ehe als Degradierung der Frau zum Eigentum des Mannes. Ehe und Familie sollten zugunsten neuer Formen des Zusammenlebens der Geschlechter auf einer gleichberechtigten Basis abgeschafft werden. In ihrem Buch «Die neue Moral und die Arbeiterklasse» beschrieb sie die «sexuelle Krisis» des Jahrhunderts: «In der modernen städtischen Einsamkeit reichen sich Frauen und Männer gegenseitig die Hand und klammern sich aneinander; aber am Ende zahlt stets die Frau den Preis.»³⁰ Sie verurteilte das bürgerliche Besitzdenken, das den Anderen als «Alleinbesitz» betrachtet. Nach ihrer Utopie sollte die isolierte Kleinfamilie durch das Leben in Kommunen und Gemeinschaften mit gemeinsamer Arbeit, Haushaltsführung und Kindererziehung ersetzt werden. Zugleich machte sie klar, dass nicht allein die sexuellen Beziehungen die moralische Haltung der Frau bestimmen, sondern ebenso ihr Wert innerhalb der gesellschaftlich nützlichen Arbeit. Zentrales Element bei der Befreiung der Frau sollte die wirtschaftliche Unabhängigkeit sein, denn «die wirklich befreite Frau

muss materiell vom Mann unabhängig sein und von den mit der Mutterschaft verbundenen Pflichten entlastet werden».³¹

Kollontai machte den Körper, die Liebe und die Sexualität zum politischen Thema. Damit nahm sie die Forderung der neuen Frauenbewegungen in Westdeutschland vorweg: «Das Private ist politisch». Die «romantische Liebe» kritisierte sie als Ausdruck des Besitzdenkens der Menschen. Sie forderte eine andere Moral: «Die neuen Frauen wollen nicht Alleinbesitz, wo sie lieben. Da sie Achtung fordern vor der Freiheit des eigenen Gefühls.»³² Die Prinzipien, die sie für die «neue Frau» entwickelt hat, waren: Selbstdisziplin statt Gefühlsüberschwang, die Fähigkeit, die eigene Freiheit und Unabhängigkeit zu schätzen, statt der persönlichen Abhängigkeit, die Behauptung der eigenen Individualität statt der naiven Bemühung, das fremde Bild des «Geliebten» in sich aufzunehmen.

Sie sah in der Geschlechter- und der Klassenfrage zwei unterschiedliche, doch miteinander verbundene Unterdrückungsformen. So, wie sie davon überzeugt war, dass eine Revolution unerlässlich sei, um die Arbeiterklasse an die Macht zu bringen, wurde Kollontai zur Propagandistin einer Revolution der Frau, die sie nur als Resultat des Sieges einer neuen Gesellschaftsordnung für möglich hielt. Eine klassenlose Gesellschaft allein, so geht aus ihren Werken hervor, bedeutet nicht notwendigerweise, dass die Geschlechterfrage gelöst ist. Es bedeutet aber auch nicht, dass die Lösung der Geschlechterfrage in der kapitalistischen Gesellschaft zu einer egalitären Gesellschaft führt. In der Frage einer neuen Sexualmoral und der «neuen Erotik» gehörte sie zum radikalsten Flügel der Partei. Oft erntete sie Spott und Kritik innerhalb der eigenen Partei. Anstößig fand man vor allem, dass sie die Vorstellungen einer veränderten Sexualmoral auch selbst praktizierte.³³

Mitunter wird heute kritisiert, dass Kollontai über Homosexualität kaum ein Wort ver-

lor und nur über Beziehungen zwischen den Geschlechtern sprach. Aber es ist die Frage, ob ihre «eigene Fassung menschlicher Beziehungen [wirklich] heterosexuell war».³⁴ Weder schließen Kollontais Ansichten von postpatriarchalischen, gleichberechtigten Beziehungen intime Beziehungen zwischen gleichgeschlechtlichen Partnern aus, noch müssen für sie Zusammenschlüsse unter freien Menschen, ohne Besitzansprüche und frei von ökonomischen Zwängen, auf Zweierbeziehungen beschränkt sein.³⁵

Wichtige Forderungen Alexandra Kollontais wurden umgesetzt

Während ihrer kurzen Amtszeit als Volkskommissarin für soziale Fürsorge wurden mehr Veränderungen in die Wege geleitet als von jeder traditionellen Regierung jemals zuvor. Sie unterschrieb Verordnungen über die Abschaffung der Gottesdienste und teilte die Ländereien der Klöster an die Bauern auf. Hindernisse, die der Integration von Frauen in die Wirtschaft im Wege standen, wurden beseitigt. Ein neues Ehe- und Scheidungsgesetz wurde beschlossen, mit dem Frauen den Männern rechtlich gleichgestellt waren. Ehe und Scheidung wurden zum formalen Akt. Der Staat trat nur noch als Vertreter der Interessen der Kinder auf, die Kirche verlor ihren Einfluss gänzlich. Eheliche und uneheliche Kinder wurden gleichgestellt, der Mutterchutz wurde ausgebaut und durch finanzielle und materielle Unterstützung ergänzt. Im November 1920 wurde auf Druck von Kollontai der Schwangerschaftsabbruch legalisiert. Die Entwicklung neuer Wohnmodelle mit Gemeinschaftsküchen, Kinderkrippen, öffentlichen Wäschereien und Kantinen wurde durch Dekret unterstützt. In keinem europäischen Land gab es zu dieser Zeit derart fortschrittliche Gesetze. Über ihre Einhaltung wachte eine eigens zu diesem Zweck gegründete «Abteilung für die Arbeit unter den Frauen», deren Leiterin Inessa Armand hieß.

Nach Amands frühem Tod 1920 übernahm Kollontai die Leitung der Frauenabteilung, die die Frauen auch zum Eintritt in die Partei bewegen und zu kommunistischem Bewusstsein erziehen sollte. In diese Zeit fielen auch ihre Vorlesungen «Die Situation der Frau in der gesellschaftlichen Entwicklung», die sie 1921 an der Leningrader Sverdlov-Universität vor Arbeiterinnen und Bäuerinnen hielt.³⁶

Im Jahr 1921 wurde die Wende zur Neuen Ökonomischen Politik (NÖP) vollzogen: Lokale Märkte konnten eröffnet werden und die Beschlagnahmung von Getreide wurde aufgehoben. Mit der Gründung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) am 30. Dezember 1922 durch die Bolschewiki wurde die Wirtschaft zentralisiert. Alternative anarchistische Ideen zum Sozialismus wurden nicht nur in der UdSSR an den Rand gedrängt.

Kollontais Utopie, die Familie aufzuheben, war nicht umgesetzt, auch nicht die der sexuellen Befreiung. Die Strukturen der Kleinfamilie als kleinste ökonomische Einheit waren auch in der Arbeiterklasse resistenter, als Kollontai vermutet hatte. Trotz der maßlosen Überforderung, die ein Familienleben kaum möglich machten, sehnten sich die meisten Sozialistinnen nach der Aufrechterhaltung «der kleinen in sich geschlossenen Dreieinigkeit – Mann, Weib und Kinder», so die deutsche Sozialistin Lily Braun (1865–1916), die ebenfalls Gemeinschaftskonzepte formuliert hatte.³⁷ Das «Private» sollte privat bleiben. Zudem entwickelten sich die revolutionären Projekte in einem Umfeld voller wirtschaftlicher und politischer Schwierigkeiten, sodass der Überlebenskampf der Revolution die utopischen Energien auffraß.

Daher konnten die feministischen Errungenschaften unter Stalins Herrschaft leicht zurückgedreht und die patriarchale Kleinfamilie wieder propagiert werden. Lenins Tod am 21. Januar 1924 führte zu einem erbitterten Nachfolgekampf, in dem sich Josef Stalin

(1879–1953), seit 1922 Generalsekretär der Kommunistischen Partei, gegen Leo Trotzki (1879–1940), den «Vater» der Roten Armee, durchsetzen konnte. Stalin festigte seine Macht durch gezielten Terror gegen seine Widersacher. 1936 wurde die Möglichkeit der Ehescheidung erschwert, Schwangerschaftsabbruch und Homosexualität wurden gesetzlich verboten.

Kollontai war auch unserer Zeit weit voraus

Kollontais Träume und ihre politische Praxis wurden in den neuen Frauenbewegungen, die in Westdeutschland den 68erInnen folgten, wieder aufgenommen. Sie übten Kritik an den Strukturen der kleinfamilialen Lebensformen mit den traditionellen Geschlechterrollen und Besitzansprüchen, an der repressiven Kindererziehung, traten für das Selbstbestimmungsrecht bei Kinderwunsch und Schwangerschaft ein und kämpften gegen Gewalt und Unterdrückung.³⁸ Die neuen Frauenbewegungen gründeten den Aktionsrat zur Befreiung der Frauen, Wohngemeinschaften, Kinderläden, Kommunen und Frauenprojekte mit kollektiven Strukturen. Auch das «Private» sollte politisch sein. Viele konnten sich einen Sozialismus ohne Feminismus (und umgekehrt) nicht vorstellen. Impulse der Bewegungen wurden beispielsweise durch Frauenseminare und Ringvorlesungen an den Universitäten, durch Buchverlage und die öffentliche Kindererziehung aufgenommen. Kleine Erfolge konnten auch die neuen Frauenbewegungen erzielen. Doch die Utopie einer gewaltfreien, friedlichen Gesellschaft von Frauen und Männern, die sich als Ebenbürtige begegnen und anerkennen, wurde auch von den 68erInnen nicht erreicht. Familismus und patriarchale Herrschaft haben sich erneut als resistenter erwiesen, als die Aktivistinnen vermutet hatten.

Die Wirkmächtigkeit der kapitalistischen Ordnung, die viele Krisen, Revolutionen und

Umbrüche überstanden hat, und das Erstarren rechtskonservativer, nationalistischer, faschistischer Kräfte sollten auch heute Anlass sein, wieder über Alternativen nachzudenken und darüber, wie der Weg dorthin aussehen könnte.

Obwohl die Lebensformen vielfältiger geworden sind, lässt sich aktuell ein Rückzug in die traditionelle heterosexuelle bürgerliche Kleinfamilie beobachten. Alternative Lebensformen und gelebte Utopien verschwinden offenbar hinter dem Wunsch, der Norm zu entsprechen. Möglicherweise ist der Rückzug auch eine Antwort auf die prekären Lebensverhältnisse, die dazu führen, dass sich Erwachsene nach unkündbaren Beziehungen sehnen und junge Menschen in der romantischen Partnerschaft und der bürgerlichen Kleinfamilie Sicherheit und Geborgenheit suchen.³⁹ Konservative Gruppierungen, die eine Verschärfung der Abtreibungsgesetze fordern, die geschlechtliche Arbeitsteilung zementieren wollen und vor einer «Überfremdung» des Nationalstaates warnen, finden AnhängerInnen, weil sie «einfache Lösungen» anbieten.

Das Bedürfnis nach Utopien einer befreiten Gesellschaft von freien Zusammenschlüssen unter freien Menschen ohne Besitzansprüche, Unterdrückung und Gewalt muss weiterhin diskutiert werden und in feministische Handlungsstrategien münden, bis die «wirklich freie Gesellschaft» erreicht ist.

1 Vgl. Notz, Gisela: Aufbruch ohne Beispiel. Vor 100 Jahren traten in Petrograd zehntausende Textilarbeiterinnen in den Streik. Oktoberrevolution brachte volle rechtliche Gleichstellung der Frauen, in: *junge Welt*, 8.3.2017, S. 7. **2** Gutiérrez Alvarez, José/Kleiser, Paul B.: Sozialistinnen, Frankfurt a. M. 1989, S. 147. **3** Lauterbach, Reinhard: Plötzlich und erwartet. Erst Hungerrevolten und Streiks, dann Revolution. Vor 100 Jahren wurde Russlands letzter Zar gestürzt, in: *junge Welt*, 8.3.2017, S. 12 f. **4** Ebd., S. 13. **5** Vgl. Bollinger, Stefan: 100 Jahre Russische Revolutionen – Last und Chance für die Linke, 13.2.1917, unter: www.die-linke.de/partei/parteistruktur/kommissionen/historische-kommission/diskussionsbeitraege/detail///100-jahre-russische-revolutionen-last-und-chancen-fuer-linke/. **6** Trotzky, Leon: Von Oktober bis nach Brest-Litovsk. Die Geschichte der bolschevistischen November-Revolution, übers. von J. W. Hartmann, Chicago 1919, S. 7 f. **7** Bollinger: 100 Jahre Russische Revolutionen. **8** Vgl.

Notz, Gisela: Widerstand sozialistischer Frauen gegen den Krieg, in: Hüttner, Bernd (Hrsg.): *Verzögerter Widerstand. Die Arbeiterbewegung und der Erste Weltkrieg*, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manuskripte Neue Folge 14, Berlin 2015, S. 20–31. **9** Bollinger: 100 Jahre Russische Revolutionen. **10** S. nennen sind außer ihr Marija Spiridonowa, Vera Figner, Vera Sassulitsch, Angelica Balabanoff, Larissa Reissner, Nadeschda Krupskaja, Inessa Armand und viele andere. Einige sind in die Kalender «Wegbereiterinnen» (Kalender 2003 bis 2018, hrsg. von Gisela Notz) mit Kurzbiografien aufgenommen worden. Der Kalender wird fortgesetzt. **11** Kollontai, Alexandra: Ich habe viele Leben gelebt. Autobiographische Aufzeichnungen, Berlin 1980, S. 502. **12** Kollontai, Alexandra: Mein Leben in der Diplomatie, Berlin 2003; vgl. auch Hertzfeldt, Hella: Alexandra Kollontais vergessener Artikel über Clara Zetkin und ein Kommentar dazu aus ihren «Diplomatischen Tagebüchern», in: Hundt, Irina/Kischlat, Ilse (Hrsg.): *Topographie und Mobilität in der Deutschen Frauenbewegung*, Berlin 2003, S. 163–167. **13** Kollontai, Alexandra: Autobiographie einer sexuell emanzipierten Kommunistin, Berlin 1977, S. 13. **14** Janssen, Gert: Alexandra Kollontai – Revolutionärin und Diplomatin, in: Pilz, Elke (Hrsg.): *Das Ideal der Mitmenschlichkeit. Frauen und die sozialistische Idee*, Würzburg 2005, S. 125–143, hier S. 126. **15** Kollontai: Autobiographie, S. 13. **16** Kollontai: Ich habe viele Leben gelebt, S. 19. **17** Hertzfeldt, Hella: Alexandra Kollontai (1872–1952), in: Notz, Gisela (Hrsg.): *Kalender 2004. Wegbereiterinnen II*, Bonn 2003, Kalenderblatt Mai. **18** Kollontai, Alexandra: Zwei Richtungen (aus Anlaß der Ersten Internationalen Konferenz Sozialistischer Frauen in Stuttgart), in: dies.: *Der weite Weg. Erzählungen, Aufsätze, Kommentare*, Frankfurt a. M. 1979, S. 22–39; vgl. auch Notz, Gisela: «Her mit dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht für Mann und Frau!». Die internationale sozialistische Frauenbewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts und der Kampf um das Frauenwahlrecht, Bonn 2008, S. 29 f. **19** Kollontai: Autobiographie, S. 22 f. **20** Notz, Gisela: *Der Internationale Frauentag und die Gewerkschaften: Geschichte(n) – Tradition und Aktualität*, Berlin 2011, S. 16 f. **21** Gutiérrez Alvarez/Kleiser: Sozialistinnen, S. 153. **22** Zit. nach: Die Pussyhats der Sowjetunion. Die russische Revolution war unbeschreiblich weiblich, in: *work. Die Zeitschrift der Gewerkschaft UNIA 8/2017*. **23** Die Mittelmächte waren ein Militärbündnis im Ersten Weltkrieg, das seinen Namen wegen der zentral-europäischen Lage der beiden Protagonisten Deutsches Reich und Österreich-Ungarn erhielt. **24** Bihl, Wolfdieter: *Österreich-Ungarn und die Friedensschlüsse von Brest-Litovsk*, Wien u. a. 1970, S. 118. **25** Herbst, Wolfgang: *Die Novemberrevolution in Deutschland – Dokumente und Materialien*, Berlin 1958, S. 15. **26** MacDermid, Jane/Hillyar, Anna: *Midwives of the Revolution: Female Bolsheviks and Women Workers in 1917*, London 1999, S. 55 ff. **27** Aboesch, Heinz: Alexandra Kollontai. Für Arbeiterdemokratie – gegen Parteidiktatur, in: Schneider, Dieter (Hrsg.): *Sie waren die ersten. Frauen in der Arbeiterbewegung*, Frankfurt a. M. 1988, S. 155–164, hier S. 156. **28** Ebd., S. 158. **29** Janssen: Alexandra Kollontai, S. 133. **30** Kollontai, Alexandra: *Die neue Moral und die Arbeiterklasse*, Berlin 1920, S. 23. **31** Ebd. **32** Ebd., S. 26 f. **33** Vgl. hierzu auch Notz, Gisela: Eine revolutionäre Feministin mit vielen Leben, in: HAU (Hrsg.): *Utopische Realitäten. 100 Jahre Gegenwart mit Alexandra Kollontai*, Berlin 2017, S. 11–13. **34** Ebert, Teresa: Alexandra Kollontai und die Rote Liebe, in: *Sozialistische Zeitung*, April 2002, S. 24–26, hier S. 25. **35** Vgl. hierzu auch Notz, Gisela: *Kritik des Familismus*. Stuttgart 2016, S. 223 ff. **36** Die Vorlesungen können als Dokument über die ersten Jahre der Sowjetrepublik nach der Oktoberrevolution gelesen werden, und zwar nicht nur in Bezug auf die durchgesetzten Forderungen, sondern auch in Bezug auf die Schwierigkeiten, die mit der Umsetzung verbunden waren und im Hinblick auf die verschiedenen Strömungen in der Frauenbewegung, die die Umsetzung erschwerten. Vgl. Kollontai, Alexandra: *Die Situation der Frau in der gesellschaftlichen Entwicklung. Vierzehn Vorlesungen vor Arbeiterinnen und Bäuerinnen an der Sverdiow-Universität 1921*, Frankfurt a. M. 1975. **37** Vgl. Braun, Lily: *Die Frauenfrage*, Berlin 1902. **38** Vgl. Notz, Gisela: *Warum flog die Tomate?*, Neu-Ulm 2006. **39** Vgl. hierzu auch Notz: *Kritik des Familismus*.

Bini Adamczak

HAUPTSACHE NEBENWIDERSPRUCH GESCHLECHTLICHE EMANZIPATION UND RUSSISCHE REVOLUTION

Nebensächlichkeiten¹

1968 veröffentlichte der Stuttgarter Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) ein Plakat mit dem Slogan «Alle reden vom Wetter. Wir nicht». Drei mehr oder weniger bebaarte Köpfe unterstrichen, zwischen die beiden Sätze montiert, den politischen Anspruch des Verbandes, keinen Small Talk zu betreiben. Dass das Motiv von der Deutschen Bahn geklaut war, die lediglich anstelle der Elektrizitätsbewunderer Marx, Engels und Lenin eine elektrische Lokomotive abgebildet hatte, hätte damals schon misstrauisch machen können. Schließlich hört die Deutsche Bahn bis in die Gegenwart hinein nicht auf, über das Wetter zu sprechen, das sich deutschen Pünktlichkeitsnormen gegenüber taub zu stellen scheint. Als die Linke Liste der Universität Frankfurt am Main etwa im Jahr 2002 das Thema wieder aufgriff, kam sie deshalb der Wahrheit vermutlich näher. Ihr abgewandelter Slogan hieß «Alle reden vom Wetter. Wir tun was dagegen» und wurde illustriert von der Bauanleitung für eine utopische Wettermaschine. Auch Fragen zu Temperatur, Bewölkung oder Niederschlag, so hätte ein Kommentar zu diesem Plakat lauten können, spielen eine gewisse Rolle in der Politik und ihrer Geschichte, in der es eben nicht nur schlechte Kleidung gibt, sondern auch schlechtes Wetter.² Das gilt auch für die Revolution. Über die deutsche von 1918 schrieb der konservative Antifaschist Sebastian Haffner: «Schon dass der Kriegsausbruch bei prächtigem Sonnenwetter und die Revolution bei nasskaltem Novembernebel vor sich ging, war ein schweres Handicap für die Revolution»³ – die dann bekanntlich ja auch misslang. Haffner bemerkte es bereits einen Monat später: «Das Schicksal der Revolution war im Grunde besiegelt,

als am 24. Dezember die Arbeiter und Matrosen nach siegreicher Straßenschlacht vor dem Schloss sich zerstreuten und nach Hause gingen, um Weihnachten zu feiern.»⁴ Demgegenüber fand die Russische Revolution, die im Februar 1917 begann, bessere klimatische Bedingungen vor. Wie der Historiker Orlando Figes vermutet,⁵ brach sie vermutlich auch deswegen aus, weil sich aufgrund des guten Wetters so viele Menschen auf den Straßen befanden. Schließlich waren es an diesem Tag in Petrograd frühlinghafte fünf Grad unter null.

Missverständlichkeiten

Der sonnige Tag, an dem die Russische Revolution ihren Anfang nahm, war der 23. Februar 1917, nach westlichem Kalender der 8. März – der Internationale Frauentag. Während der Frauentag zuvor an unterschiedlichen Tagen begangen worden war, wurde er vier Jahre später endgültig auf das Datum des 8. März festgelegt, und zwar – auch wenn diese Tradition immer wieder unsichtbar gemacht werden sollte – genau aufgrund des Ereignisses der Russischen Revolution. Schließlich war es eine größere Anzahl jener Menschen, deren Geschlecht dieser Tag gewidmet ist, die zunächst für Gleichberechtigung demonstrierten, dann für Brot streikten, schließlich zum Stadtzentrum marschierten und «Weg mit dem Zaren» skandierten. Sie trugen Hosen,⁶ kurze Haare und immer öfter Gewehre. Einige Tage und Kämpfe später dankte der Zar ab. Wiederum einige Wochen oder Monate darauf traf die Nachricht davon in den Dörfern ein,⁷ in denen die Mehrheit der russischen Bevölkerung lebte. In ihren Reaktionen spiegelt sich die schillernde Vieldeutigkeit jenes revolutionären Ereignisses, von dem sich seit sei-

nem Erscheinen so viele und gegensätzliche Bilder haben anfertigen lassen. Zunächst füllten sich die Kirchen mit weinenden Bauern, die nicht wussten, was nun aus ihnen werden sollte,

Nicht nur in den Dörfern, im gesamten Land waren die Reaktionen auf die Revolution sehr unterschiedlich. Manche Russinnen hielten sie für eine «nationale Erhebung» gegen einen zaristischen Hof, von dem es seit einiger Zeit hieß, er sei in Wirklichkeit von Deutschen dominiert worden, andere begrüßten einander mit dem abgewandelten Ostergruß «Russland ist auferstanden!» oder zeigten sich fest davon überzeugt, dass Lügen, Spielen, Stehlen, Fluchen und vor allem Trunkenheit nun auf einen Schlag verschwinden würden. Die Missverständnisse lassen sich weder ausräumen, noch zeitlich oder fraktionell zuordnen. Denn es wollen nicht nur

Gleiche Verschiedenes zu verschiedener Zeit oder Verschiedene Verschiedenes zu gleicher Zeit, sondern auch Gleiche zur gleichen Zeit Verschiedenes. Das erfuhr ein menschewistischer Agitator, der zu den bäuerlichen Soldaten eines Regimentstreffens so überzeugend von der Notwendigkeit der Demokratie sprach, dass diese begeistert vorschlugen, ihn, den Sozialisten, zum Zaren der neuen demokratischen Republik zu wählen.⁸ Die Revolution ist – neben anderem – ein Ensemble vielfältiger Missverständnisse, die aber überlagert werden von dem einen Missverständnis, dass alle einander verstehen. Im Augenblick der Erkenntnis ihrer Freiheit zogen die Menschen auf dem Land ihre besten Kleider an, küssten einander und feierten drei Tage lang durch.⁹

Die Revolution ist – neben anderem – das Erleben des Einverständnisses und zugleich millionenfaches Missverständnis. Die Provisorische Regierung in Petrograd, die Russland zwischen Februar und Oktober 1917 zu regie-

ren versuchte, wollte die vielleicht entscheidende Frage der Revolution, die Frage der Landverteilung nämlich, einer Konstituierenden Versammlung überlassen, für die sie die ersten allgemeinen Wahlen vorbereitete. Bis dahin, so vertrat es die Regierung gegenüber den ungeduldigen Bäuerinnen, wären Inbesitznahmen von feudalem Grundbesitz ungesetzlich. Die Bäuerinnen, bildungshungrig in Sachen Demokratie, verstanden und erließen kurzerhand auf den Bauernversammlungen eigene Gesetze, welche die Enteignungen legitimierten.¹⁰ Ähnliche Missverständnisse entspannen sich um den Volksbegriff. Während die bürgerlichen Offiziere die Nation meinten,

In der Revolution überlagerten sich verschiedene Affekte: Hass auf alle Autoritäten, Sehnsucht nach Freiheit wie nach Rache und viele mehr.

wenn sie vom Volk redeten, zählten für die bäuerlichen Soldaten die Offiziere selbst nicht zum Volk. Deswegen dürften sie es nicht als Widerspruch zur Volksdemokratie begriffen haben, den Herren Offizieren damit zu drohen, sie umzubringen, wenn sie den Vormarsch befehlen sollten.¹¹ Ebenso hielt die mit Generälen und Politikerinnen geteilte antideutsche Haltung die russischen Soldatinnen nicht davon ab, sich mit deutschen Soldatinnen zu verschwistern und eigenständig Waffenstillstandsabkommen zu schließen – denn im Allgemeinen diente ihnen der Begriff «deutsch» als generelles Symbol für alles, was sie politisch hassten.¹²

«Sie wollten nur das eine: Frieden, damit sie nach Hause gehen, die Gutsbesitzer ausrauben und frei leben konnten, ohne Steuern [...] zu zahlen oder irgendeine Autorität anzuerkennen. Sie hatten nicht die leiseste Ahnung von den Parteien noch von irgendeinem Kommunismus oder der Unterteilung in Arbeiter und Bauern, aber sie träumten davon, zu Hau-

se ohne Gesetz oder Gutsbesitzer zu leben. Diese anarchistische Freiheit nannten sie Bolschewismus.»¹³

Viele Soldatinnen schienen der Meinung zu sein, dass es sich bei «Annexionen», von denen in der Parole «Frieden ohne Annexionen» die Rede war, um Länder auf dem Balkan handelte, oder hielten die «Internationale», welche die bolschewistischen Arbeiterinnen besangen, für eine Gottheit. In den frühen 1920er Jahren kam auch der antisemitische Antikommunist Henry Ford aufgrund der durchgesetzten sozialistischen Rationalisierung und Taylorisierung zu ähnlichem Ruhm: Viele Menschen vermuteten, dass es sich bei ihm um eine Art Gott handele, der hinter Lenin und Trotzki stehe.¹⁴

Doch entgegen dem Hochmut des bürgerlichen Historikers und seinen hochwohlgeborenen Zeitzeuginnen hatten sie auch recht. Ein nationaler Volksbegriff war immer schon wenig revolutionär, geschweige denn emanzipatorisch.¹⁵

Genauso wird aber das bolschewistische Politikmodell lesbar als Versuch, die Vielstimmigkeit der Revolution wieder zum Verstummen zu bringen: in einer Bewegung, die kaum dass sie die Macht der Räte gefordert hat, erst die bürgerlichen Parteien verbietet, dann die sozialdemokratischen, sozialrevolutionären, anarchistischen Organisationen und Zeitungen zerschlägt, um bald darauf die innerparteiliche Opposition zu unterbinden, die Strömungen und Plattformen zu unterdrücken und schließlich sogar abweichende Gedanken unter Strafe zu stellen.¹⁶

«Jede maschinelle Großindustrie – das heißt gerade die materielle Produktionsquelle und das Fundament des Sozialismus – erfordert die bedingungslose und strengste Einheit des Willens. [...] Aber wie kann die strengste Einheit des Willens gesichert werden? Durch die Unterordnung des Willens von Tausenden unter den Willen eines Einzigen. Die Revolution hat soeben die ältesten, die stärksten und

schwersten Fesseln, denen sich die Massen unter der Knute unterworfen hatten, zerschlagen. Das war gestern. Heute aber fordert dieselbe Revolution, und zwar im Interesse des Sozialismus, die widerspruchslose Unterordnung der Massen unter den einheitlichen Willen der Leiter des Arbeitsprozesses.»¹⁷

Von solchen Äußerungen – sie bilden keine Ausnahme im aggressiven Vokabular der Bolschewiki – wird sich nicht nur Lenins alter Lehrer, der Sozialdemokrat Karl Kautsky, missverstanden gefühlt haben, der den Schluss zog, im Sozialismus solle die Stellung der Arbeiterinnen noch unter das Niveau des Kapitalismus gedrückt werden,¹⁸ sondern auch der Revolutionär Victor Serge, der bei seiner Ankunft in Russland 1918 in ähnlichen Verlautbarungen Grigori Sinowjews, des Vorsitzenden der Petrograder Sowjets, eine «Theorie der Erstückung aller Freiheit entdeckte».¹⁹

In der Revolution überlagerten sich verschiedene Affekte: Hass auf alle Autoritäten, Sehnsucht nach Freiheit wie nach Rache und viele mehr. Sie motivierten im Laufe des Jahres 1917 die Konstruktion utopischer Potenzialitäten und neuer mikropolitischer Realitäten. Bäuerinnen verhafteten ihre Priester, Hausangestellte zogen in die großen Wohnzimmer und verbannten ihre vorherigen Herrinnen in die kleinen Kammern, sogenannte Frauen rasierten sich die Haare und forderten gleichen Lohn, Kellner demonstrierten gegen Trinkgelder, Prostituierte streikten und Soldatinnen forderten in Solidarität mit den streikenden Arbeiterinnen den Achtsturentag für Kriegseinsätze.²⁰ Zugleich wurden Adlige vergewaltigt, Diebe gelyncht und fremd oder reich Aussehende verprügelt.²¹ Hierin, und nicht in der Einsetzung einer provisorischen demokratischen Regierung – das ist in Kürze der Februar – oder in der Absetzung dieser Regierung – das ist der Oktober – besteht das Ereignis der Revolution. Aber so sehr sich das Theater der großen Bilder – Abdankung des Zaren, Erstürmung des Winterpalais – in der

Propaganda der revolutionären Regierung wie in der hegemonialen Geschichtsschreibung vor den kleinteiligen sozialen Prozess schiebt, bleibt dieser doch in einem Wechselverhältnis auf das großformatige Ereignis angewiesen. Die Enteignungen von Großgrundbesitz, die bereits seit Monaten «wild» stattgefunden hatten, nahmen in großem Umfang zu, nachdem ein Sozialrevolutionär Agrarminister geworden war,²² noch mehr, nachdem die bolschewistische Regierung sie «legalisierte». Nach den Erfahrungen der brutalen Rache, die das zaristische Regime nach dem niedergeworfenen Revolutionsversuch von 1905 an den Bäuerinnen genommen hatte, wussten diese um die Schwierigkeit, lokale Mikrorevolutionen gegen eine organisierte Konterrevolution zu verteidigen. Eine Revolution, die – was wünschenswert wäre – das Machtzentrum unbesetzt lassen will, muss zugleich Vorsorge treffen, dass es nicht von anderer Seite besetzt wird. Ein Vakuum, das gilt auch für jenes der Macht, hat die Eigenschaft, allerlei Dreck anzuziehen. Zu viele Niederlagen in Revolutionen – von Frankreich 1848²³ über Spanien 1936²⁴ bis nach Ägypten 2011 – warnen davor, die Bedeutung des fortgesetzten Kampfes um und gegen die Staatsmacht zu unterschätzen.

Aber auch das so häufig auf seinen historisch-logischen Begriff gebrachte große Ereignis – Ergreifung der Staatsmacht – wird von den Bedingungen der Uneindeutigkeit heimgesucht, von denen es sich in seiner präzisen militärischen Organisation und kanonisierten Heldenerzählung abzuheben sucht. Diese Oktoberrevolution, die zu ihrem zehnjährigen Jubiläum von der Sowjetregierung fürs Kino Eisensteins unter wesentlich höherer Beteiligung als beim ersten Mal gedächtniswirksam als Erhebung der Massen re-inszeniert wurde, erscheint mit etwas Sympathie fürs Detail als konspirativer Putsch in Form einer Kette von Missgeschicken und Missverständnissen. Angesetzt hatte ihn Lenin gegen den Wider-

stand seiner Partei²⁵ auf die Mittagszeit des 25. Oktober, da an diesem Tag der Allgemeine Rätekongress tagte, der mit hoher Wahrscheinlichkeit die seit Langem erhobene Forderung «Alle Macht den Räten» realisiert und die Entmachtung der Provisorischen Regierung beschlossen hätte. Aber die Erstürmung des Winterpalais durch die bolschewistische Militärorganisation, die den Räten vorgreifen und den Bolschewiki einen strategischen Vorteil bringen sollte, musste mehrfach verschoben werden – zunächst auf 15, dann auf 18 Uhr, dann wurde auf die Angabe einer festen Zeit ganz verzichtet. Die Kanonen, mit denen der Sturm auf das Winterpalais eröffnet werden sollte, stellten sich als verrostete Museumsstücke heraus, für die eigens organisierten Ersatzkanonen waren keine Patronen auffindbar. Im entscheidenden Moment stellte sich heraus, dass es keine rote Lampe gab, die das vereinbarte Startsignal hätte geben sollen. Der Kommissar, der die rote Lampe holen sollte, verlief sich in der Dunkelheit, fiel in eine Schlammgrube und kehrte mit einer Lampe zurück, die sich weder am Fahnenmast befestigen ließ noch überhaupt rot war.²⁶ Schließlich behauptete Lenin, um die historische Chance auf die Diktatur seiner Partei nicht verstreichen zu lassen, die Regierung sei gestürzt, obwohl noch nichts dergleichen geschehen war. Als die Menschewiki und rechten Sozialrevolutionäre am späten Abend aus Protest gegen die gewaltsame Entmachtung der provisorischen Regierung den Rätekongress verließen und damit das Feld der Macht räumten, war der Angriff auf das Winterpalais noch in vollem Gange. Aber kaum waren die Minister verhaftet, entdeckten die bolschewistischen Arbeiter den riesigen Weinkeller des Winterpalais und begannen ein mehr als zehn Tage anhaltendes Saufgelage, das durch keine Disziplin gestoppt werden konnte. Die zur Bewachung des Schatzes abgestellten Kommissare waren nach kürzester Zeit betrunken und der auf die Straße gepumpte Wein wurde aus den Rinnsteinen

genossen. Rückblickend mag die glorreiche Stürmung des Winterpalais somit als Missverständnis erscheinen, als die Eroberung eines von wenigen Ministern schlecht bewachten Weinkellers.

Bedürftigkeiten

Vielleicht war die am meisten missverstandene Theoretikerin der Revolution – kurz vor oder kurz nach Marx²⁷ – Alexandra Kollontai. Zumindest wurden ihre Polemiken gegen repressive Sexualmoral recht unterschiedlich verstanden. Die Forderung nach freier Liebe – frei von klerikal-staatlichen Eingriffen, ökonomischen Zwängen, patriarchaler Gewalt²⁸ – interpretierte das Fürsorgeamt in Saratow im Sinne eines «Dekrets zur Verstaatlichung von Frauen», mit dem es die Ehe abschaffte und sogenannten Männern das Recht auf genehmigte Bordelle zusprach. In Wladimir erstellte das «Büro der freien Liebe» einen Aufruf an alle unverheirateten Frauen zwischen 18 und 50, sich zu registrieren, damit Sexualpartner für sie ausgewählt werden könnten. Im Interesse des Staates, den Kollontai gerade weitgehend aus den sexuellen Beziehungen heraushalten wollte, sollten sogenannte Männer das Recht erhalten, sich unter den Registrierten, auch ohne deren Zustimmung, eine Partnerin zur Fortpflanzung auszusuchen.²⁹ Gleichzeitig durfte sich die Marxistin Kollontai, weil sie den Klassenkampf durch einen Geschlechterkampf ersetzt habe, von einer Genossin aus der kommunistischen Frauenorganisation Zenotel als «Kommunistin mit einer soliden Dosis feministischen Mülls» beschimpfen lassen³⁰ und wurde wiederholt als Propagandistin eines kalten Hedonismus angeklagt, von dem sie sich in ihren politischen Schriften gerade zu distanzieren versucht hatte.

Als 1926 Mitglieder der kommunistischen Jugendorganisation Komsomol an einer Gruppenvergewaltigung teilnahmen, wurde dies in einer großen medialen Kampagne auf eine von Kollontai inspirierte Theorie der sexuellen

Befreiung zurückgeführt.³¹ Schon vorher hatte der einflussreiche Pädagoge und Sublimationstheoretiker Aron Zalkind in seinen «Zwölf sexuellen Geboten» Kollontai kritisch erwähnt. Sie habe vergessen, darüber zu informieren, dass die Komsomolzin ihrer berühmten Novelle «Liebe der drei Generationen», welche für sich die gleichen sexuellen Rechte in Anspruch nahm, die traditionell für sogenannte Jungen galten, unter Satyriasis (dem männlichen Gegenstück zur Nymphomanie) leide. Freizügige, häufige Sexualität galt diesen Sowjetideologinnen als ungesunde Energieverschwendung, vor allem aber als unkommunistische Ablenkung von der Arbeit. Zu diesem sich verbreitenden «Anti-Kollontai» dürfte auch Lenin beigetragen haben, der im Interview mit der deutschen Sozialdemokratin Clara Zetkin einen bemerkenswerten Kommentar zu der Alexandra Kollontai zugeschriebenen «Glas-Wasser-Theorie» abgab, von der er meinte, sie habe «unsere Jugend toll gemacht, ganz toll».³² Die Glas-Wasser-Theorie der sowjetischen 1920er Jahre funktionierte dabei anders als der in den 1980er Jahren auf westdeutschen Spielplätzen kursierende Witz, der ein Glas Wasser als Verhütungsmethode anbot – anstelle von reproduktiver Sexualität. Sie benannte die Ansicht, dass Sexualität ein ebenso einfaches Bedürfnis wie Hunger oder Durst sei und dementsprechend ohne weitere romantische Komplikationen befriedigt werden könne.³³ Lenin antwortete: «Nun gewiss! Durst will befriedigt sein. Aber wird sich der normale Mensch unter normalen Bedingungen in den Straßenkot legen und aus einer Pfütze trinken? Oder auch nur aus einem Glas, dessen Rand fettig von vielen Lippen ist? [...] Zur Liebe gehören zwei, und ein drittes, ein neues Leben entsteht. In diesem Tatbestand liegt ein Gesellschaftsinteresse, eine Pflicht gegen die Gemeinschaft.»³⁴ In der Reduktion von Sexualität auf die Reproduktion der Gattung und ihrer Bestimmung als Pflicht gegenüber der Gemeinschaft –

einschließlich der biopolitischen und eugenischen Implikationen – stimmte Lenin mit seinen Kontrahentinnen überein.³⁵ Durch die Verbildlichung nichtmonogamer oder ungezügelter Sexualität als Glas, dessen Rand fettig von vielen Lippen ist, sprach er allerdings nicht nur den in der frühen Sowjetunion sehr prominenten Hygienesdiskurs an, sondern vor allem einen klassischen heterosexistischen Code, der freie weibliche Sexualität mit dem Verlust einer gewissen «Ehre» oder «Reinheit» und damit auch respektabler Attraktivität verknüpfte.

«Allein der Kommunismus macht den Staat völlig überflüssig, denn es ist niemand niederzuhalten, «niemand» im Sinne einer Klasse, im Sinne des systematischen Kampfes gegen einen bestimmten Teil der Bevölkerung. Wir sind keine Utopisten und leugnen durchaus nicht die Möglichkeit und Unvermeidlichkeit von Ausschreitungen einzelner Personen und ebenso wenig die Notwendigkeit, solche Ausschreitungen zu unterdrücken. Aber dazu bedarf es [...] keines besonderen Unterdrückungsapparats; das wird das bewaffnete Volk selbst mit der gleichen Selbstverständlichkeit und Leichtigkeit bewerkstelligen, mit der eine beliebige Gruppe zivilisierter Menschen sogar in der heutigen Gesellschaft Raufende auseinanderbringt oder eine Frau vor Gewalt schützt.»³⁶

Der Kommunismus, sagte Lenin damit wider Willen, würde ebenso frei von Staat sein, wie der Kapitalismus frei von sexistischer Gewalt. Anders als mit optimistischeren Voraussagen lag er mit dieser Prognose sehr nah an der tatsächlich wenig utopischen Wahrheit des realen Sozialismus. Die Abgrenzung von der Utopie – im leninistischen Diskurs des «wissenschaftlichen Marxismus» ohnehin nur in pejorativer Absicht verwendet – erfolgte hier in zweifacher Hinsicht. Zum einen wird ein paradiesisches Imago des Kommunismus durch die Behauptung der «Unvermeidlichkeit» einer gewissen Gewalt und der «Notwendig-

keit» ihrer – gewaltsamen – Unterdrückung durchkreuzt. Zum anderen wird die Möglichkeit dieser Unterdrückung schon in der gegenwärtigen Gesellschaft ausgemacht, die damit bereits Momente der zukünftigen enthält. Aber das wenig unschuldige Beispiel der «zu beschützenden Frau» gibt Auskunft über die Voraussetzungen dieses Arguments einer scheinbar voraussetzungslosen Gewalt «Einzelner». Die Annahme, dass eine nicht allzu beliebige Gruppe Menschen in aller Zukunft weiterhin auf Schutz angewiesen bleiben müsse – das heißt erstens, dass sie nicht in der Lage sein werde, sich selbst zu schützen, und zweitens, dass sie sich der Gewalt immer wieder als geeignetes Objekt anbieten werde –, gilt Lenin jedoch als ahistorisch und deren Gegenthese somit als utopisch. Verdeckt wird damit der «systematische Kampf gegen einen bestimmten Teil der Bevölkerung», durch welchen dieser geschlechtliche Klasse nicht unähnlich der proletarischen Klasse »niedergehalten«, hervorgebracht und bestätigt wird. Die Politik der Russischen Revolution, auch als bolschewistische, ging hier über Lenins beschränktes Vorstellungsvermögen hinaus. Wenn auch nicht über seine Staatstheorie, deren Anwendbarkeit Lenin in diesem Fall nicht gegeben sah. Denn in der Bekämpfung der – im marxistischen Diskurs der Sowjetunion nicht sogenannten – Geschlechterklassen und der männlichen Herrschaft war es eben der Staat, dem die zentrale Rolle zuge-dacht war.

Denkbarkeiten

Der Prozess sexueller und geschlechtlicher Emanzipation wurde in der sozialistischen Theorie – von Engels über Bebel bis zu Zetkin und Kollontai – im Rahmen einer Kritik der Familie artikuliert, die als in Auflösung begriffen gedacht wurde. Die vorbürgerliche wie die kleinbürgerliche Familie gilt dieser Theorie als Produktionseinheit, die auf der Grundlage einer auch geschlechtlichen Arbeitsteilung die

für die Reproduktion ihrer Mitglieder notwendigen Lebensmittel bereitstellt: Nahrungsherstellung und -zubereitung, Kleidung, Sorge, Aufzucht, Pflege usw. In dem Moment, in dem die (kapitalistische) Industrie Textilien, Nahrung, Werkzeuge billiger zur Verfügung stellen kann, in dem Wäschereien schneller arbeiten als Heimarbeiterinnen und staatliche Schulen die Ausbildung übernehmen, verliert die Familie ihre zentrale «produktive» Funktion und gerät in eine Krise, die mit der weiblichen Lohnarbeit zugleich eine Krise der patriarchal hierarchischen Arbeitsteilung ist. In klassisch teleologischer Manier besteht die Aufgabe des Sozialismus darin, die im Kapitalismus begonnene Tendenz des Absterbens der Familie und des in ihr institutionalisierten Sexismus zu Ende zu bringen, und zwar durch die Sozialisierung, das heißt Vergesellschaftung oder leider eher Verstaatlichung ihrer verbliebenen Funktionen. Wenn Kinder von großen demokratischen und antiautoritären Institutionen aufgezogen werden, Essen nicht mehr in Kleinküchen, sondern in öffentlichen Kantinen zubereitet wird, Alte und Kranke nicht länger von sogenannten Angehörigen gepflegt werden und die Reinigung der Wohnungen nicht mehr privat organisiert wird, dann ist die Familie gänzlich überflüssig und stirbt ab. Und mit ihr die geschlechtliche Arbeitsteilung, also die Grundlage der Geschlechterdifferenz samt der auf Aneignung unbezahlter Reproduktionsarbeit basierenden sexistischen Ausbeutung. Was für eine klare, materialistische und wenig utopische Utopie, die ohne jeden Bezug auf emotionale Differenz, Körperkonstruktionen, symbolische Ordnungen oder diskursive Vergeschlechtlichung auskommt. Statt sich lange – wie der westliche Feminismus – um Veränderungen innerhalb der Familie zu be-

mühen, proklamiert der sozialistische praktischerweise direkt deren Abschaffung: «Unsere Aufgabe besteht nicht im Streben nach Gerechtigkeit in der geschlechtlichen Arbeitsteilung. Unsere Aufgabe ist, Männer wie Frauen

In teleologischer Manier besteht die Aufgabe des Sozialismus darin, die im Kapitalismus begonnene Tendenz des Absterbens der Familie und des in ihr institutionalisierten Sexismus zu Ende zu bringen.

en von der Arbeit im Kleinfamilienhaushalt [petty household labor] zu befreien.»³⁷

Das Problem dieser Konzeption wird spätestens dann deutlich, wenn die als Verstaatlichung konzipierte Vergesellschaftung der Hausarbeit aufgrund ökonomischer Umstände nicht gelingt, weil sich öffentliche Speisung, Reformheime, Kindertagesstätten usw. als Sozialausgaben darstellen, an denen der sozialistische Staat wie jeder kapitalistische zuerst kürzt.³⁸ Die Teleologie dieses Historischen Materialismus legt nahe, dass Freiheit zur Wahl nur auf einem bestimmten Stand der Produktivkraftentwicklung gewährt werden könne und dürfe. Erst wenn auf der Grundlage einer Einsicht in die Notwendigkeit die äußere Welt so bearbeitet wurde, dass der Mangel abgeschafft wurde, kann auch die Freiheit zur Wahl zwischen der Fülle von Möglichkeiten realisiert werden. Nur unter der Bedingung des vollkommenen Überflusses kann Freiheit existieren. Dieses Dispositiv strukturiert eine Vielzahl von Diskursen: Erst wenn Arbeit produktiver ist, darf sie anfangen Spaß zu machen, erst wenn der Zug im Bahnhof steht, dürfen alle mal ans Steuer, erst wenn der Staat fähig ist, sämtliche reproduktive Arbeiten zu übernehmen, kann die geschlechtliche Ausbeutung abgeschafft werden. Hauptsache Nebenwiderspruch: Erst kommt der Reichtum, dann die Demokratie.³⁹ Insofern durch diesen Aufschub die geschlechtliche Arbeits-

teilung nicht ausreichend als geschlechtliche fokussiert wurde, liegt die Familie als kostengünstige Alternative – zumindest Übergangsweise – wieder nahe. Und selbst nach gestiegener Produktivkraftentwicklung blieb bis in die späten 1980er im Wirkungsbereich der Sowjetunion der nicht vergesellschaftete Rest, der an notwendiger Arbeit bis zur totalen Robotisierung immer noch anfällt, in der Hauptsache sogenannten Frauen überlassen⁴⁰. Eine androzentrische Matrix vorausgesetzt, liegt der Grund dafür in der Abwertung jener notwendigen Arbeiten, die als reproduktiv gefasst werden. Diese gelten als rückständig, stumpf, unwissenschaftlich-irrational, unproduktiv-repetitiv und – größtmögliches Schimpfwort – kleinbürgerlich.⁴¹ Auch Lenin polterte in dem Interview, das er Clara Zetkin gab, gegen die «kleinliche, eintönige, kraft- und zeitersplitternde und verzehrende Arbeit im Einzelhaushalt», an welcher die Frauen verkümmerten, so «dass ihr Geist dabei eng und matt, ihr Herzschlag träge, ihr Wille schwach wird».⁴² So wenig sich diese Kritik der «Sklaverei des Spülbeckens» (Maria dalla Costa) abweisen lässt, so erstaunlich ist doch umgekehrt, dass im Kontrast dazu die Fabrikarbeit, zumal die diszipliniert-militarisierte, in solch glänzendem Licht als abwechslungsreich und befreiend erscheint. Und erstaunlich bleibt innerhalb eines egalitären Rahmens, dass eine stumpfe, rückständige Arbeit entweder vom Staat überflüssig gemacht wird oder von einer traditionell hierfür bereitgestellten Gruppe – Frauen genannt – gemacht werden muss.⁴³ Diesbezüglich erwies sich Lenin als der undogmatische, antiökonomistische Denker, der er als praktischer Revolutionär auch immer war. Seine Hauptattacke galt den männlichen Genossen, die es als «gegen ‹das Recht und die Würde des Mannes›» betrachteten, in Anführungszeichen gesetzte «Weiberarbeit» zu verrichten. Lenins Schlussfolgerung, die sozialistische Frauenarbeit schlosse «ein gutes Stück Erziehungsarbeit unter den Männern

mit ein», wurde zwar von den Bolschewiki ebenso geteilt wie die Forderung, «Männer» sollten «Frauen» im Haushalt «helfen», sie nimmt aber in der sozialistischen Emanzipationstheorie keinen systematischen Stellenwert ein. Emanzipation wurde hauptsächlich in Bezug auf Staat und Lohnarbeit konzipiert, sie enthielt damit gleichzeitig eine unhinterfragte Norm, die bestimmte, in welche Richtung die Entwicklung zu gehen hatte: «Nur ein getrenntes Einkommen wäre in der Lage, Frauen ökonomische Unabhängigkeit und Zugang zu einer breiteren öffentlichen Welt zu verschaffen. Wenn Frauen ökonomisch und psychologisch befreit werden sollten, hätten sie mehr wie Männer zu werden, oder genauer, mehr wie männliche Arbeiter.»

Geschlechtlichkeiten

Im Frühjahr 1929 rief der Volkskommissar für Gesundheit, Nikolai Semaschko, ein Gremium von «Experten», forensischen Gynäkologen, klinischen Psychiatern, Biologen zusammen, die dem Justizkommissariat dabei helfen sollten, über den Antrag der Bürgerin Kamenev auf operativen und juristischen Geschlechtswechsel zu entscheiden.⁴⁴ Der Antrag war bei Weitem nicht der erste seiner Art, bereits 1923 hatte ein Transmann sich mit einem ähnlichen Anliegen an die Behörden gewandt, und die Realisierbarkeit der Transformation der materiellen Geschlechtssignifikanten des Körpers stand in dem utopisch-wissenschaftlichen Klima der Revolution außer Frage. Angesichts der Selbstversuche von Intellektuellen, mithilfe von Bluttransfusion Alte jung und Junge weise zu machen, angesichts der Forderung, die Toten wieder zu erwecken, um auch ihnen ein Leben im Sozialismus zu ermöglichen, und der Planung, den Mars zu besiedeln, was aufgrund der mit der Wiedererweckung verbundenen Übervölkerung der Erde nötig würde, angesichts der Prognose, die Menschen würden erst einen Körper aus Maschinen und dann aus Licht annehmen, um sich bes-

ser zwischen ihren beiden Planeten bewegen zu können usw.,⁴⁵ musste die medizinische Überarbeitung eines Körpergeschlechts, das für die Zukunft ohnehin nicht mehr vorgesehen war, wie Pedanterie erscheinen. Die Anrufung wissenschaftlicher Expertinnen in geschlechtlichen oder sexuellen Fragen selbst war ein Effekt der Revolution, denn während der zaristischen Herrschaft hatte der medizinisch-psychiatrische Diskurs nur einen sehr geringen gesellschaftlichen Einfluss gegen die orthodoxe Kirche geltend machen können.⁴⁶ Es gehört zu den Paradoxien der sozialistischen Revolution, dass sie zunächst eben jenem Diskurs der Biologie zum Durchbruch verhalf, der in den bürgerlichen Gesellschaften Westeuropas bereits seit mehreren Dekaden hegemonialgeschlechtliche und sexuelle Abweichungen und darüber vermittelt Normalität definierte.⁴⁷ Während der an sexuellen Praxen orientierte christliche Diskurs jede Form nichtreproduktiver Lust als Sünde verworfen hatte, brachte erst das bürgerlich-wissenschaftliche Paradigma Identitäten wie etwa «die Homosexuelle» hervor.⁴⁸ Der liberale psychiatrische Diskurs wies das christlich-staatliche Modell Sünde/Kriminalität also zurück, indem er das normativ-psychiatrische Modell Krankheit/biologische Abweichung an dessen Stelle setzte.

In der Debatte um den Antrag der Bürgerin Kamenev, in der die anwesenden Expertinnen – ausschließlich sogenannte Männer *by the way* – eine Vielzahl von Beispielen geschlechtlicher und sexueller Anomalitäten anführten, zeigte sich allerdings eine bemerkenswerte Begrenzung des sexualreformerischen Biologie-Diskurses in der frühen Sowjetunion.⁴⁹ Das zweifelhafte Recht, eine biologische Abweichung zu sein, wurde nur den Perversen des europäischen und städtischen Russlands zugestanden. Für die islamisch geprägten Regionen der zentralasiatischen Sowjetunion hingegen galten geschlechtliche und sexuelle «Anomalien» als Ausdruck einer ökonomischen und kulturellen Rückständigkeit.⁵⁰

In direktem Gegensatz zu der Verhältnisbestimmung von Islam und (Homo-)Sexualität im 21. Jahrhundert, aber in direkter Entsprechung zum europäischen Orientalismus-Diskurs⁵¹ des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts, wurden die sexuellen und darin eben auch «gleichgeschlechtlichen»⁵² Praktiken dieser islamischen Regionen einer unzivilisierten Kultur zugeschrieben, die mit der europäischen Moderne kontrastiert wurde. Dies ging so weit, dass in diesen Regionen nicht nur die zaristischen Sodomiegesetze intakt blieben, sondern in Usbekistan das 1923 geschaffene sowjetische Gesetz gegen sexuelle Belästigung von Frauen auch auf erwachsene Männer ausgedehnt wurde.⁵³ Damit sollten vor allem Jungen vor erzwungener Prostitution geschützt werden, es ließe sich aber vermuten, dass sich auch die männlichen russischen Kommissare vor den Avancen der regionalen Männer schützen wollten.⁵⁴

In der Diskussion des vom Gesundheitskommissar Nikolai Semaschko einberufenen Gremiums erwies sich jedoch neben dieser eurozentrischen noch eine andere, androzentrische Norm als relevant. Und diese führte zu einer deutlichen Asymmetrie in der Bewertung transgeschlechtlicher Bewegungen. Während Transweiblichkeit nämlich, schwule Effeminierung etwa, als bürgerlich-dekadent, als Bedrohung vor allem des Militärs aufgefasst wurde, da sie sich angeblich durch mentale Infektion verbreiten konnte, wurden Transmännlichkeiten zwar als übertriebene Form von Geschlechtergleichheit kritisiert, aber zugleich als revolutionäre Bolschewiki, als nützliche Mitglieder der Roten Armee wie der sozialistischen Gesellschaft im Allgemeinen respektiert. Dies wurde besonders deutlich an der Diskussion um den berühmten Transmann/die berühmte Butch Evgenja Fedorovna/Evgenij Fedorovitsch, auf dessen/deren «Fall» im «Expertengremium» mehrfach Bezug genommen wurde. 1922 hatte er eine

cisweibliche⁵⁵ Postangestellte geheiratet, eine Ehe, deren Legitimität kurz darauf angezweifelt wurde. Aber die Anklage, die auf «Verbrechen wider die Natur» lautete, scheiterte im liberalen Klima der frühen Sowjetunion. Ein sowjetisches Gericht erklärte die Ehe zwischen Cisfrau und Transmann/Butch für rech- tens – unabhängig davon, ob es sich dabei um eine gleich- oder eine transgeschlechtliche Heirat handelte – mit dem simplen Hinweis darauf, dass sie einvernehmlich geschlossen worden war. Aber Evgenij Fedorovitsch hatte nicht nur geheiratet, er war auch Mitglied der Tscheka gewesen. Jener sowjetischen Geheimpolizei also, von der ihr Gründer, Felix Dserschinski, gesagt hatte, sie kämpfe an «der gefährlichsten und grausamsten Front aller Fronten», der inneren nämlich, und erfordere «zuverlässige Genossen [...], die mit aller Entschiedenheit und Härte kämpfen»,⁵⁶ die sich mit anderen Worten nicht vor allem durch ›weibliche‹ Tugenden auszeichneten. Und damit war Evgenja Fedorovna/Evgenij Fedorovitsch keineswegs eine gänzliche Ausnahme. Menschen wie sie/er⁵⁷ fanden sich in stattlichen Mengen in der Roten Armee, in den Fabriken, in den Parteiorganisationen. Volkskommissar Nikolai Semaschko selbst hatte bereits 1922, sieben Jahre vor dem Expertentreffen, festgestellt, dass die «maskulinisierte» Frau ein «häufig anzutreffender Typus war, der zerzauste, oft schmutzige Haare trug, der (wie ein Mann) eine billige Zigarette zwischen die Zähne geklemmt hatte», (wie ein Mann) absichtlich schlechte Manieren an den Tag legte und (wie ein Mann) mit einer absichtlich rauen Stimme sprach».⁵⁸ Und, fuhr er fort, diese ehemalige Frau hätte «alle weiblichen Eigenschaften verloren und

sich in einen Mann verwandelt – auch wenn «sie» im Moment noch einen Rock oder genauer einen Hosenrock trug».⁵⁹ Obwohl der Gesundheitskommissar diesen Trend als eine vulgäre Form von Geschlechtergleichheit denunzierte, stellte er doch den politischen Wert dieser transgeschlechtlichen Bolschewiki keineswegs infrage. Seine Kritik blieb solidarisch, die wahren Gegnerinnen bestanden in den gepuderten, gerougten, Nägel feilenden «Damen» der klassenfremden Milieus,⁶⁰ den «Bestrumpften», wie sie bei dem avantgardistischen Dramatiker Sergei Tretjakow bündig heißen. Bolschewistische «Frauen», die Härte, emotionale Kontrolle, Effizienz, kalte Rationalität, Rücksichtslosigkeit als zentrale Eigenschaften ihrer politischen Subjektivität ausbildeten, waren nicht nur ein Massenphänomen,⁶¹ sie repräsentierten auch das sowjetische Subjektideal, wie es in einer Unzahl literarischer Texte von Kollontai bis Tretjakow immer wieder ausgestaltet wurde.⁶² Obwohl sich ähnliche geschlechtliche Transformationen in den 1920er und 1930er Jahren auch außerhalb der jungen Sowjetunion finden lassen, bestand die besondere Verbindung zur kommunistischen Politik doch darin, dass die historische Tendenz der Maskulinisierung nicht nur von einer Theorie allgemeiner Emanzipation legitimierend begleitet, sondern auch praktisch als Ausdruck revolutionärer Überzeugung und Arbeit honoriert wurde. Die revolutionäre Literatur lässt keinen Zweifel daran, dass die Gleichheit, die der traditions-kommunistische Emanzipationsdiskurs meinte, die Gleichheit mit einem männlichen Universellen ist. Ossip Mandelstam schrieb 1922: «Das Ideal einer vollkommenen Männlichkeit wird von der Form und den Anforderungen

In der frühen Sowjetunion wurden Geschlechter als aufeinanderfolgende Stadien menschlicher Entwicklung konzipiert, von denen die eine - Weiblichkeit - durch die andere - Männlichkeit - zu überwinden ist.

unserer Epoche vorbereitet. Alles ist schwerer und größer geworden, und deswegen muss auch der Mensch härter werden, denn der Mensch muss härter als alles andere auf der Erde sein und sich zur Erde verhalten wie ein Diamant zum Glas.»⁶³

Und Andrei Platonov brachte es 1920 noch deutlicher auf den Punkt: «Die kommunistische Gesellschaft ist ihrem Wesen nach eine Gesellschaft der Männer.»⁶⁴

Beschränktheiten

Doch diese kommunistische Gesellschaft war wesentlich keine Gesellschaft der Männer, sondern eine männliche Gesellschaft, eine Gesellschaft der Männlichkeit. In der frühen Sowjetunion wurden Geschlechter als im Sinne des Fortschritts aufeinanderfolgende Stadien menschlicher Entwicklung konzipiert, von denen die eine durch die andere zu überwinden ist. Weiblichkeit wurde also als Rückständigkeit entziffert, der gegenüber Männlichkeit einen Fortschritt bedeutet, an dem die ganze Menschheit partizipieren können sollte. Einmal mehr hieß es, alle Menschen würden Brüder – allerdings in den seltensten Fällen warme. Das sozialistische Emanzipationsmodell übernahm somit das liberale, aus dessen Vokabular die Brüderlichkeitsfigur ja stammt, befreite es aber von dessen partikularistischer Beschränkung, welche brüderliche Gleichheit als Gleichheit von Brüdern, von als Männern konstruierten Subjekten fasst. Die in der Revolution etablierte bzw. reproduzierte Hierarchie geschlechtlicher Attribute dient dann nicht wie in Gesellschaften mit heterosexistischer Produktionsweise der Konstruktion und Distribution spezifischer Subjektivitäten entlang der Linien und Anforderungen einer vorgeschriebenen gesellschaftlichen Arbeitsteilung.

Sie kontrastiert vielmehr ein Ideal menschlicher Emanzipation, das für sämtliche Mitglieder der Gesellschaft zugänglich sein soll, mit dessen Gegenteil, einem passiven Scheitern an diesem oder aktiven Bekämpfen die-

ses Ideals. Die geschlechtliche Opposition wird von einer räumlichen der Sphären (privat-öffentlich bzw. reproduktiv-produktiv) in eine zeitliche (konservativ-progressiv bzw. bürgerlich-sozialistisch) transponiert und damit denaturalisiert. Die Gegenüberstellung lautet dann nicht mehr Innen–Außen (Heim–Welt) oder Arbeit–Familie, sondern Zukunft–Vergangenheit bzw. Fortschritt–Rückschritt. Nicht von Natur aus beteiligen sich diese Frauen nur am nachbarschaftlichen Geschwätz übers Wetter und nicht am wissenschaftlichen Diskurs der Öffentlichkeit, sondern aufgrund ihrer sozialen Rückständigkeit. Eine Reproduktion der Hierarchie zwischen verschiedenen vergeschlechtlichten Subjekten stellt sich auf der Basis von deren unterschiedlicher Ausgangsdistanz zum Ideal menschlicher Emanzipation (also von proletarischer Männlichkeit) mit einer gewissen Zwangsläufigkeit ein.⁶⁵ Sie ist aber gemessen an der dominanten Intention der Gleichheit ein paradoxer Effekt sozialistischer Praxis, der zudem von der marxistischen Theorie als Übergangerscheinung konzipiert werden kann (und wird). Denn die geschlechtliche Bewegung der Revolution von 1917 ist universell, es ist die Bewegung einer *universellen Maskulinisierung*. Die bolschewistische Bewegung, die den Reichtum zur Bedingung der Freiheit erklärt, beschneidet gleichzeitig in ihrer begrenzenden Normierung den Reichtum gesellschaftlicher Möglichkeiten. Insofern sie die in der Sphäre der Reproduktion ausgebildeten affektiven und sozialen Fertigkeiten (= Subjektivitäten) wie die jene hervorbringenden Modi des Sozialen (= Beziehungsweisen) als rückständige verwirft, stehen ihr historisch gewachsene Weiblichkeiten nicht mehr als Ressourcen der Revolution zur Verfügung. Auf einer solch künstlich verknappten Basis fällt es schwer, die kommunistische Frage zu stellen, wie die Gesamtheit jener Arbeiten organisiert werden soll, die wir als notwendig anerkennen zur Befriedigung der

Bedürfnisse, die uns befriedigenswert erscheinen. Die historischen Geschlechter samt der sie hervorbringenden Beziehungsweisen und der von ihnen hervorgebrachten Existenzweisen müssten dafür als gewordener Speicher affektiver, habitueller, intellektueller, praktischer Ressourcen verstanden werden, aus denen eine kommunistische Gesellschaft im Prozess ihrer Befreiung wählen kann. Dies allerdings ist genau der Moment der Freiheit, den die Russische Revolution verfehlt, um etwa die Hälfte.

Der begrenzte, weil zwar nicht nur sogenannte Männer betreffende, aber nur Männlichkeit verallgemeinernde Universalismus der revolutionären Emanzipationsbewegung lässt sich bis in die «postrevolutionäre» Namensgebung hinein verfolgen. Wie die folgende Liste einiger der schönsten neuen Namen zeigt, waren die Militanz konnotierenden Namen keineswegs so zu nennenden Jungen vorbehalten – das «weibliche A» am Ende weist meistens darauf hin: Marx, Engelina, Rosa, Wladen, Iljina, Marlen (für Marx und Lenin), Melor (für Marx, Engels, Lenin und die Oktoberrevolution), Prawda, Barrikada, Fewral (Februar), Oktjabrina, Rewoljuzija, Parischkomuna, Molot (Hammer), Serpina (Sichel), Dasmir (es lebe die Weltrevolution), Diktatura und Terrora.⁶⁶

Auch hier allerdings artikuliert sich die Revolution in der für sie grundlegenden Form des Missverständnisses. Namen, die Kindern gegeben wurden, weil sie aufgrund ihres Klanges für revolutionär gehalten wurden, lauteten auch Embryo, Vinaigrette und – als ginge es darum, mit der zukünftigen Generation auch das Wetter zu ändern – Markisa.

¹ In einem Text über Nebenwidersprüche und Nebensächlichkeiten lässt sich die erste Fußnote auch dem Schreibstil des universell generischen Femininum widmen – auch wenn das Stolper-i die Leserin eigentlich nicht aufklären, sondern zum Stolpern bringen will. Das Binnen-I, das in dieser Broschüre sonst verwendet wird, symbolisiert in seiner Größe die überholte Phantasie einer Zweigeschlechtlichkeit, der neuere Unterstrich oder das Sternchen symbolisieren dagegen eine unabgeschlossene Vielgeschlechtlichkeit. Das kleine i hingegen will gar nicht repräsentieren. Es behauptet mit traditioneller Selbst-

verständlichkeit, alle meinbaren Geschlechter zu meinen, und beharrt darüber hinaus darauf, dass ebenso unnötig ist, beim Wort «Leserin» das Geschlecht der bezeichneten Person ablesen zu können wie ihr Einkommen oder ihre Haltung zum Empiriokritizismus. Geschlecht sollte nur dort benannt werden, wo es benannt werden soll – und dies eigentlich auch nur zum Zwecke der Belustigung oder der Kritik. ² Umgekehrt lässt sich von Fernsehzuschauerinnen scheinbar beobachten, dass sich die Wetterberichte mit den Schwankungen der Ökonomie ändern: «Je komplexer die Weltlage, desto sinnlicher die Witternachrichten» (Leder, Dieter: Die Bedeutung des Wetterberichts in der Finanzkrise, in: Der Freitag, 5.11.2011). ³ Haffner, Sebastian: Geschichte eines Deutschen. Die Erinnerungen 1914–1933, München 2002, S. 28. ⁴ Ebd., S. 37. ⁵ Figes, Orlando: Tragödie eines Volkes. Die Epoche der Russischen Revolution 1891 bis 1924, Berlin 2008, S. 334. ⁶ Ebd., S. 345. ⁷ Ebd., S. 372. Manchmal dauerte es sogar noch länger. In die Dörfer an der finnischen Grenze, berichtet Franz Jung, war noch 1922, also fünf Jahre «nach» der Revolution, kaum mehr als «die Kunde gelangt, dass in Moskau ein neuer Zar sich eingesetzt hatte» (Jung, Franz: Der Weg nach unten, Hamburg 2000, S. 217). Wie schlecht für die Wirklichkeit, dass diese Kunde weitere fünf oder zehn Jahre später gar nicht mehr so weit von der Wahrheit entfernt war. ⁸ Figes: Tragödie, S. 376. ⁹ Ebd., S. 373–378. ¹⁰ Ebd., S. 391. ¹¹ Sie beließen es nicht bei Drohungen. Viele Offiziere entzogen sich aber auch durch Suizid; vgl. ebd., S. 403f. ¹² Außer Kaiserin, zaristischer Regierung und Krieg wurden, so Figes, in Russland auch «alle Ausländer» so genannt (ebd., S. 439 u. 442). Der Begriff «deutsch», wurde häufig synonym mit «Burschui» (Bürger), «Spekulant», «Jude» verwendet (ebd., S. 554). «Deutsche Kleidung» bedeutete in Russland auch lange Zeit nichts anderes als gute Kleidung, Kleidung der Reichen also (ebd., S. 225). ¹³ General Brussilow, zit. nach: ebd., S. 404. ¹⁴ Ebd., S. 404, 441 u. 786. ¹⁵ Er ist historisch von den meist bürgerlichen nationalen Eliten in einem aufwendigen Konstruktionsprozess durchgesetzt worden. Für Russland, bekanntlich etwas «hinter» der Moderne der westeuropäischen Bourgeoisie, lässt sich das noch für den Ersten Weltkrieg zeigen. Ein englischer Diplomat schrieb 1918: «Wenn man einen durchschnittlichen Bauern in der Ukraine nach seiner Nationalität fragt, wird er antworten, er sei griechisch-orthodox; wenn man ihn drängt zu sagen, ob er ein Großrusse, ein Pole oder ein Ukrainer sei, wird er wohl antworten, er sei Bauer; und wenn man darauf besteht zu erfahren, welche Sprache er spricht, wird er sagen, dass er «die Sprache von hier» spricht. [...] Wenn man also herausfinden will, welchem Staat er gerne angehören möchte – ob er von einer allrussischen oder einer besonderen ukrainischen Regierung regiert werden möchte –, wird man erfahren, dass seiner Meinung nach alle Regierungen eine Landplage seien und dass es das beste wäre, wenn das «christliche Bauernvolk» sich selbst überlassen bliebe» (ebd., S. 92) Das drückt sich auch in der Stimmung der bäuerlichen Soldaten während des Krieges aus: «Welcher Teufel hat diesen Krieg über uns gebracht? Wir mischen uns nur in anderer Leute Angelegenheiten ein.», «Wir haben es untereinander besprochen. Wenn die Deutschen Geld wollen, wäre es besser, ihnen zehn Rubel pro Kopf zu zahlen als Menschen zu töten.», «Ist es nicht vollkommen egal, unter welchem Zaren wir leben? Unten dem deutschen kann es nicht schlimmer sein» (ebd., S. 280). ¹⁶ Zum Furor der Repräsentation in der Identitätspolitik der kommunistischen Parteilinie vgl. Adamczak, Bini: Gestern Morgen. Über die Einsamkeit kommunistischer Gespenster und die Rekonstruktion der Zukunft, Münster 2007, S. 60, 75 u. ö. ¹⁷ Lenin (Die nächsten Aufgaben der Sowjetrepublik, 1918), zit. nach: Kautsky, Karl: Terrorismus und Kommunismus. Ein Beitrag zur Naturgeschichte der Revolution (1918), in: ders.; Demokratie oder Diktatur, Bd. 1, Berlin 1990, S. 311 f. (Hervorheb. im Original). ¹⁸ Ebd., S. 312. ¹⁹ Serge, Victor: Erinnerungen eines Revolutionärs, Hamburg 1991, S. 82. ²⁰ Reed, John: 10 Tage, die die Welt veränderten, Berlin 1977, S. 50 u. 317; Figes: Tragödie, S. 392, 403 u. 560. ²¹ Dieses Ressentiment machte auch vor pensionierten narodnikischen (sozialrevolutionären) Professoren nicht halt, sofern sie Golduhren trugen; ebd., S. 347. ²² Ebd., S. 389. ²³ Marx, Karl: Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte, in: Marx, Karl/Engels, Friedrich: Werke (MEW), Bd. 8, Berlin 1982, S. 111–207. ²⁴ Enzensberger, Hans Magnus: Der kurze Sommer der Anarchie, Frankfurt a. M. 1977. ²⁵ Vgl. Rabinowitch,

Alexander: Die Sowjetmacht. Das erste Jahr, Essen 2010. **26** Figes: Tragödie, S. 513. **27** Während im zaristischen Russland, Bücher von Voltaire, Spinoza und Hobbes verboten waren, erlaubte die Zensur die Veröffentlichung von Marx' «Das Kapital», da es aufgrund seiner Unverständlichkeit keine Gefahr darstelle und außerdem von England handle. Die Briefe hingegen, die Marx zum spezifischen möglichen Übergang Russlands zum Kommunismus (ohne kapitalistischen Umweg) an die russische Sozialdemokratie schrieb, wurden von dieser kaum beachtet. Dabei hätte sein Vorschlag, die Dorfgemeinde zum Ausgangspunkt einer kommunistischen Entwicklung zu nehmen, statt sie mit Kriegskommunismus und Entkulakisierung zu bekriegen, zu sehr viel mehr Freundlichkeit in der Revolution führen können; vgl. Karl Marx (Brief an Vera Sassulitsch), zit. nach: Figes: Tragödie, S. 152. **28** Vgl. Kollontai, Alexandra: Die neue Moral und die Arbeiterklasse, Münster 1977; dies.: Thesis on Communist Morality in the Sphere of Marital Relations, unter: www.marxists.org/archive/kollontai/1921/theses-morality.htm. **29** Vgl. Figes: Tragödie, S. 783. **30** Arbeitsgruppe Marxismus (Hrsg.): Kommunismus und Frauenbefreiung. Marxismus Nr. 28, Wien 2006, S. 256. **31** Carleton, Greg: Writing-Reading the Sexual Revolution in the Early Soviet Union, in: Journal of the History of Sexuality 2/1997, S. 248. **32** Zit. nach: Zetkin, Clara: Erinnerungen an Lenin, Berlin 1975, unter: www.marxists.org/deutsch/archiv/zetkin/1925/erinnerungen/lenin.html. **33** Das Zitat Kollontais, das dem am nächsten kommt, lautet: «The sexual act must be seen not as something shameful and sinful but as something which is as natural as the other needs of healthy organism, such as hunger and thirst. Such phenomena cannot be judged as moral or immoral» (Kollontai: Thesis, S. 5). **34** Zit. nach: Zetkin: Erinnerungen, S. 7 (Hervorh. B.A.). **35** Auch Kollontai war der Meinung, dass Mutterschaft eine soziale Pflicht von Menschen darstelle, die über eine funktionierende Gebärmutter verfügten (bei Kollontai «Frauen» genannt), und dass Menschen, die (vererbliche) Krankheiten hatten, das Heiraten verboten werden sollte – im Interesse der Gesundheit dessen, was in der deutschen Übersetzung «Rasse» genannt wird. **36** Lenin, W.I.: Staat und Revolution, Berlin 1970, S. 93. **37** Preobraschenski, zit. nach: Goldman, Wendy Z.: Women, the State and Revolution. Soviet Family Policy & Social Life, 1917–1936, Cambridge 1993, S. 191. **38** Ebd. **39** Wunderbar persifliert ist diese Logik am Beispiel dreckeriger Füße bei Tretjakow: «Disziplinier: [...] Wie kann ich in eine Badeanstalt gehen? Da waschen sich doch allerhand Spießer und weiß der Teufel, wer noch. Eine einzige Seuche und eine völlig unkultivierte Art des Waschens, die der niedrigen Entwicklungsstufe der Produktivkräfte in einem Bauernland entspricht. [...] – Milda: Also, solange es keinen Sozialismus gibt, wächst du dir nicht die Füße» (Tretjakow, Sergej Michajlovič: Ich will ein Kind haben, in: ders.: Ich will ein Kind haben. Brülle, China! Zwei Stücke, Berlin 1976, S. 119). **40** So findet sich beispielsweise in einer ungarischen «Frauenzeitschrift» aus den 1980er Jahren, die in der DDR ins Deutsche übersetzt und publiziert wurde, ein Artikel, der sich mit den Mitteln einer Illustrierten der Frage widmet, wie die geschlechtliche Arbeitsteilung bezüglich der häuslichen Reproduktionsarbeit organisiert werden solle. Der bloße Umstand, dass es die «junge Generation» sein soll, welche die Forderung nach Gleichheit akzeptiert, während der «alten Generation» für ihre traditionelleren Auffassungen Verständnis entgegengebracht wird, offenbart in der Form eines transhistorischen Generationsmodells (alt = konservativ, jung = progressiv) eine Geschichtsvergessenheit, die zum Schreiben ist. Der Schrei gälte der Gründlichkeit der stalinistischen Konterrevolution, die das geschlechtlich und sexuell emanzipatorische Erbe der Revolution ebenso unter einer Schutzdecke des Vergessens begrub, wie sie Gesichter und Namen aus Gegenwart und Vergangenheit löschte. Die Schutzdecke des Vergessens konnte nur 1956 und 1968 partiell gelüftet werden. **41** Vgl. Reuschling, Felicitas: Familie im Kommunismus, in: Phase 2, 36/2010, S. 18–23. **42** Zit. nach: Zetkin: Erinnerungen, S. 12. **43** Bei August Bebel, «Die Frau und der Sozialismus», wird die als Lohnarbeit reorganisierte Reproduktionsarbeit weiter von weiblich vernetzten Arbeiterinnen übernommen (weiblichen Krankenpflegerinnen, Pädagoginnen, Wäscherinnen usw.). Das ist bei Kollontai explizit nicht der Fall. **44** Healey, Dan: Homosexual Desire in Soviet Russia. The Regulation of Sexual and Gender Dissent, Chicago/London 2001,

S. 167 ff. **45** Vgl. Groys, Boris/Hagemeyer, Michael: Am Nullpunkt, Frankfurt a. M. 2005. **46** Foucault, Michel: Sexualität und Wahrheit, Frankfurt a. M. 1983; vgl. auch Klauda, Georg: Die Vertreibung aus dem Serail, Hamburg 2008. **47** Es handelt sich um eine Paradoxie, die nur aus heutiger Perspektive erkennbar ist. Dieses Erkennen resultiert aus einem Blick, der von den identitätskritischen Bewegungen infolge von 1968 über jene Genealogien informiert ist, die Zweigeschlechtlichkeit und Zwangsheterosexualität als mit dem Projekt der bürgerlichen Klassenherrschaft und der kapitalistischen Identitätslogik verbundene historische Konstruktionen ausweisen; vgl. z. B. Foucault: Sexualität und Wahrheit, Laqueur, Thomas: Auf den Leib geschrieben, München 1996; Duden, Barbara: Geschichte unter der Haut, Stuttgart 1991; als Überblick Maihofer, Andrea: Geschlecht als Existenzweise, Frankfurt a. M. 1995. **48** Wie Foucault für die vorbürgerliche Gesellschaft Westeuropas und Klauda für die arabischen Gesellschaften gezeigt haben, ist die homosexuelle Identität allgemein eine Erfindung der westlichen Moderne. **49** Das Gremium erarbeitete keine klare Richtlinie für den Umgang mit Anträgen auf Anerkennung von Transgeschlechtlichkeit, sondern beschied sich mit der Feststellung, Expertinnen sollten von Fall zu Fall prüfen und entscheiden. Damit beantworteten die Wissenschaftler vor allem die Frage, bei wem ihrer Meinung nach Kompetenz und Autorität für diese Entscheidungen liegen sollte: bei ihnen selbst. **50** Healey: Desire, S. 167 u. 170. **51** Vgl. Klauda: Vertreibung. **52** Von «gleichgeschlechtlichem Begehren» lässt sich streng genommen nur dann sinnvoll sprechen, wenn zugleich die Kriterien zur Abgrenzung geschlechtlicher Kategorien mitgenannt werden. Abhängig davon, wie viele solcher Kategorien gebildet werden, vergrößert oder verkleinert sich der Raum der Gleichgeschlechtlichkeit. In einem Fall wäre eine Butch/Butch-Beziehung (also zwischen zwei «Männlichkeit verkörpernden» Lesben) gleichgeschlechtlich, eine Butch/Femme-Beziehung (zwischen einer «Männlichkeit verkörpernden» und einer «Weiblichkeit verkörpernden» Lesbe) aber nicht, in einem anderen Fall wäre jede menschliche Beziehung gleichgeschlechtlich, weil im Rahmen der Kategorie des Menschheitsgeschlechts angesiedelt. Im konkreten Fall lautet die Frage, ob Jungen das gleiche Geschlecht haben wie Männer und Bacchi – jugendliche Prostituierte etwa in der Region Usbekistan – das gleiche Geschlecht wie Jungen. **53** Healey: Desire, S. 160. **54** Die Begegnungen stelle ich mir ähnlich vor wie die zwischen US-amerikanischen GIs und Bewohnerinnen afghanischer Dörfer. Diese fanden Ersterer nämlich «schlimmer als die Al-Qaida»: «Es war die Hölle. In jedem Dorf, in das wir gingen, kam eine Gruppe von Männern auf uns zu, die Make-up trugen, unsere Haare und Wangen streichelten und Kussgeräusche machten» (Corporal Paul Richard und Marine James Fletcher, zit. nach: Klauda: Vertreibung, S. 24). **55** Cigeschlechtlichkeit – das Gegenteil von Transgeschlechtlichkeit, statt (lat.) Jenseitigkeit also Diesseitigkeit (vom Standpunkt der Norm aus betrachtet, versteht sich. Vom Standpunkt der Kritik ist es natürlich das Ideal der Zweigeschlechtlichkeit selbst, das im Bereich des religiös Jenseitigen liegt). Bezeichnet somit jene Gruppe von Menschen, die das vor/bei Geburt autoritär zugewiesene Geschlecht oft bis zum Tod performativ reproduzieren. Anders gesagt, die auch als Erwachsene noch die Kleidung tragen, welche ihnen die Eltern früher rausgelegt hatten. **56** Felix Dserschinski, in seiner Antrittsrede, zit. nach: Werth, Nicolas: Ein Staat gegen sein Volk. Gewalt, Unterdrückung und Terror in der Sowjetunion, in: Courtois, Stéphane u. a. (Hrsg.): Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen und Terror, München 2004, S. 51–295, hier S. 71. **57** Die wissenschaftliche Bezeichnung folgt an dieser Stelle, wie es sich gehört, der Selbstbezeichnung als «sie/er» durch Evgenja Fedorovna/Evgenij Fedorovitsch. **58** Semaschko, zit. nach: Healey: Desire, S. 61. **59** Ebd. **60** Ebd., S. 287. **61** Clements, Barbara E.: Bolshevik Women, Cambridge 1997, S. 19 u. 59–65. **62** Etwa in Kollontai, Alexandra: Vassilissa Maljgina, Frankfurt a. M. 1975, oder in: Tretjakow: Ich will ein Kind. **63** Zit. nach: Borenstein, Eliot: Men without Women. Masculinity & Revolution in Russian Fiction, 1917–1929, Durham/London 2000, S. 1. **64** Ebd., n. pag. [vor S. 1] **65** Vgl. Goldman: Women; Gorsuch, Anne E.: A Woman Is Not a Man. The Culture of Gender and Generation in Soviet Russia, 1921–1928, in: Slavic Review 3/1996, S. 636–660, unter: www.jstor.org/stable/2502004. **66** Figes: Tragödie, S. 789.

Marcel Bois

IN DEN ABGRUND

EINE KURZE GESCHICHTE DES STALINISMUS IN DER SOWJETUNION¹

Moskau, August 1939: Frida van Oorten ist seit Jahren eine linientreue Kommunistin, kämpfte im Untergrund gegen die Nazis. Lange Zeit arbeitete sie für den sowjetischen Geheimdienst. Doch nun gerät sie selbst in dessen Visier. Als sie in den Kellern des Innenministeriums verhört wird, bricht es schließlich aus ihr heraus. «Er!», ruft sie und deutet auf das Stalin-Gemälde. «Er ist der Verräter!» Es ist nur eine kleine Sequenz in Leander Haußmanns Spielfilm «Hotel Lux».² Doch in ihr kommt die Tragik einer ganzen Generation mitteleuropäischer KommunistInnen zum Ausdruck. Inspiriert von der Oktoberrevolution in Russland wurden sie KämpferInnen für eine bessere Welt. Sie engagierten sich für die Überwindung des Kapitalismus, gingen zu Tausenden in den antifaschistischen Widerstand und flüchteten schließlich in ihr «gelobtes Land», die Sowjetunion. Allerdings hatte sich dort der Sozialismus, für den sie jahrelang gekämpft hatten, mittlerweile in sein Gegenteil verkehrt: ArbeiterInnen wurden ausgebeutet, Andersdenkende in Arbeitslager gesteckt und dissidente KommunistInnen politisch verfolgt. All das ließ sich noch irgendwie rechtfertigen: Es sei notwendig für den Aufbau einer neuen Gesellschaft und im Kampf gegen innere und äußere Feinde des jungen Sowjetstaats. Doch ein Ereignis konnte sich kaum mehr ein Kommunist schönreden, erst recht nicht, wenn er aus Nazi-Deutschland geflüchtet war: den «Hitler-Stalin-Pakt», ein deutsch-sowjetischer Nichtangriffspakt, der am 23. August 1939 unterzeichnet wurde. Dieser Bündnisschluss, an dessen Vorabend «Hotel Lux» spielt, ließ Tausende KommunistInnen sprich-

wörtlich vom Glauben abfallen. Fassungslos mussten antifaschistische WiderstandskämpferInnen mitansehen, wie sich der Mann ihres Vertrauens mit ihrem größten Feind verbündete. Hitler hatte sie verfolgt, Tausende ihrer GenossInnen inhaftieren und ermorden lassen. Mit ihm, dem wahrscheinlich gefährlichsten Antikommunisten des Kontinents, schloss der sowjetische Generalsekretär nun also einen Staatsvertrag.

Etliche KommunistInnen brachen daraufhin mit ihrer Bewegung. Stellvertretend für sie steht der langjährige Komintern-Funktionär Willi Münzenberg. Im September 1939 verfasste er einen anklagenden Artikel, für den er ähnliche Worte wählte wie die fiktive Figur van

**«Heute stehen in allen Ländern Millionen auf, sie recken den Arm, rufen, nach dem Osten deutend: «Der Verräter, Stalin, bist du.»»
(Willi Münzenberg)**

Oorten: «Heute stehen in allen Ländern Millionen auf, sie recken den Arm, rufen, nach dem Osten deutend: «Der Verräter, Stalin, bist du.»»³ Nicht für alle zeitgenössischen BeobachterInnen kam dieser Verrat überraschend. Infolge der Oktoberrevolution von 1917 hatten die russischen KommunistInnen zwar den Versuch unternommen, eine sozialistische Gesellschaft zu errichten, eine Gesellschaft ohne Armut, Hunger und Unterdrückung. Doch ein Jahrzehnt später klappte eine deutliche Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Der Staat, der aus der Revolution hervorgegangen war, nannte sich zwar Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (UdSSR) – doch die-

ser Name hatte nicht mehr viel mit der Realität zu tun. Die einzelnen Teilstaaten waren Ende der 1920er Jahre ebenso wenig sozialistisch, wie sie Räterepubliken waren. Auch von einer Union, also einem freiwilligen und gleichberechtigten Zusammenschluss, konnte keine Rede mehr sein. Stattdessen entwickelte sich im Land zunehmend eine Ein-Parteien-Herrschaft mit der Stalin-Clique an der Spitze.

Wie konnte es so weit kommen? Warum wurde Russland, das sich 1917 «praktisch über Nacht in «das freieste Land der Welt» verwandelt»⁴ hatte, zu einem despotischen Staat? Weshalb konnte der Stalinismus siegen? Diese Fragen sollen im Folgenden skizzenartig beantwortet werden.

Niedergang der Revolution

In der Zeit nach der Oktoberrevolution hatte die neue Regierung, der Rat der Volkskommissare, mit der rückständigen Wirtschaft des Landes zu kämpfen. Russland fehlten die materiellen Ressourcen, um aus sich selbst heraus ein Gemeinwesen aufzubauen, das die Bedürfnisse aller seiner Mitglieder ausreichend befriedigen konnte. Lenin erklärte im Jahr 1918, dass die Bezeichnung «Sozialistische Sowjetrepublik» zwar die Entschlossenheit der Sowjetmacht illustriere, «den Übergang zum Sozialismus zu verwirklichen, keineswegs aber, dass die jetzigen ökonomischen Zustände als sozialistisch bezeichnet werden» könnten.⁵

Unter den Bolschewiki, der regierenden Partei, war unumstritten, dass der russische Arbeiterstaat nur im Rahmen einer sozialistischen Weltwirtschaft überleben könnte. Aus diesem Grund hatten sie von Anfang an betont, dass sich ihre Revolution auf andere Länder ausbreiten müsse. Diese Hoffnung war durchaus begründet. Tatsächlich gingen zu dieser Zeit rund um den Globus Millionen gegen Krieg und Kapitalismus auf die Straße. Nicht nur in Europa kam es zu Aufständen, Streiks und Protesten, sondern auch in

den Industriestaaten auf anderen Kontinenten. Zudem erreichten die antikolonialen Bewegungen einen ersten Höhepunkt: Afghanistan sagte sich 1919 vom Britischen Empire los. Im selben Jahr kam es in Ägypten zu einem Volksaufstand, der drei Jahre später in die Unabhängigkeit mündete. Auch in Indien wehrte sich die Bevölkerung gegen die Kolonialmacht. Voller Euphorie schrieb der russische Kommunist Grigori Sinowjew im Mai 1919: «Die Bewegung geht so schwindelerregend vorwärts, dass man mit Gewissheit sagen kann: Nach Jahresfrist werden wir bereits zu vergessen beginnen, dass es in Europa einen Kampf um den Kommunismus gegeben hat, denn nach einem Jahr wird ganz Europa kommunistisch sein.»⁶

Doch die Hoffnungen der Bolschewiki erfüllten sich nicht. In keinem anderen Land kam es zu einer erfolgreichen sozialistischen Revolution. Vielmehr mussten sie um die Jahreswende 1920/21 ein «Abebben der revolutionären Welle» feststellen.⁷ Langsam wurde deutlich, dass Russland isoliert bleiben würde und nicht auf wirtschaftliche Hilfe aus einem industriell entwickelten Land hoffen konnte.⁸ Im Gegenteil: Die westlichen Staaten bemühten sich nach Kräften, die junge Sowjetrepublik zu destabilisieren. Im Frühjahr 1918 hatten ehemalige zaristische Generäle einen Bürgerkrieg gegen die neuen Machthaber begonnen. Unterstützt wurden sie dabei von Truppen aus insgesamt 14 Ländern.

War die Oktoberrevolution nahezu gewaltlos vonstattengegangen, so begann nun das große Blutvergießen. Die Rote Armee konnte zwar diesen Bürgerkrieg gewinnen, aber der Preis war hoch: Im Jahr 1921 betrug die Industrieproduktion nur noch 12 bis 16 Prozent des Vorkriegsstandes. Die Versorgungslage verschlechterte sich von Tag zu Tag, die Inflation nahm zu und die Kluft zwischen Stadt und Land wurde immer tiefer. Petrograd hatte allein im Jahr 1918 nahezu die Hälfte seiner EinwohnerInnen verloren. Moskau büßte in den

Bürgerkriegsjahren 40 Prozent seiner Bevölkerung ein. Um zu überleben, stahlen Menschen Lebensmittel, der Tauschhandel blühte. Nach Schätzungen lieferte der Schwarzmarkt zu dieser Zeit 65 bis 70 Prozent der Nahrungsmittel. Zwischen 1918 und 1920 starben – neben den 800.000 gefallenen Soldaten des Bürgerkrieges – weitere sieben Millionen Menschen an den Folgen von Krieg und «Kriegskommunismus». In einer großen Hungersnot 1921/22 sollten weitere fünf Millionen ihr Leben lassen. Tod, Stadtflucht und Verelendung führten dazu, dass sich die Arbeiterklasse – die Klasse, die offiziell die Macht ausübte – radikal dezimierte. So war im Jahr 1921 die Zahl der beschäftigten ArbeiterInnen auf die Hälfte des Vorkriegsstandes zurückgegangen. Lenin merkte damals an, dass das Proletariat «bei uns durch den Krieg und die furchtbare Verwüstung und Zerrüttung deklassiert, d.h. aus seinem Klassengleise geworfen ist». Es hätte aufgehört, als Klasse zu existieren. Soweit «die Fabriken und Werke stillgelegt sind, ist das Proletariat verschwunden. Es wurde wohl manchmal der Form nach als Proletariat gerechnet, aber es hatte keine ökonomischen Wurzeln.»⁹

Die Regierung versuchte, dieser Entwicklung im Jahr 1921 durch die Einführung der Neuen Ökonomischen Politik (NÖP) entgegenzuwirken. Mit dem Ziel, die völlig zusammengebrochene Wirtschaft anzukurbeln, ließ sie in beschränkter Form die Marktwirtschaft wieder zu. Diese Maßnahme war zwar nur als Übergangslösung angelegt, aber sie stellte zwangsläufig Errungenschaften der Oktoberrevolution infrage. Beispielsweise schränkte die Regierung die demokratische und geplante Kontrolle der Wirtschaft durch die ArbeiterInnen ein, indem sie die Kompetenzen der Fabrikleitungen erweiterte. Die Entlohnung der ArbeiterInnen erfolgte wieder leistungsbezogen.

Die Dezimierung der Arbeiterklasse, gepaart mit der Wiedereinführung marktwirtschaft-

licher Produktionsweisen, ließ unweigerlich den politischen Einfluss der ArbeiterInnen – der vermeintlich «herrschenden Klasse» – schwinden. Immer mehr ging die Macht von den demokratisch gewählten Arbeiterorganen auf kommunistische Parteifunktionäre über. Russlands Anspruch, in irgendeiner Form ein sozialistisches Land zu sein, war nicht länger zu rechtfertigen. Die Arbeiterklasse übte weder die politische Macht aus noch kontrollierte sie die Wirtschaft.

Nicht nur zahlenmäßig reduzierte sich während des Bürgerkrieges die gesellschaftliche Basis der Revolution. Unpopuläre Maßnahmen wie Getreidebeschagnahmen, Arbeitszwang und «roter Terror» ließen den Rückhalt der Bolschewiki in der Bevölkerung drastisch zurückgehen. Dies wiederum nötigte die Machthaber, auf weitere Zwangsmaßnahmen zurückzugreifen. Auf diese Weise erhöhte sich das gesellschaftliche Gewicht der Staatsbürokratie, der Armee und der Geheimpolizei Tscheka. Alle drei Gruppen hatten einen wichtigen Anteil daran, dass der Bürgerkrieg gewonnen worden war. Aber nun trugen sie dazu bei, dass sich das revolutionäre Russland mehr und mehr in einen autoritären Staat verwandelte.

Um die Funktionsfähigkeit des Regierungsapparates auch nach dem Krieg aufrechtzuerhalten, holten die Bolschewiki Angehörige der alten zaristischen Bürokratie zurück in den Staatsdienst: «Zehntausende ehemalige zaristische Beamte, einstige Mitglieder antibolschewistischer Parteien, demobilisierte Offiziere, mittlere Parteikader, die im Verlauf des Bürgerkrieges in Führungspositionen aufgerückt waren, bildeten nun das Skelett des wuchernden Apparats», schreibt der Historiker Jean-Jacques Marie.¹⁰

Ähnliche Vorgänge wie im Staatsapparat ließen sich auch in der Partei beobachten. Gut die Hälfte der «alten» Bolschewiki, die bereits vor der Oktoberrevolution aktiv gewesen waren, starb im Bürgerkrieg. Zwei Drittel der

Neumitglieder aus den Jahren 1917 bis 1920 waren bäuerlicher Herkunft. Bei vielen drückte der Beitritt zur Partei die Zustimmung zur Politik der KommunistInnen aus. Etliche traten der Partei aber auch wegen der Vorteile bei, die ihnen die Mitgliedschaft einbrachte. Sie erhöhte nicht nur die Chance auf eine Anstellung in Partei oder Staatsapparat, sondern war zudem ein sicherer Weg, in der Sowjetbürokratie aufsteigen zu können. Die wichtigsten Posten in der Verwaltung wurden ausschließlich an Bolschewiki vergeben, häufig ungeachtet von Ausbildung oder Fachkenntnissen. Dies belegt auch ein Blick auf die Zahlen: Zum Ende des Bürgerkrieges arbeiteten nur noch zehn Prozent der Parteimitglieder in einer Fabrik, 60 Prozent dagegen im Staatsdienst oder für die Partei. Zwischen 1920 und 1922 stieg die Zahl der Parteiangestellten von 150 auf 15.000 an. Binnen kurzer Zeit verschmolz der Parteiapparat weitgehend mit dem Staatsapparat. Die neue Parteibürokratie begann, eine «spezifische Schicht oberhalb der Masse und der arbeitenden Bevölkerung» zu bilden.¹¹ Diese Problematik wurde von einigen führenden Kommunisten durchaus erkannt. Lenin beschrieb Ende 1922 den Staatsapparat etwa als ein «bürgerlich-zaristisches Gemisch», das «uns in Wirklichkeit [...] durch und durch fremd ist».¹² Auch Leo Trotzki prangerte heftig an, was er «den verdammten Sowjetbürokraten» nannte. Dieser sei «auf seinen neuen Posten scharf» und hänge «an ihm wegen seiner Vorrechte, die er verleiht». Er warnte: «Das ist die wahrhafte Bedrohung für die kommunistische Revolution.»¹³

Der Generalsekretär

Nach einem schweren Schlaganfall musste sich Lenin im März 1923 aus dem politischen Leben zurückziehen. Zuvor hatte er mit Misstrauen den Machtzuwachs des bislang vornehmlich im Hintergrund agierenden Josef Stalin verfolgt. Der Georgier bekleidete seit April 1922 das neu geschaffene Amt des Ge-

neralsekretärs der Kommunistischen Partei Russlands, der KPR(B). Zusammen mit Grigori Sinowjew und Lew Kamenew bildete er die sogenannte Troika, die de facto die Parteiführung stellte. Sinowjew war der bekannteste von den Dreien. Er leitete den Petersburger Parteiapparat und war zugleich Präsident der Kommunistischen Internationale. Kamenew stand an der Spitze des Exekutivkomitees des Moskauer Sowjets und hatte den Posten des stellvertretenden Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare inne. Doch über den größten Einfluss innerhalb der Partei verfügte Stalin. In seiner Funktion als Generalsekretär stand er in ständigem Kontakt mit vielen tausend Parteifunktionären im ganzen Land und war für deren Ernennung, Beförderung und Entlassung verantwortlich. «Bereits zwei Jahre nach dem Ende des Bürgerkriegs stand die russische Gesellschaft weitgehend unter Stalins Herrschaft», schreibt Isaac Deutscher, «ohne dass sie auch nur den Namen ihres Herrschers kannte».¹⁴

Tatsächlich nutzte Stalin seine Position, um sich die Unterstützung der Parteibürokratie zu sichern. So erhöhte er im Juli 1922 den Lohn von etwa 15.000 Parteikadern auf das Fünf- bis Sechsfache eines durchschnittlichen Arbeiterlohns. Hinzu kam eine Entlohnung in Naturalien wie Fleisch, Zucker, Butter, Zigaretten und Streichhölzer – sämtlich Mangelwaren zu dieser Zeit. Die Tatsache, dass Stalin die Parteisekretäre jederzeit eigenmächtig entlassen konnte, machte ihm diese gefügig. So förderte er «das Entstehen einer Kaste, deren Vorkämpfer er war und die ihn auch als solchen ansah», urteilt Marie.¹⁵

Im Januar 1923 schrieb Lenin einen Brief an das Zentralkomitee, der als sein politisches Testament gilt. «Nachdem Stalin Generalsekretär geworden ist, hat er eine ungeheure Machtfülle in seiner Hand vereinigt. Ich bin nicht ganz sicher, dass er es stets versteht, diese Macht mit genügender Vorsicht anzuwenden», warnte er. «Stalin ist zu schroff, und

«Ich schlage daher vor, dass die Genossen einen Weg finden, Stalin aus der Stellung des Generalsekretärs zu entfernen.» (W. I. Lenin)

dieser Fehler, der durchaus erträglich in den Beziehungen von uns Kommunisten untereinander ist, wird unerträglich bei dem Inhaber des Amtes eines Generalsekretärs. Ich schlage daher vor, dass die Genossen einen Weg finden, Stalin aus dieser Stellung zu entfernen.»¹⁶

Beginnende Fraktionskämpfe

Derweil spitzte sich die ökonomische Lage im Sommer 1923 weiter zu. Um die Preise zu senken und so die Absatzkrise zu beheben, beschloss die Parteiführung eine Erhöhung der industriellen Produktivität. Doch die entsprechenden Maßnahmen wurden auf Kosten der ArbeiterInnen durchgeführt. Die Fabrikleitungen senkten vielfach die Löhne, zahlten sie nur unregelmäßig oder überhaupt nicht aus. Viele Angestellte wurden entlassen, sodass sich die Zahl der Arbeitslosen binnen Monaten mehr als verdoppelte. Derweil stieg die Unzufriedenheit unter den ArbeiterInnen, die im August und September 1923 in einige wilde Streiks mündete. Auch in der Partei keimte erster Widerstand.

Am 15. Oktober übergaben führende Alt-Bolschewiki dem Politbüro ein gemeinsames Schreiben, das als «Erklärung der Sechsvierzig» bekannt geworden ist. Sie wandten sich gegen die Wirtschaftspolitik der Parteiführung und bemängelten, dass «die freie Diskussion innerhalb der Partei [...] faktisch verschwunden» sei: «Heute werden die Gubernementskomitees und das Zentralkomitee der RKP nicht von der Partei, nicht von den breiten Massen aufgestellt und gewählt. Im Gegenteil, in immer stärkerem Maße wählt die Sekretärshierarchie der Partei die Delegierten

der Konferenzen und Parteitage aus.»¹⁷ Die Unterzeichner verlangten, das Verbot der Gruppenbildung innerhalb der Partei, das seit dem X. Parteitag vom März 1921

bestand, abzumildern oder aufzuheben. Es gelte, zu den Prinzipien der Arbeiterdemokratie der Zeit vor dem Bürgerkrieg zurückzukehren.

Doch die Mehrheitsverhältnisse waren mittlerweile klar: Im Januar 1924 verurteilte eine Parteikonferenz die Opposition als «eindeutig kleinbürgerliche Abweichung» und warf ihr vor, die «Zertrümmerung des Parteiapparats» zu verfolgen. Ihr Ziel seien die «Schwächung der Diktatur des Proletariats und eine Erweiterung der politischen Rechte der neuen Bourgeoisie».¹⁸ Drei Tage nach der Konferenz starb Lenin.

«Sozialismus in einem Land»

Als Reaktion auf das Abebben der revolutionären Welle in Europa und das Scheitern der deutschen Revolution entwickelte Stalin im Herbst 1924 die Theorie vom «Aufbau des Sozialismus in einem Land». Er argumentierte, dass Russland für sich genommen in der Lage sei, eine sozialistische Wirtschaft und Gesellschaft aufzubauen. Hierbei wies er auf die großen Möglichkeiten des Landes hin, auf den unbeschränkten Raum und auf die Bodenschätze. Wenn eine proletarische Regierung die Industrie und das Bankwesen kontrolliere und die natürlichen Reserven des Landes entwickle, dann sei es auch möglich, den Sozialismus im nationalen Rahmen zu verwirklichen.

Damit verabschiedete sich Stalin von einem Grundsatz der Bolschewiki. Bis dahin hatte Einigkeit in der Partei darüber geherrscht, dass eine revolutionäre sozialistische Bewegung nur auf gesamteuropäischer Ebene erfolgreich sein könne. Eine Gesellschaft, welche

die Bedürfnisse aller BürgerInnen erfüllen solle, könne nicht isoliert in einem wirtschaftlich rückständigen Land aufgebaut werden. Eine Revolution könne zwar in einem solchen Land beginnen, hatte Trotzki in seiner Anfang des Jahrhunderts entwickelten «Theorie der permanenten Revolution» formuliert, aber ihr Abschluss sei «im nationalen Rahmen undenkbar».¹⁹ Lenin teilte diese Einschätzung, als er im Jahr 1918 betonte: «Der endgültige Sieg des Sozialismus in einem Lande ist unmöglich.»²⁰ Selbst Stalin erklärte noch im Frühjahr 1924: «Für den Endsieg des Sozialismus, für die Organisation einer sozialistischen Produktion genügen die Anstrengungen eines bestimmten Landes nicht, jedenfalls nicht die Anstrengungen eines vorwiegend agrarischen Landes, wie es Russland ist.»²¹

Stalins theoretische Neuausrichtung führte zu Unstimmigkeiten unter den Mitgliedern der Troika.

Sinowjew und Kamenew warfen ihm vor, er unterschätze die nationale Begrenztheit der Russischen Revolution. Sinowjew betonte, dass es «unter den Umständen von Isolation, Elend, nicht möglich ist, den westlichen Kapitalismus zu übertreffen, und auch nicht, die Klassengegensätze aufzuheben, demzufolge auch nicht den Staat».²² Auch die Politik der Zugeständnisse an die reichen Bauern beanstandeten beide.

Vereinigte Opposition

Im Frühjahr 1926 kam es schließlich zum Bruch. Sinowjew und Kamenew schlossen sich nun mit ihrem alten Kontrahenten Trotzki zur «Vereinigten Opposition» zusammen. Dieser neuen Strömung gehörten fünf Mitglieder des ZK und sechs Mitglieder der Zentralen Kontrollkommission an, des höchsten Disziplinarorgans der Partei. Beinahe alle Bolschewiki, die zur Zeit der Revolution eine führen-

de Rolle in der Partei gespielt hatten, waren in der Opposition vereinigt. Ihr Einflussbereich erstreckte sich von der Parteiorganisation in Leningrad, wie Petrograd seit 1924 hieß, und einigen Betrieben Moskaus über Parteigliederungen in der Ukraine und dem Südkaukasus bis zum Ural. Auch in manchen Hochschulen, in der Armee und der Marine hatte die Opposition AnhängerInnen.

Im Juli 1926 veröffentlichte die neue Strömung ein erstes programmatisches Papier.²³ Darin prangerte sie die Bürokratisierung innerhalb der Partei an und forderte, die Industrie des Landes gegenüber der Agrarwirtschaft zu stärken. Dafür seien eine Planung der Wirtschaft und eine höhere Besteuerung der rei-

chen Bauern notwendig. Um den bürokratischen Tendenzen in Partei und Staat ein Ende zu bereiten, müsse die Entwicklung der Industrie mit mehr Arbeiterdemokratie einhergehen. Mit dieser Politik

könne man Russland zumindest als Festung der Revolution halten, auch wenn die materiellen und kulturellen Voraussetzungen für die Verwirklichung des Sozialismus nicht vorhanden seien. Dazu sei es weiterhin notwendig, die Revolution in anderen Ländern voranzutreiben.

Die Stalin-Fraktion reagierte auf diesen vermeintlichen Versuch der Parteispaltung mit administrativen Maßnahmen. Sinowjew, Kamenew und Trotzki mussten nach und nach ihre Posten in der Partei räumen. Sinowjew wurde zudem als Vorsitzender der Kommunistischen Internationale abgelöst. Nachdem die Oppositionellen im Herbst 1927 zu Feierlichkeiten anlässlich des zehnten Jahrestages der Oktoberrevolution in Moskau und Leningrad mit eigenen Plakaten und Transparenten erschienen waren, wurden sie zu Tausenden aus der Partei ausgeschlossen. Das galt auch für Trotzki und Sinowjew, denen vorgeworfen

**«Der endgültige Sieg
des Sozialismus
in einem Lande ist
unmöglich.»
(W. I. Lenin)**

wurde, eine «konterrevolutionäre Demonstration organisiert» zu haben.²⁴ Das Projekt, Partei und Regime politisch zu reformieren, war spätestens jetzt gescheitert.

Die Niederlage ließ einen Großteil der Oppositionellen resignieren, die Vereinigte Opposition zerbrach. Sinowjew und Kamenew kapitulierten bald vor der Parteiführung und nahmen das «Angebot» an, wieder in die Partei aufgenommen zu werden, nachdem sie ihren Ideen abgeschworen hatten. Später machten auch andere Oppositionelle wie Radek und Preobraschenski ihren Frieden mit Stalin. Diejenigen, die nicht aufgaben, landeten in Arbeitslagern oder wurden wie Trotzki verbannt.

Industrialisierung

Bei der Auseinandersetzung zwischen der Vereinigten Opposition und der Stalin-Fraktion hatte es sich keineswegs nur um den Konkurrenzkampf zweier alternativer kommunistischer Richtungen oder den Machtkampf einzelner Persönlichkeiten gehandelt. Vielmehr standen sich hier zwei politische Fraktionen gegenüber, die unterschiedliche gesellschaftliche Interessen vertraten. Die Opposition repräsentierte die Interessen der Arbeiterklasse, während die Fraktion Stalins die organisierte Interessenvertretung der Staats- und Parteibürokratie darstellte. In dem Maße, in dem sich erstens die Arbeiterklasse im Zuge des Bürgerkrieges dezimierte, zweitens die Macht von den ursprünglich demokratischen Organen der Arbeiterklasse, den Sowjets, auf die Partei überging und drittens die Hoffnungen auf eine Ausbreitung der Revolution schwanden, verschob sich innerhalb der Partei das Gewicht von einer Fraktion zur anderen. Die Bürokratie war spätestens jetzt zur – im Marx'schen Sinne – neuen herrschenden Klasse in der Sowjetunion aufgestiegen. Sie kontrollierte sowohl die Wirtschaft als auch den Staatsapparat.

Auf den Sieg Stalins folgte die forcierte Industrialisierung des Landes. Sie manifestier-

te sich im ersten Fünf-Jahres-Plan von 1928. Stalin erläuterte im Jahr 1931 das Ziel seiner Wirtschaftspolitik: «Wir sind hinter den fortgeschrittenen Ländern um 50 bis 100 Jahre zurückgeblieben. Wir müssen diese Distanz in zehn Jahren durchlaufen.»²⁵ Tatsächlich unternahm die Parteibürokratie alles, um den Prozess, den die industrialisierten Länder Mitteleuropas im 19. Jahrhundert über einen Zeitraum von Jahrzehnten durchlaufen hatten, so schnell wie möglich nachzuholen – mit ähnlichen Folgen für die sowjetische Bevölkerung, wie sie im Jahrhundert zuvor die Menschen in Mitteleuropa hatten erleiden müssen. Victor Serge meinte wenige Jahre später, die Auswirkungen des ersten Fünf-Jahres-Planes erinnerten ihn stark an die «Seiten des <Kapital> [...], auf denen Marx den unerbittlichen Mechanismus der ursprünglichen kapitalistischen Akkumulation beschreibt».²⁶

Ende 1929 führte das Regime die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft durch. Dieser Prozess setzte Millionen Bäuerinnen und Bauern frei, die nun als billige Arbeitskräfte in den Städten zum Aufbau der Industrie zur Verfügung standen. Diese enorme Landflucht hatte zur Folge, dass die städtische Bevölkerung zwischen 1926 und 1939 um 30 Millionen Personen wuchs. Zugleich brachte die staatlich erzwungene Kollektivierung die landwirtschaftliche Produktion zum Erliegen. Eine Hungersnot 1932/33 mit sechs bis acht Millionen Opfern war die Folge. Die Industrialisierung diente vor allem dem Zweck, im wirtschaftlichen und militärischen Konkurrenzkampf mit dem Westen zu bestehen. Während man von einem sozialistischen Staat erwarten könnte, dass die Produktion nach den Bedürfnissen der dort lebenden Menschen ausgerichtet ist, war in der Sowjetunion das Gegenteil der Fall. Die Konsumgüterindustrie wurde stetig zurückgefahren und stattdessen der größte Teil der Investitionen in die Schwerindustrie gelenkt.

Konterrevolution

Um die Industrialisierung zu beschleunigen, nahm Stalin die letzten Errungenschaften der Revolution zurück. Lagen nach 1917 die Betriebe in der Hand einer kollektiven Führung unter Einbeziehung der ArbeiterInnen, so wurden sie nun von einzelnen Personen geleitet. Im September 1929 beschloss das ZK, dass Arbeiterräte «sich nicht direkt in den Ablauf des Betriebes einmischen oder versuchen sollen, in irgendeiner Weise die Betriebsverwaltung zu ersetzen».²⁷ Zudem verschlechterten sich die Arbeitsbedingungen gravierend. Das Regime verlängerte die Arbeitszeit, weitete die Akkordarbeit aus und schaffte im Jahr 1930 die Arbeitslosenunterstützung ab.

«Der alltägliche Terror [wurde] hinter klassizistischen Architekturfassaden und Bildern von Würde und zeitloser Schönheit verborgen». (Eckhardt Gillen)

Die Freizügigkeit der ArbeiterInnen schränkte es ebenfalls radikal ein: Diese verloren das Recht, den Arbeitsplatz nach eigenem Ermessen zu wechseln, ebenso wie die Freiheit, ungehindert von einem Teil des Landes in einen anderen umzuziehen. Ab 1931 war es ArbeiterInnen nicht mehr erlaubt, Leningrad ohne spezielle Genehmigung zu verlassen. Im folgenden Jahr wurde dieses System in allen Teilen des Landes durchgesetzt und ein internes Passsystem eingeführt. Zudem verbot die Führung des «Arbeiterstaats» Streiks unter Androhung der Todesstrafe.

Auch viele gesellschaftspolitische Errungenschaften aus der Revolutionszeit nahm Stalin zurück und bereitete der Demokratisierung verschiedener Teile der Gesellschaft – wie Schulen, Universitäten und Armee – ein Ende. Seine Regierung erschwerte Scheidungen, verschlechterte den rechtlichen Status außerehelicher Kinder, schaffte das Recht auf Abtreibung ab und führte stattdessen im Jahr

1944 sogar eine Mutterschaftsmedaille ein. Außerdem stellte sie Homosexualität erneut unter Strafe. Die sozialen Unterschiede im Land nahmen wieder zu. Im Jahr 1940 führte das Regime beispielsweise Studiengebühren ein und hob die Gehälter der Offiziere im Verhältnis zu denen der Soldaten deutlich an. Nationalismus und Antisemitismus – von den Bolschewiki zu Lenins Zeiten vehement bekämpft – wurden unter Stalin wieder salonfähig. Selbst der kulturelle Aufbruch fand in den 1930er Jahren ein jähes Ende. So wurden die vielen unterschiedlichen Künstlergruppen, die im nachrevolutionären Russland entstanden waren, 1932 per Dekret «gleichgeschaltet».

Kubismus, Futurismus, Expressionismus, Orphismus und Dadaismus mussten nun dem Sozialistischen Realismus weichen. «Der alltägliche Terror» wurde, so der Kunsthistoriker Eckhardt Gillen, «hinter klassizistischen Architekturfassaden und Bildern von Würde und zeitloser Schönheit [...] verborgen».²⁸

Jeder, der gegen diesen Prozess aufbegehrt, bekam die Repressionen des Staatsapparates zu spüren. Die Geheimpolizei errichtete im ganzen Land jene Straflager, über die Alexander Solschenizyn in seinem Roman «Der Archipel Gulag» auf erschütternde Weise berichtet. Die genauen Zahlen sind bis heute umstritten. Doch sicher ist: Millionen Menschen waren inhaftiert. Viele von ihnen dienten der herrschenden Bürokratie als billige Arbeitskräfte zum Bau von Eisenbahnstrecken und Kanälen. Hunderttausende, wahrscheinlich sogar Millionen starben in den Lagern.

Um seine Macht zu festigen, musste Stalin die ursprüngliche marxistische Tradition weitgehend aus der Partei verbannen. Dazu entwickelte er nicht nur den «Marxismus-Leninismus», eine dogmatische Auslegung der Klassiker, die einzig dazu diente, seine Politik

Das, was 1917 aus Sicht vieler ArbeiterInnen und Intellektueller so hoffnungsvoll begonnen hatte, entwickelte sich zu einer der verheerendsten Diktaturen der Menschheitsgeschichte.

zu legitimieren. Sondern er löschte auch nahezu die gesamte alte Garde der Bolschewiki physisch aus. «Es durfte keiner, der Einfluss hatte und möglicherweise die Autorität des sowjetischen Systems destabilisieren konnte, am Leben bleiben», schreibt Gabor Skószékely.²⁹ Von den Mitgliedern des Politbüros des Jahres 1923 starben nur drei eines natürlichen Todes: Lenin, Stalin und dessen enger Vertrauter Molotow. Kommunisten der ersten Stunde wurden als «Konterrevolutionäre», «Faschisten», «Trotzkisten» und «Terroristen» beschimpft und in den großen Schauprozessen der Jahre 1936 bis 1938 des Verrats oder der Abtrünnigkeit angeklagt. Unter ihnen befanden sich Sinowjew, Kamenew, Radek und Bucharin. Sie alle wurden – nachdem sie unter Folter absurde Geständnisse abgelegt hatten – zum Tode oder zu Lagerhaft unter unmenschlichen Bedingungen verurteilt. Andere begingen Selbstmord, um ihrer Verhaftung zu entgehen. Bezeichnenderweise mussten die ehemaligen Parteiführer in den Tribunalen erniedrigende Beschimpfungen durch einen Generalstaatsanwalt über sich ergehen lassen, der 1917 zu den Gegnern der Revolution gehört hatte: Andrei Wyschinski hatte seinerzeit noch einen Haftbefehl gegen Lenin unterschrieben.

Trotzki, der sich nicht mehr in der Sowjetunion aufhielt, überlebte von allen prominenten Oppositionellen mit am längsten. Er wurde im August 1940 von einem sowjetischen Agenten in Mexiko ermordet. Insgesamt starben während der «großen Säuberungen» mindestens eine halbe Million sowjetischer KommunistInnen. Nicht umsonst schreibt Hermann Weber, sie seien «zur größten Kommunistenverfolgung aller Zeiten geworden».³⁰ Die Re-

pressalien richteten sich auch gegen ausländische GenossInnen. «Als Erste verhaftete man die in der UdSSR lebenden Begründer ausländischer kommunistischer Parteien sowie Teilnehmer der ersten Komintern-Kongresse», berichtet Wadim Rogowin.³¹ Am härtesten traf es die Mitglieder der KPD, die seit der Machtübernahme der Nationalsozialisten im Jahr 1933 in die Illegalität gedrängt waren. Tausende von ihnen sind während der Säuberungen ab 1936 verhaftet und etliche hundert ermordet worden. Ihre Tragödie bestand darin, «dass sie nicht wie die [Opfer] des Hitler-Terrors wegen ihres Widerstands von ihren schlimmsten Feinden inhaftiert, gefoltert und ermordet wurden, sondern von Gleichgesinnten».³²

Das, was 1917 aus Sicht vieler ArbeiterInnen und Intellektueller so hoffnungsvoll begonnen hatte, entwickelte sich zu einer der verheerendsten Diktaturen der Menschheitsgeschichte. Schätzungsweise 30 Millionen Menschen sind dem Stalinismus zum Opfer gefallen. Aber: Diese Entwicklung war nicht zwangsläufig. Es gab innerhalb der Kommunistischen Partei der Sowjetunion in den 1920er Jahren Akteure, die für einen anderen Weg kämpften. Die Isolation des Landes, die Folgen des Bürgerkrieges, die Dezimierung der Arbeiterklasse und die Bürokratisierung von Staat und Partei machten es ihnen jedoch nicht leicht. Sie selbst begingen zudem taktische Fehler und hielten sich zurück, als der innerparteiliche Kampf möglicherweise noch zu gewinnen war. Letztendlich mussten sie fassungslos mit ansehen, wie der Stalinismus ihr Land in den Abgrund stürzte – und die kommunistischen Parteien auf der ganzen Welt gleich mit.

1 Bei dem vorliegenden Beitrag handelt es sich um gekürzte und überarbeitete Auszüge aus Bois, Marcel: *Kommunisten gegen Hitler und Stalin. Die linke Opposition der KPD in der Weimarer Republik. Eine Gesamtdarstellung*, Essen 2014, S. 13 f. u. 51–73. Dort finden sich auch umfangreiche Anmerkungen, Literatur- und Quellenverweise, weshalb der Anmerkungsapparat hier recht knapp gehalten werden kann. **2** *Hotel Lux*, Regie: Leander Haußmann, Deutschland 2011, 110 Minuten. **3** Münzenberg, Willi: *Der russische Dolchstoß*, in: *Die Zukunft*, Nr. 3, 22.9.1939, zit. nach: Bayerlein, Bernhard H.: «Der Verräter, Stalin, bist Du!». Vom Ende der linken Solidarität, Komintern und kommunistische Parteien im Zweiten Weltkrieg 1939–1942, Berlin 2008, S. 148 f. **4** Figes, Orlando: *Die Tragödie eines Volkes. Die Epoche der Russischen Revolution 1891 bis 1924*, München 2001, S. 382. **5** Lenin, W.I.: Über «linke» Kinderei und über Kleinbürgerlichkeit, in: ders.: *Werke*, Bd. 27, Berlin 1960, S. 315–347, hier S. 327 f. **6** *Die Kommunistische Internationale*, Nr. 1, Mai 1919, zit. nach: Weber, Hermann: *Zum Verhältnis von Komintern, Sowjetstaat und KPD. Eine historische Einführung*, in: Bayerlein, Bernhard H. u. a. (Hrsg.): *Deutschland, Russland, Komintern – Überblicke, Analysen, Diskussionen. Neue Perspektiven auf die Geschichte der KPD und die deutsch-russischen Beziehungen (1918–1943)*, Berlin/Boston 2014, S. 9–139, hier S. 27. **7** Firsov, Friedrich I.: *Ein Oktober, der nicht stattfand. Die revolutionären Pläne der RKP(b) und der Komintern*, in: Bayerlein, Bernhard H. u. a. (Hrsg.): *Deutscher Oktober 1923. Ein Revolutionsplan und sein Scheitern*, Berlin 2003, S. 35–58, hier S. 37. **8** Vgl. Weber, Hermann: *Lenin und die Folgen*, in: *Neue Politische Literatur*, 12. Jg., 1967, S. 27–47, hier S. 29. **9** Lenin, W.I.: *Die Neue Ökonomische Politik und die Aufgaben der Ausschüsse für politisch-kulturelle Aufklärung. Referat auf dem II. Gesamtrussischen Kongreß der Ausschüsse für politisch-kulturelle Aufklärung*, 17. Oktober 1921, in: ders.: *Werke*, Bd. 33, Berlin 1962, S. 40–60, hier S. 46. **10** Marie, Jean-Jacques: *Stalin und der Stalinismus. Rückkehr zu den Ursprüngen*, in: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* 2004, Berlin, S. 11–31, hier S. 19. **11** Ebd., S. 21. **12** Lenin, W.I.: *Zur Frage der Nationalitäten oder der «Automatisierung»*, in: ders.: *Werke*, Bd. 36, Berlin 1962, S. 590–596, hier S. 591. **13** Zit. nach: Broué, Pierre: *Trotzki. Eine politische Biographie*, Bd. 1, Köln 2003, S. 351. **14** Deutscher, Isaac: *Stalin. Eine politische Biographie*, Berlin 1990, S. 300. **15** Marie: *Stalin*, S. 23. **16** *Testament*

von Lenin, in: *Trotzki, Leo: Wer leitet heute die Kommunistische Internationale?*, Berlin 1930, S. 48–51, hier S. 51. **17** An das Politbüro des Zentralkomitees der RKP (Erklärung der Sechsendvierzig), in: Kool, Fritz/Oberländer, Erwin (Hrsg.): *Arbeiterdemokratie oder Parteidiktatur*, Bd. 1, München 1972, S. 273–280, hier S. 275. **18** Zit. nach: Broué: *Trotzki*, Bd. 1, S. 423 f. Broué gibt seine Quelle nur unvollständig an: *WKP (B): Resoluzijach*, S. 540–545. **19** *Trotzki, Leo: Die Permanente Revolution*, Frankfurt a. M. 1969, S. 151. **20** Lenin, W.I.: *Bericht über die Tätigkeit des Rats der Volkskommissare (11.1.1918)*, in: ders.: *Werke*, Bd. 26, Berlin 1961, S. 455–472, hier S. 471 (Hervorh. im Original). **21** Zit. nach: *Deutscher: Stalin*, S. 369. Leider gibt Deutscher hier keine Quelle an. **22** Zit. nach: Lesnik, August: *Der Ausschluss Leo Trotzki aus dem Zentralkomitee der KPdSU*, in: Bergmann, Theodor/Schäfer, Gert (Hrsg.): *Leo Trotzki – Kritiker und Verteidiger der Sowjetgesellschaft*, Mainz 1993, S. 208–212, hier S. 208. **23** *Erklärung der Dreizehn (Juli 1926)*, in: *Trotzki, Leo: Schriften*, Bd. 3.1: *Linke Opposition und IV. Internationale (1923–1926)*, hrsg. von Helmut Dahmer u. a., Hamburg 1997, S. 500–528. **24** Broué: *Trotzki*, Bd. 1, S. 590. **25** Stalin, J.W.: *Über die Aufgaben der Wirtschaftler. Rede auf der ersten Unionskonferenz der Funktionäre der sozialistischen Industrie*, 4.2.1931, in: ders.: *Werke*, Bd. 13, Dortmund 1976, S. 27–38, hier S. 36. **26** Zit. nach: Birchall, Ian: *Victor Serge. Bolschewismus und Antistalinismus*, in: Bergmann, Theodor/Keßler, Mario (Hrsg.): *Ketzer im Kommunismus. 23 biographische Essays*, Hamburg 2000, S. 242–260, hier S. 253 f. **27** Zit. nach: Cliff, Tony: *Staatskapitalismus in Russland. Eine marxistische Analyse*, Frankfurt a. M. 1975, S. 18. **28** Gilen, Eckhart: «Wir werden die wilde, krumme Linie geradebiegen.» *Sowjetische Kunst 1917–1934: Vom konstruktivistischen Entwurf zur gemalten ideologischen Konstruktivität*, in: *Mit voller Kraft. Russische Avantgarde 1910–1934, Ausstellungskatalog*, hrsg. von Wilhelm Hornborstel u. a., Heidelberg 2001, S. 217–228, hier S. 224 f. **29** Skzékelly, Gabor: Béla Kun, György Lukács, Imre Nagy und die Säuberungen in Moskau, in: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* 2008, Berlin, S. 329–338, hier S. 332 f. **30** Weber, Hermann: «Weiße Flecken» in der Geschichte. *Die KPD-Opfer der Stalinschen Säuberungen und ihre Rehabilitierung*, Frankfurt a. M. 1989, S. 13. **31** Rogowin, Wadim S.: *Die Partei der Hingerichteten*, Essen 1999, S. 326. **32** Weber: «Weiße Flecken», S. 19.

Christoph Jünke

DIE «GROSSE SÄUBERUNG» ALS SCHÄDELSTÄTTE DES SOZIALISMUS

Die Nachricht aus Moskau kam überraschend und löste weltweit Schockwellen der Verwirrung aus. Knappe 20 Jahre nach der die Welt bewegenden sowjetrussischen Revolution von 1917 kündigten die Staatsmedien Mitte August 1936 einen öffentlichen Schauprozess gegen eine ganze Reihe der wichtigsten alten Bolschewiki an, deren Namen untrennbar mit der Oktoberrevolution und dem daran anschließenden Bürgerkrieg verbunden waren.

Grigori Sinowjew, Lew Kamenew, Iwan Smirnow und 13 weitere Oktoberrevolutionäre wurden angeklagt, ein «sinowjewistisch-trotzkistisches Zentrum» gegründet zu haben, um terroristische Attentate gegen führende Partei- und Regierungsvertreter wie den Leningrader Parteisekretär Sergei Kirow und den KPdSU-Generalsekretär Josef Stalin durchzuführen. Juristische Beweise oder entlarvende Dokumente jedoch konnte das bereits wenig später, am 19. August zusammentretende und nur ganze fünf Tage tagende Gericht nicht vorweisen. Die gesamte Anklage wie auch die dann folgenden Todesurteile beruhten auf den angeblich freiwilligen Geständnissen jener Angeklagten, die der Generalstaatsanwalt Andrei Wyschinski öffentlich als «Lügner, Clowns, elende Pygmäen» beschimpfte, als «Kettenhunde des Kapitalismus», als «eine Bande von Mördern und kriminellen Verbrechern». Und um die Verwirrung dieser gespenstischen Szenerie vollständig zu machen, gestanden die Angeklagten die ihnen vorgeworfenen schweren Verbrechen anscheinend bereitwillig und nahmen diese ungeheuerliche Erniedrigung und das Todesurteil weitgehend regungslos hin.

Konturen des Terrors

Die sowjetische Presse berichtete tages- und wochenlang ausgiebig von diesem Prozess. Plakate, Broschüren und stenografische Berichte wurden in großen Auflagen vertrieben, Massendemonstrationen wurden organisiert, auf denen das Volk seine Abscheu über diese «oppositionellen Verbrecher» kundtun konnte bzw. musste. Briefe, Telegramme und Resolutionen aus allen Ecken des Landes riefen zur revolutionären Wachsamkeit gegen Feinde und Saboteure des sozialistischen Aufbaus auf und forderten die Hinrichtung der Angeklagten – ein Klima der landesweiten Lynchjustiz, das die Massen politisch mobilisierte und den Prozess legitimatorisch abrundete.

Das gleiche Schauspiel wiederholte sich noch zwei weitere Male. Im Januar 1937 wurden 17 namhafte Partei- und Staatsführer wie Juri Pjatakow, Karl Radek und andere, im März 1938 schließlich auch Nikolai Bucharin, Alexei Rykow, Christian Rakowski und 18 weitere (unter ihnen auch Genrich Jagoda, der der gleichen Verbrechen «überführte» Organisator des ersten Schauprozesses) entsprechend angeklagt, verurteilt und danach zumeist hingerichtet. Auch hier wieder beruhten Anklage und Verurteilung ausschließlich auf den angeblich freiwilligen Geständnissen und Selbstbeichtigungen der Opfer. Ein weiterer Prozess gegen fast die gesamte Generalität der Roten Armee wurde im Mai 1937 geheim geführt und endete auch hier mit der weitgehenden «Enthauptung» derselben.

Allen Beobachtern war schon damals klar, dass die drei Schauprozesse nur die Spitze eines gewaltigen Eisberges von Prozessen und Verfolgungsmaßnahmen überall im Lande waren – wenn man auch nicht deren genau-

en Ausmaße kannte. Agierte die Partei- und Staatsführung im Jahr 1936 überwiegend offen, verfuhr man in den Jahren 1937 und 1938, als die Suche nach den inneren Feinden in umfassende Massenrepressalien überging, vor allem nichtöffentlich. Doch mit der in den 1980er und 1990er Jahren erfolgten Öffnung der sowjetischen Archive kommt nun zunehmend Licht ins Dunkel der bisherigen Ungewissheit. Im Großen Terror der 1930er Jahre kam nicht nur die sogenannte alte bolschewistische Garde fast vollständig um. «Gesäubert» wurden auch die Kommunistische Partei, die Rote Armee und alle anderen Staats- und Parteiorganisationen – also die politische und ökonomische Verwaltungselite als Ganze. Die Sowjetunion war deshalb am Ende der 1930er Jahre schon rein physisch eine gänzlich andere als noch Ende der 1920er Jahre.

Und dieser stalinistische Terror betraf, mehr noch, alle Schichten und Gruppen der Gesellschaft. Wissenschaftler, Intellektuelle und Künstler jeder Art, Arbeiter und Bauern, Geistliche, in Sowjetrußland lebende Ausländer – Männer wie Frauen – und ganze nationale Minderheiten wurden grausam verfolgt. Der scheinbar willkürliche Terror machte vor niemandem halt. Allein von August 1937 bis Oktober 1938 wurden etwa 1,5 Millionen Menschen verhaftet – knapp die Hälfte davon wurde hingerichtet, die anderen wurden in die Gefängnisse und Arbeitslager gesteckt. Mit den Opfern der Repression aus früherer und späterer Zeit summieren sich diese Zahlen auf mehrere Millionen Menschen, die als Einzelne nach juristischen Kriterien fast durchgängig unschuldig gewesen sind, denn das Politbüro hatte in der Regel bereits vor ihrer Verhaftung offensichtlich willkürlich festgelegte Opferquoten bestimmt, die am Ende der Repressalien herauskommen mussten. Dies alles und noch viel mehr ist heute gut belegt.¹

Die volle Verantwortung und die Regie für diese Verhaftungs-, Deportations- und Hinrichtungswelle, auch dies ist heute nicht

mehr zu bestreiten, trug der engste Führungszirkel der regierenden Kommunistischen Partei, das sogenannte Politbüro mit Stalin an der Spitze. Hier wurden die Opferquoten und Opferlisten für Verhaftungen, Deportationen und Hinrichtungen beschlossen, die von den lokalen Partei- und Geheimdienstorganen abzuarbeiten und von einzelnen Politbüromitgliedern wie Stalin, Kaganowitsch, Shdanow und anderen abzuzeichnen waren – die meisten Listen hat Stalin persönlich unterzeichnet. Stalin wusste nicht nur über (fast) alles Bescheid, er war auch nachweislich der Initiator und die treibende Kraft sowohl des Großen Terrors wie auch der gesamten Repressionspolitik der 1930er Jahre – und er beendete das Morden im Jahr 1938 ebenso bürokratisch, wie er es begonnen und durchgeführt hatte.

Die Logik des Terrors

Haben wir es beim Großen Terror, wie immer wieder behauptet wird, mit einem explosiven Ausbruch historischer Irrationalität zu tun, mit einem Exzess der unbeschränkten Macht Stalins? Waren Stalin und seine oligarchischen Genossen nur die willigen Vollstrecker einer im marxistischen Sozialismus angelegten utopischen Idee der Gesellschaftsumwälzung? Eher weniger. Man muss die irrationalistischen Momente dieser Geschichte nicht leugnen, um zu erkennen, dass dem Ganzen eine spezifische Logik innewohnte. Schon kritische Zeitgenossinnen und Zeitgenossen, die die Verhältnisse in Sowjetrußland aus eigener Anschauung gut kannten, vor allem also die von den Repressalien betroffenen antistalinistischen Oppositionellen, haben damals vielfach darauf hingewiesen, dass und wie dieser Terror als Mittel einer historisch neuartigen Herrschaftsformierung fungierte, als die schleichende Machtergreifung und gewaltsame Machtsicherung einer in den 1920er Jahren aufkommenden neuartigen, bürokratischen Herrschaftskaste.²

Es war die sogenannte Zweite Revolution, die die UdSSR Ende der 1920er Jahre durchmachte, das heißt, es waren die 1928 begonnene Zwangskollektivierung der russischen Bauernschaft und die sie begleitende Politik einer forcierten Industrialisierung, die nicht nur Stalin zum unumschränkten Alleinherrscher werden ließen, sondern auch eine Periode der kumulativen Radikalisierung auslösten, an dessen Ende nichts mehr so sein sollte wie zuvor.

Die mit Gewalt und Terror in die Kolchosen und Sowchosen getriebene russische Bauernschaft, die sich schon im Übergang zu den 1930er Jahren mit massiver Gegengewalt gegen das ihnen aufgezwungene Schicksal zur Wehr setzte; die mit massiven Repressionsmethoden damals aus dem Boden gestampfte und mit rigiden Arbeitsmethoden klein gehaltene neue sowjetische Arbeiterklasse; die Vertreibung und Ermordung der alten Intellektuellenschicht und ihre Ersetzung durch ehemalige Arbeiter und Bauern; die Ersetzung der alten Machtelite durch eine von Stalin und dem Parteiapparat abhängige neue Verwaltungselite – all dies sind die sozialgeschichtlichen Folgen einer als Schockstrategie erfahrenen Industrialisierung und Kollektivierung. Vor diesem Hintergrund waren es die Schauprozesse, die einer gewaltsam atomisierten, entmündigten und physisch bedrohten Bevölkerung einen Sündenbock, eine Erklärung

und auch ein Ventil des Unmutes für all die Leiden und Entbehrungen dieser überstürzten und historisch einmaligen Gesellschaftsumwälzung anboten – und jene disziplinierten, die dem Regime sowie den Erfahrungen und Folgen dieser schockartigen Industrialisierung mit Widerwillen oder gar Widerstand begegneten.

Aufs Ganze betrachtet erweist sich die «Große Säuberung» als ein Akt realer und präventiver Repression gegen jede Form von Nonkonformismus, Renitenz und Opposition, sei sie auch noch so marginal oder unpolitisch – als Mittel zur Herstellung eines neuen, umfassenden («totalitären») Konformismus im Prozess der Herausbildung und Festigung einer neuen «sozialistisch»-bürokratischen Herrschaftsform. Der Terror war deswegen dem historischen Stalinismus grundlegend immanent, systemischer Natur und Endpunkt eines konterrevolutionären Prozesses, bei dem aus dem Formierungsbedarf der neuen Macht der Repressionsbedarf gegen reale und potenzielle Widerstände resultierte, so wie umgekehrt aus dem Repressionsbedarf der Formierungsbedarf folgte.

1 Ausführlich zum Thema vgl. Jünke, Christoph: Schädelstätte des Sozialismus. Stalinistischer Terror Revisited, in: Gruppe INEX (Hrsg.): Nie wieder Kommunismus? Zur linken Kritik an Stalinismus und Realsozialismus, Münster 2012, S. 84–106; dort auch umfangreiche Hinweise zu weiterführender Literatur. **2** Vgl. dazu Jünke, Christoph (Hrsg.): Marxistische Stalinismus-Kritik im 20. Jahrhundert. Eine Anthologie, Köln 2017.

AUSGEWÄHLTE LITERATUR

Einführungen

Appignanesi, Richard/Zarate, Oscar: Lenin für Anfänger, Reinbek 1979.

Deutscher, Isaac: Der Verlauf der Revolution 1917, in: ders.: Die unvollendete Revolution 1917–1967, Hamburg 1981, S. 139–188.

Fitzpatrick, Sheila: The Russian Revolution, Oxford 2008.

Haumann, Heiko (Hrsg.): Die Russische Revolution 1917, Köln u. a. 2007.

Hildermeier, Manfred: Russische Revolution, Frankfurt a. M. 2004.

Moritz, Verena/Leidinger, Hannes: Die Russische Revolution, Wien 2011.

Smith, Steve A.: Die Russische Revolution, Stuttgart 2011.

Wunderer, Hartmann: Die Russische Revolution, Stuttgart 2014.

Klassische Werke

Altrichter, Helmut (Hrsg.): Die Sowjetunion. Von der Oktoberrevolution bis zu Stalins Tod, 2 Bände, München 1986/87.

Carr, Edward Hallet: Die Russische Revolution. Lenin und Stalin 1917–1929, Stuttgart u. a.

Lorenz, Richard: Sozialgeschichte der Sowjetunion 1917–1945, Frankfurt a. M. 1976.

Medwedjew, Roy: Oktober 1917, Hamburg 1979.

Reed, John: Zehn Tage, die die Welt erschütterten (1919) (diverse Ausgaben).

Trotsky, Leo: Geschichte der Russischen Revolution (1931/32) (diverse Ausgaben).

Neuere Veröffentlichungen

Behrends, Jan Claas/Katzer, Nikolaus/Lindenberger, Thomas (Hrsg.): 100 Jahre Roter Oktober. Zur Weltgeschichte der Russischen Revolution, Berlin 2017.

Figes, Orlando: Die Tragödie eines Volkes, Die Epoche der russischen Revolution 1891 bis 1924, Berlin 2008.

Hedeler, Wladislaw (Hrsg.): Die russische Linke zwischen März und November 1917, Berlin 2017.

Hedeler, Wladislaw/Kinner, Klaus (Hrsg.): «Die Wache ist müde». Neue Sichten auf die russische Revolution von 1917 und ihre Wirkungen, Berlin 2008.

Kasakow, Ewgeniy: Bewegung versus Avantgarde? Mythologie der linken Debatten über die Russische Revolution 1917, in: Prokla 187/2017, unter: www.prokla.de/wp/wp-content/uploads/2017/kasakow.pdf.

Kellermann, Philippe (Hrsg.): Anarchismus und Russische Revolution, Berlin 2017.

Materialien für einen neuen Antiimperialismus, Ausgabe 10 (Materialien zur Russischen Revolution 1912–1918) [nur online: <http://materialien1917.org>].

Meschkat, Klaus: Das Vorbild kennen, um es nicht zu wiederholen. Die Russische Revolution von 1917 und die lateinamerikanische Linke, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Juli 2017, unter: www.rosalux.de/publikation/id/37575.

Rabinowitch, Alexander: Die Sowjetmacht. Das erste Jahr, Essen 2010.

Rabinowitch, Alexander: Die Sowjetmacht. Die Revolution der Bolschewiki, Essen 2012.

Schütrumpf, Jörn (Hrsg.): Diktatur statt Sozialismus. Die russische Revolution und die deutsche Linke 1917/18, Berlin 2017.

Von Lenin zu Stalin

Bergmann, Theodor/Keßler, Mario (Hrsg.): Ketzer im Kommunismus. Alternativen zum Stalinismus, Mainz 1993.

Jünke, Christoph (Hrsg.): Marxistische Stalinismus-Kritik im 20. Jahrhundert. Eine Anthologie, Köln 2017.

Labica, Georges: Der Marxismus-Leninismus. Elemente einer Kritik, Berlin 1986.

Medwedjew, Roy: Das Urteil der Geschichte, 3 Bände, Berlin 1992.

Niemann, Heinz: Vorlesungen zur Geschichte des Stalinismus, Berlin 1991.

Reiman, Michal: Die Geburt des Stalinismus. Die UdSSR am Vorabend der «zweiten Revolution», Frankfurt a. M. 1979.

Rogowin, Wadim: Gab es eine Alternative?, 6 Bände, Essen 2010.

Literaturliste

Diskurs Nr. 24, 100 Jahre Russische Revolution, erstellt vom denknetz e.V./Schweiz, unter: www.denknetz.ch/sites/default/files/diskurs_24_russische_revolution.pdf [umfangreiche, gegliederte und kommentierte Literaturliste mit Stand September 2016]

Website

www.marx200.org [umfangreiches Online-Angebot der Rosa-Luxemburg-Stiftung]

DIE AUTORINNEN

Bini Adamczak ist Autorin (demnächst erscheinen «Der schönste Tag im Leben des Alexander Berkman. Vom womöglichen Gelingen der Russischen Revolution», Münster 2017, sowie «Beziehungsweise Revolution. 1917, 1968 und kommende», Frankfurt a. M. 2017), Performerin (mit Andcompany&Co – «Little red (play): herstory», Amsterdam 2006, «Timerepublic», Graz 2007), bildende Künstlerin («Perverser Universalismus», Wien 2006, «13 Ways Not to Be Meant», Wien 2011) und träumt, wie wohl so viele Mädchen dieser Branche, öfter davon, mal was «Richtiges» zu machen, Revolution zum Beispiel oder «was mit den Händen».

Marcel Bois lebt und arbeitet als Historiker in Hamburg. Er ist Lehrbeauftragter an der Ruhr-Universität Bochum. Im Jahr 2014 wurde er mit der Arbeit «Kommunisten gegen Hitler und Stalin. Die linke Opposition der KPD in der Weimarer Republik. Eine Gesamtdarstellung» (Essen 2014) an der Technischen Universität Berlin promoviert. Derzeit schreibt er als Stipendiat der Gerda-Henkel-Stiftung eine Biografie der österreichischen Architektin Margarete Schütte-Lihotzky.
Kontakt: marcel.bois@gmx.de

Alexandre Froidevaux ist promovierter Historiker und arbeitet freiberuflich in Berlin. Er ist Autor des Buches «Gegengeschichten oder Versöhnung? Erinnerungskulturen und Geschichte der spanischen Arbeiterbewegung vom Bürgerkrieg bis zur Transición (1936–1982)» (Heidelberg 2015.)
Kontakt: a.froidevaux@gmx.de

Bernd Hüttner ist Politikwissenschaftler und Referent für Zeitgeschichte und Geschichtspolitik der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Er koordiniert den Gesprächskreis Geschichte der Stiftung. Seine Interessengebiete sind Geschichte und Geschichtsschreibung der neuen sozialen Bewegungen und der undogmatischen Linken, freie Archive der sozialen Bewegungen, künstlerische Avantgarden und Netzwerke 1890–1933. Er veröffentlichte u. a. ««Maschine zur Brutalisierung der Welt? Der Erste Weltkrieg – Deutungen und Haltungen 1914 bis heute» (Münster 2017 als Mithrsg.).
Kontakt: bernd.huettner@rosalux.org

Christoph Jünke lebt und arbeitet als freischaffender Historiker in Bochum. Er ist Autor und Herausgeber zahlreicher Bücher, u. a. von «Streifzüge durch das rote 20. Jahrhundert» (Hamburg 2014). Im Mai 2017 erschien die von ihm herausgegebene Anthologie «Marxistische Stalinismus-Kritik im 20. Jahrhundert. Eine Anthologie» (Köln).
Kontakt: Christoph.Juenke@ruhr-uni-bochum.de

Philippe Kellermann lebt und arbeitet in Berlin. Er ist Herausgeber von *Ne znam – Zeitschrift für Anarchismusforschung*. Zuletzt gab er die Sammelbände «Anarchismus und Geschlechterverhältnisse» (Lich 2016) und «Anarchismus und Russische Revolution» (Berlin 2017) heraus.

Gisela Notz lebt und arbeitet als freie Autorin in Berlin zu den Themen Arbeitsmarkt-, Sozial- und Frauenpolitik, alternative Ökonomie und historische Frauenforschung. Zuletzt veröffentlichte sie «Kritik des Familismus. Theorie und soziale Realität eines ideologischen Gemäldes» (Stuttgart 2015). Sie ist Redakteurin von *Lunapark21. Zeitschrift zur Kritik der globalen Ökonomie* und Herausgeberin des Wandkalenders 2018 «Wegbereiterinnen XVI», mit 12 Biografien aus der emanzipatorischen Frauenbewegung.

Bini Adamczak, Marcel Bois, Alexandre Froidevaux, Christoph Jünke und Gisela Notz sind Mitglieder des Gesprächskreises Geschichte der Rosa-Luxemburg-Stiftung, der seit seiner Gründung 2006 von Bernd Hüttner koordiniert wird.

In den älteren Zitaten wurde die Schreibweise den Regeln der aktuell gültigen Rechtschreibung behutsam angepasst.

Impressum

MATERIALIEN Nr. 22

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Henning Heine

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2199-7713 · Redaktionsschluss: Juli 2017

Titelbild: «Der Bolschewik», Ölgemälde von Boris Kustodijew (1920)

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Gedruckt auf: Circleoffset Premium White, 100% Recycling

**«Das, was 1917 aus Sicht
vieler ArbeiterInnen und
Intellektueller so hoffnungs-
voll begonnen hatte,
entwickelte sich zu einer
der verheerendsten Diktaturen
der Menschheitsgeschichte.»**

MARCEL BOIS